



19. Sitzung

Mittwoch, den 14.12.2016

**Mainz**  
**in der Steinhalle des Landesmuseums**

<i>Mitteilungen des Präsidenten . . . . .</i>	949	<b>Kommunen entlasten – Bundesmittel angemessen weiterleiten</b>	
<b>Landeshaushaltsgesetz 2017/2018 (LHG 2017/2018)</b>		Antrag der Fraktion der CDU	
Gesetzentwurf der Landesregierung		– Entschließung –	
– Drucksache 17/1750 –		– Drucksache 17/1552 –	
Erste Beratung		Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	
<b>dazu:</b>		– Drucksache 17/1786 –	
<b>Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2016 bis 2021</b>		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags		– Drucksache 17/1833 –	
– Drucksache 17/1751 – . . . . .	949	<b>Der Landtag setzt notwendige Entlastung der Kommunen im Integrationsbereich und bei der Eingliederungshilfe um</b>	
Abg. Julia Klöckner, CDU: . . . . .	949, 1000	Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	960	– Entschließung –	
Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	969, 973	– Drucksache 17/1834 – . . . . .	1002
. . . . .	976	Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: . . . . .	1002
Abg. Thomas Roth, FDP: . . . . .	977	Abg. Gerd Schreiner, CDU: . . . . .	1002
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	983, 991	Abg. Anke Beilstein, CDU: . . . . .	1003
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . .	992, 998	Abg. Monika Becker, FDP: . . . . .	1004
. . . . .	1001	Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	1004
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/1750 – zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2016 bis 2020 – Drucksache 17/1751 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags.</i>	1001	Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	1005
<b>Landesgesetz zur Änderung des Landes- aufnahmegesetzes, des Landesfinanzaus- gleichsgesetzes und des Landesnatur- schutzgesetzes</b>		Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen: . .	1006
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Änderungsantrags – Drucksache 17/1833 – . . . . .</i>	1007
– Drucksache 17/1514 –		<i>Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/1514 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. . .</i>	1007
Zweite Beratung		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Entschließungsantrags – Drucksache 17/1552 – . . . . .</i>	1007
<b>dazu:</b>		<i>Mehrheitliche Annahme des Entschließungsantrags – Drucksache 17/1834 – . . . . .</i>	1007
		<b>Landesgesetz über den Beitritt zum Abkommen über die Errichtung und Finan-</b>	

**zierung der Akademie für öffentliches  
Gesundheitswesen in Düsseldorf**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/1525 –  
Zweite Beratung

Beschlussempfehlung des Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Demografie  
– Drucksache 17/1787 – . . . . . **1007**

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: . . . . . 1007, 1008

**dazu:**

*Jeweils einstimmige Annahme des Gesetz-  
entwurfs – Drucksache 17/1525 – in zweiter  
Beratung und in der Schlussabstimmung. . . . . **1008***

\* \* \*

**Präsidium:**

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund.

**Anwesenheit Regierungstisch:**

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

**Entschuldigt:**

Abg. Guido Ernst, CDU.

**19. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 14.12.2016**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Hendrik Hering:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 19. Plenarsitzung begrüßen.

Schrittführende Abgeordnete sind die Abgeordneten Jaqueline Rauschkolb und Gordon Schnieder. Frau Rauschkolb wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Guido Ernst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2017/2018 (LHG 2017/2018)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache [17/1750](#) –

Erste Beratung

**dazu:**

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre  
2016 bis 2021**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache [17/1751](#) –

(Unruhe im Hause)

– Bevor wir beginnen, darf ich um etwas mehr Ruhe bitten. Da dieser Tagesordnungspunkt von Gebärdendolmetscherinnen übersetzt wird, um die Barrierefreiheit zu ermöglichen, darf ich die Rednerinnen und Redner bitten, deutlich und langsam zu reden, sodass die Dolmetscherinnen in der Lage sind, die Reden zu übersetzen. Mich fasziniert es, was Frau Dachtler und Frau Sangermann, die Gebärdendolmetscherinnen, leisten, und dass man in der Lage ist, die Reden mit den Händen zu übersetzen. Für diese Arbeit, die Sie hier leisten, vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Die Grundredezeit beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 45 Minuten je Fraktion, was aufgrund des Oppositionszuschlags für die CDU 61 Minuten und die AfD 51 Minuten bedeutet.

Gibt es Wortmeldungen? – Frau Klöckner, ich nehme an, dass Sie sich melden wollen. Es entspricht dem guten parlamentarischen Gebrauch, dass die Opposition beginnt. Bitte, Frau Klöckner, Sie haben das Wort.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Danke schön. Guten Morgen. Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in die Welt schaut, bekommt einen anderen Blick

auf das eigene Land. Die humanitäre Tragödie in der Stadt Aleppo spitzt sich immer weiter zu: Terroranschläge mit vielen Toten in Istanbul, Anschlag auf koptische Christen in Ägypten, und Nigeria wurde von zwei schweren Selbstmordattentaten erschüttert.

Vor Kurzem war ich selbst für die Stiftung Weltkirche in Namibia. Es waren Tage, die mir wegen der eindrucksvollen Begegnungen, aber auch wegen der in Teilen großen Armut in Erinnerung bleiben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Deutschland haben das Glück, in Frieden und Wohlstand leben zu dürfen. Der letzte Krieg in unserem Land liegt mehr als 70 Jahre zurück. Wir haben allen Grund, dafür dankbar zu sein.

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daraus entsteht Verantwortung für uns für Stabilität. Wir sind verpflichtet, mit den Mitteln, die wir haben, verantwortungsvoll umzugehen. Wir haben die Pflicht, Rechenschaft vor den Bürgern abzulegen. Sie legen mit ihren Steuerzahlungen dem Staat die Gestaltung ihrer Zukunft in die Hand. Wir sind den künftigen Generationen verpflichtet. Ihnen dürfen wir keine Schuldenberge überlassen, sondern wir müssen klug investieren, nachhaltig arbeiten.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben aber auch in unserem Land Veränderungen. Zeiten des Umbruchs sind Zeiten der Unruhe. Das spürt wohl jeder und jede von uns im eigenen Alltag.

Dabei müssen wir alle ehrlich zwischen faktischen realen Problemen und einer Stimmung trennen, die produziert und aufgeladen ist. Es ist wirklich allzu leicht, in der Politik, in den Medien und im Internet Ängste zu schüren. Viel schwieriger ist es dagegen, Menschen wirkliche Perspektiven anzubieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe ist es, mehr denn je ein sicheres finanzielles Fundament für unser Land zu legen und für Verlässlichkeit in die Zeit hinaus zu sorgen.

(Beifall der CDU)

Gerade deshalb müsste dieser Haushalt mehr sein als nur eine Rechenaufgabe und eine Aneinanderreihung statistischer Nummern. Er muss der Lebenswirklichkeit Rechnung tragen, einem Gefühl der Verunsicherung entgegen treten. Was wollen unsere Bürger in Rheinland-Pfalz? Sie wollen im eigenen Land sicher sein, im Alltag, in der Heimat, in der Zukunft.

Deshalb geht es um entschlossene Schritte statt um Gießkannenpolitik, frische Denkansätze statt um Klientelpolitik und eine neue Gangart statt ein Weiter so.

Es geht um Sicherheit und Zuversicht. Das wollen wir vermitteln, und das unterscheidet uns von dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die  
Landesregierung vermittelt das!)

– Lieber Herr Braun, ich glaube, Sie kommen nachher auch noch dran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Land profitiert von äußeren Rahmenbedingungen, aber nachhaltig machen Sie keine Einsparvorschläge. Nie waren die Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, so gut wie jetzt. Bund und Länder verzeichnen Rekordsteuereinnahmen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum dritten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt und verabschiedet. Dies ist insbesondere dem unermüdlichen Einsatz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu verdanken. Ihm ist es gelungen, die Balance zwischen klugem Sparen und richtigem Investieren hinzubekommen. Dafür danken wir ihm.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der CDU-geführten Bundesregierung ist diese kluge Balance gelungen.

Frau Ahnen, Ihnen ist diese nicht gelungen. Damit bleibt Rheinland-Pfalz weit unter seinen Möglichkeiten.

(Beifall der CDU)

Dabei sind die Steuereinnahmen weiter deutlich angestiegen, und zwar von 2015 bis 2018 um sage und schreibe 13,4 %. Rund eineinhalb Milliarden Euro stehen Ihnen mehr zur Verfügung. Dennoch sind im Jahr 2018 nach den Planungen der Landesregierung die Gesamtausgaben immer noch höher als die Gesamteinnahmen.

Frau Ministerpräsidentin und Frau Finanzministerin, Sie wollen uns allen und der Öffentlichkeit vermitteln, dass Sie bis zum Äußersten gespart und tiefe Einschnitte vorgenommen hätten. Tatsächlich aber profitieren Sie einfach von idealen Rahmenbedingungen, von der Niedrigzinsphase und vom Länderfinanzausgleich. Sie fahren nur mit dem Rückenwind, profitieren von den guten Gaben des Bundes und machen trotzdem neue Schulden. Deshalb bleibt unser Land mit Ihnen unter seinen Möglichkeiten.

(Beifall der CDU)

Man kann es auch so ausdrücken: Sie stehen an der Bahnsteigkante und warten einfach, bis der ausgeglichene Haushalt auch ohne großes Zutun bei Ihnen vorbeikommt. Man kann es noch anders ausdrücken. In einem 17-Milliarden-Haushalt ist es Ihnen nicht gelungen, ohne neue Schulden von 54 Millionen Euro auszukommen. Das ist kein Ausdruck von politischem Gestaltungswillen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, Frau Dreyer, als wollten Sie sich den ausgeglichenen Haushalt für den nächsten Wahlkampf aufsparen. Allein schon durch die absehbaren niedrigen Zinsen sinken übrigens die Zinsausgaben in 2017 und 2018 im Vergleich zum Jahr 2016 um satte 345 Millionen

Euro. Sie glauben, Sie müssten heute noch einmal 54 Millionen Euro Schulden machen und diese der kommenden Generation aufbürden. Sie lassen unser Land unter Wert bleiben. Ich sage Ihnen: Wenn Sie sich anstrengen wollten, dann könnten Sie es schaffen. Aber Sie wollen es nicht.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerpräsidentin, während Sie trotz hoher Steuereinnahmen und trotz der niedrigen Zinsen wieder neue Schulden machen, kommen ärmere Bundesländer ohne neue Schulden aus oder zahlen sogar Schulden zurück. Man kann es noch deutlicher sagen: Auch im Vergleich liegt der eigene Wert. Alle östlichen Bundesländer haben bereits seit 2015 keine neuen Schulden mehr gemacht. Die neuen Bundesländer werden 2017 keine neuen Schulden mehr machen oder sogar Schulden tilgen. Nur Rheinland-Pfalz gehört nicht dazu.

Trotz Rekordsteuereinnahmen gelingt es dieser Landesregierung nicht, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Damit bleibt Rheinland-Pfalz wieder einmal unter seinen eigenen Möglichkeiten.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Sie bleiben sich treu. Sie machen lediglich „weniger mehr Schulden“. Das ist übrigens überhaupt keine Kunst bei steigenden Einnahmen. An dieser rot-grünen Haushaltspolitik hat sich leider auch unter dieser neuen Ampelkoalition nichts geändert. Die Haushaltspraxis der Luftbuchungen bleibt ebenfalls die alte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so veranschlagt die Landesregierung im Einzelplan 20 fast 318 Millionen Euro globale Personalmehrausgaben für das Jahr 2018. Dieser Posten soll angeblich die Kosten von Tariferhöhungen für die Landesbediensteten auffangen. Wir haben das durchgerechnet. Es sind 318 Millionen Euro, Frau Dreyer. Das würde eine Gehaltssteigerung von fast 5 % bedeuten. Das glaubt Ihnen schlichtweg niemand. Ich glaube, Sie selbst auch nicht.

(Beifall der CDU)

Sie verraten das auch noch selbst, wenn Sie in der Erläuterung schreiben – ich zitiere –: „Gegebenenfalls nicht für Personalmehrausgaben benötigte Mittel können bei Vorliegen eines außerordentlichen Bedarfs ausnahmsweise in andere budgetierte Ausgabenbereiche umgesetzt werden.“

Frau Dreyer, Sie verstoßen damit bewusst gegen den Grundsatz Klarheit und Wahrheit und damit gegen die Landeshaushaltsordnung.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Sie kündigen an, bis zum Jahr 2020 2.000 Stellen einsparen zu wollen. Sie haben – wir kennen das von früher – einfach eine Zahl in den Raum geworfen, ohne zu wissen, welche Stellen für welche Aufgaben notwendig sind. Wie kommen Sie gerade auf die Zahl 2.000? Gab es vorher eine Aufgabenkritik? Fehlanzeige. Stellen-

streichungen müssen einer Aufgabenkritik folgen und nicht umgekehrt, so wie Sie es schon bei der Kommunal- und Verwaltungsreform falsch gemacht haben. Wir wissen, was herauskam. Das war ein pures Chaos.

Verehrte Frau Ministerpräsidentin, damit bleibt unter Ihrer Führung unser Land unter seinen Möglichkeiten.

(Beifall der CDU)

Personalpolitik braucht einen Plan. Sie muss langfristige Entwicklungen im Blick haben. Sie muss fair mit den eigenen Bediensteten umgehen, und sie muss berechenbar und leistungsgerecht sein.

Warum bauen Sie just in der Fläche, dort, wo der Bürger mit dem Staat Kontakt hat, die notwendigen Forstleute, Straßenplaner und Straßenbauer ab? Sie blähen aber Ihren eigenen Apparat auf. 2011 gab es ein zusätzliches Ministerium und 2016 ein weiteres Ministerium.

Frau Ministerpräsidentin, wer wie Sie glaubt, die Bildung neuer Ministerien sei – ich zitiere Frau Ahnen von gestern – lediglich eine Organisationsfrage, und diese Organisationsfrage koste nicht mehr, der braucht sich am Ende nicht über Politikverdrossenheit zu wundern. Der ist selbst dafür verantwortlich.

(Beifall der CDU)

Zurück zur Personalpolitik: Die Beschäftigten zum Beispiel im Strafvollzug schultern erhebliche Mehraufgaben bei der Sicherungsverwahrung. Der Umgang mit Strafgefangenen wird übrigens auch immer schwieriger. In den Gefängnissen gibt es immer mehr Verständigungsprobleme. Es gibt hohe Aggressionsbereitschaft, vermehrt psychische Auffälligkeiten und eine zunehmende Drogenproblematik.

Gerade hier, Frau Dreyer, gerade hier, Frau Ahnen, wollen Sie Personal einsparen. Aber Sie bauen gleichzeitig oben bei der ADD auf. Ich kann Ihnen sagen, das hat mit intelligenter Personalpolitik nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

Dabei hatte sich gerade der neue Koalitionspartner auf die Fahnen geschrieben, sich für solide Finanzen einzusetzen. Ich glaube es Ihnen, Herr Wissing, dass Sie einiges verändern wollen und Sie endlich einen Haushalt ohne neue Schulden, aber mit Investitionen in die Zukunft aufstellen wollten. Aber was ist am Ende davon geblieben? Für diesen Doppelhaushalt jedenfalls ermöglichen Sie die Fortführung der bisher bekannten rot-grünen Haushaltspolitik.

Auf der Pressekonferenz zum Haushalt antworteten Sie auf die Frage, warum das Land nicht schon in diesem Doppelhaushalt ohne neue Schulden auskommen könne – ich zitiere –: „Natürlich könnten wir schneller ohne neue Schulden auskommen. Aber dann müssten wir auch auf Investitionen verzichten.“

Schauen wir uns die Zahlen einmal an. Die Wahrheit aber ist, Sie machen neue Schulden, und trotzdem gehen die Investitionskosten um 23 % zurück. Sie bleiben unter den

Möglichkeiten, die unser Land hätte.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen zum Doppelhaushalt stehen natürlich auch im Zeichen der Flüchtlingsbewegung und der großen Aufgabe Integration. Eines ist aus meiner Sicht klar: Eine gelingende Integration wird sich an der Rolle der Frauen zeigen, an der Frage, wie sie in unserer Gesellschaft teilhaben. Es hat nichts mit kultureller Vielfalt zu tun, wenn Frauen nicht so teilhaben können, wie wir es für richtig halten, weil wir die Chancen dafür erkämpft haben.

Frauen sind gleichberechtigt in unserer Gesellschaft. Ich bin schon sehr erstaunt, wie sehr sich gerade rot-grüne Feministinnen, die für eine gendergerechte Sprache auf die Straße gehen, lautstark abducken, wenn es um die Frauenrechte von Migrantinnen und Migranten geht.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Das ist doch Quatsch! Da  
klatscht die AfD gerne! Da klatscht ihr! –  
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Frage der Integration müssen wir uns auch immer wieder vor Augen halten, welches Geld es kostet.

(Weitere Zurufe des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der AfD –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Wollen wir  
mal zuhören!)

Wir müssen darüber reden, ob das Geld, das ausgegeben wird, auch richtig ausgegeben wird. Wir als rheinland-pfälzische CDU haben sehr früh deutlich gemacht, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Integration ist wie Händeschütteln. Man braucht immer zwei Hände, die sich einander reichen.

Was uns von den Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz klar unterscheidet, ist: Sie verstehen Integration nur als Angebot zur Güte. Das kann man übrigens in Ihrem Haushalt auch deutlich sehen.

(Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Entschuldigung, aber das ist so  
ein Unsinn! Ein solcher Unsinn! –  
Zuruf von der AfD: Bitte ins Protokoll!)

Noch immer gibt es in Rheinland-Pfalz keine Differenzierung der Angebote nach Bleibeperspektive und Nichtbleibeperspektive. Noch immer sind die Integrationsangebote des Landes nicht verbindlich. Frau Dreyer, noch immer fehlt ein rheinland-pfälzisches Integrationsgesetz.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das stimmt!)

Ich weiß noch, wie Sie am Anfang an der Spitze der Bewegung waren, man könne den Menschen mit einem Integrationsgesetz Integration nicht gesetzlich vorschreiben.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Pflicht!  
Das ist ein Unterschied!)

– Frau Dreyer, das ist jetzt ja goldig. Sie sagten, man kann es vorschreiben, Pflicht.

(Zurufe von der SPD: Oh je!)

Soweit ich weiß, gelten Gesetze für alle. Gesetze sind auch eine gewisse Pflicht. Man kann dagegen verstoßen, aber dann gibt es auch eine Folgewirkung.

(Beifall der CDU)

Das zeigt natürlich Ihre Sichtweise. Gesetze sind für Sie etwas Fakultatives.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Genau!  
Das ist so!)

Wir sagen, Gesetze haben Bindung für alle.

Jetzt hat der Bund unseren Vorschlag zu einem Integrationsgesetz aufgegriffen. Jetzt begrüßen auch Sie es, das freut mich sehr. Aber Rheinland-Pfalz lässt darauf warten, dass in den Landtag ein Integrationsgesetz eingebracht wird.

Wenn Sie es nicht machen, kündige ich für meine Fraktion an: Wir werden es machen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Drei  
Abgeordnete von der CDU klatschen! –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Gestern  
seid ihr bei der Rede der Ministerin  
eingeschlafen! –  
Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch immer fehlt eine Wohnsitzauflage. Noch immer wird das Thema Rückführung vernachlässigt. Die Mittel für die freiwillige Rückführung sind dieses Jahr noch nicht einmal zur Hälfte abgerufen.

Das müssen wir uns nochmals vor Augen führen. Die Mittel für die freiwillige Rückführung sind noch nicht einmal zur Hälfte abgerufen. Offensichtlich hatten auch Sie sich eine andere Rückführungszahl vorgenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

So beanspruchen Asylsuchende, die keine dauerhafte Bleibeperspektive haben, wichtige Integrationsmaßnahmen, die wiederum im zweiten Schritt als Rückführungshindernisse angeführt werden. Das ist geradezu absurd, aber von Ihnen gewollt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht in diesem Haushalt darum, wie wir die Rekordsteuereinnahmen verwenden, wie wir die Schuldenbremse einhalten und dennoch richtige Schwerpunkte setzen. Der vorgelegte Entwurf wird diesen Maßstäben nicht gerecht.

Rheinland-Pfalz bleibt unter seinen Möglichkeiten. Diesem Haushalt fehlt die Anstrengung zugunsten künftiger Generationen. Diesem Haushalt von Frau Ahnen und Frau Dreyer fehlt die klare Linie.

(Beifall der CDU)

Das kann man noch einmal zusammenfassen. Was die Finanzministerin gestern hier in monotoner Antidynamik vorgetragen hat,

(Unruhe bei der SPD)

das war lediglich die Zusammenstellung der Vermerke aus den einzelnen Ressorts.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Immerhin! –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Sie hatte wenigstens eine  
Grundlage!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute ist der Tag, an dem wir uns mit der Einbringungsrede von Frau Ahnen und dem Haushalt von Frau Dreyer auseinandersetzen.

Wir wissen – es ist die übliche Geschichte –, wie Sie sich nachher wieder zu unseren Einsparvorschlägen äußern werden. Ich kann Ihnen sagen, die werden kommen.

(Unruhe bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Wir sind gespannt!)

Aber liebe Frau Ahnen, Sie wissen ja, wie das läuft. Heute geht es um Ihre Rede und Ihren Haushalt. Dann kommen die Beratungen. Wir jedenfalls nehmen die Beratungen in den Ausschüssen ernst. Deshalb werden wir mehrere Wochen Ausschussberatungen haben. Danach kommen unsere Vorschläge. Wir werden Ihnen, wie sonst auch, präzise und klar vorlegen, welche Einsparvorschläge wir machen.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Wie sonst auch immer!)

Eines ist klar und nachgewiesen, Frau Ahnen. Es gab dieses klassische Ritual: Erst ablehnen, was wir vorschlagen, und nach einer gewissen Schamfrist

(Unruhe bei der SPD)

haben Sie genau das übernommen, was wir vorgeschlagen haben, wie zum Beispiel die Streichung der AQS.

(Beifall bei der CDU –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja genau!  
Keine eigenen Ideen! So ist es! –  
Zurufe von der SPD)

Es gibt eine Tabelle aller Vorschläge, die Sie abgelehnt und am Ende dann doch selbst eingebracht haben. Wir freuen uns darauf!

(Abg. Christian Baldauf, CDU:  
Paste-and-copy, einfach furchtbar! –  
Zuruf von der SPD: Das heißt  
Copy-and-paste, wann verstehen Sie das  
endlich? Das ist doch nicht so schwer! –  
Heiterkeit bei der SPD)

Schauen wir uns die einzelnen Politikfelder an, zuerst die

Kommunen.

Das Land kommt seiner Versorgungspflicht für die Kommunen nicht nach. Frau Ahnen, Sie behaupteten gestern – ich zitiere Sie –: „Das Land lebt von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kommunen. Wir führen diese in einem vertrauensvollen kontinuierlichen Austausch weiter.“

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja genau!)

Frau Ahnen, entweder ist das rabenschwarzer Humor oder eine schlichte Drohung, die Sie gestern ausgesprochen haben.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja genau!)

Schauen wir uns die Zahlen an. Nach wie vor befinden sich unsere Kommunen in einer finanziell äußerst schwierigen Lage. Auch im Jahr 2015 weisen fast 40 % aller Gemeinden und Gemeindeverbände erhebliche Finanzierungsdefizite aus.

Trotz positiver Einmaleffekte bleibt die strukturelle Unterfinanzierung rheinland-pfälzischer Kommunen bestehen. So übertrifft die Verschuldung in Rheinland-Pfalz den Durchschnitt der Flächenländer um sage und schreibe 84 %. Frau Dreyer, treibt Sie diese Zahl nicht um?

Unter den zehn am höchsten verschuldeten Städten Deutschlands liegen fünf in Rheinland-Pfalz. Frau Dreyer, das ist hausgemacht! Das liegt an der Politik der Landesregierung; denn Bundesgesetze gelten für alle Länder gleich.

(Beifall der CDU –  
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Ich will es mit der Lage unserer Landeshauptstadt Mainz verdeutlichen. Den kreisfreien Städten – zum Beispiel auch Kaiserslautern und Ludwigshafen – geht es besonders schlecht.

Man mag es kaum glauben, aber die Zahlen sind sehr aussagekräftig. Die Landeshauptstadt Mainz hatte Ende 2015 doppelt so hohe Liquiditätskredite aufgenommen wie sämtliche bayerischen und baden-württembergischen Kommunen zusammen. Die Situation in Kaiserslautern und in Ludwigshafen sieht nicht besser aus.

Da sprechen Sie, Frau Ahnen, von partnerschaftlicher Zusammenarbeit! Ich nenne das pure Realitätsverweigerung!

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Die Kassenkreditschulden rheinland-pfälzischer Kommunen haben sich seit Einführung des Kommunalen Entschuldungsfonds – der diesen Namen überhaupt nicht verdient – von etwa 4,5 Milliarden Euro auf fast 7 Milliarden Euro erhöht. Das ist die Hälfte des Haushalts für das Jahr 2015.

Im Gegensatz zu dieser Landesregierung kommt die CDU-geführte Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Kommunen nach. Zwei Beispiele:

Im neuen Bundeshaushalt werden die Mittel für finanzschwache Kommunen um weitere 3,5 Milliarden Euro auf-

gestockt. Bereits vor einem Jahr wurde ein 7 Milliarden Euro großes Kommunalpaket aufgelegt, das auch unseren Kommunen zugute kam.

Ich kann nur sagen, unseren Kommunen würde es besser gehen, wenn Sie nicht klebrige Finger hätten und dieses Geld, das für die Kommunen vorgesehen ist, auch 1 : 1 weitergeben würden.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für uns steht fest: In Zeiten, in denen wir die Verschuldung zurückfahren müssen, muss sich der Staat auf seine ureigenen Aufgaben konzentrieren.

Dazu gehört für uns als Christdemokraten die Gewährleistung von Recht und Ordnung.

Die Bürger in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass der Staat ihre Sicherheit garantiert.

(Beifall der CDU)

Die ältere Dame hat einen Anspruch darauf, nachts nach einem Diebstahl Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Sie hat einen Anspruch, nicht nach Hause geschickt zu werden, weil nur ein Beamter auf der Wache ist. Dieser darf wegen der Eigensicherung niemand hereinlassen. Das ist übrigens nicht dem Beamten vorzuwerfen, aber der Landesregierung, die die Polizei seit Jahren ausgelagert hat.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Ich nenne ein anderes Beispiel. Ein Familienvater in der Eifel hat einen Anspruch darauf, die Polizei nach einem Einbruch um Hilfe zu rufen. Er hat einen Anspruch, nicht zwei Stunden warten zu müssen, weil nur eine Streife unterwegs ist. Dann nutzt es ihm auch nichts, dass Rheinland-Pfalz zwar bundesweit die erste Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität hat, aber nicht genügend Polizisten.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Zurufe von der SPD: Oh je!)

Gerade die rot-grüne Landesregierung hat an der Polizei gespart. 1,7 Millionen Überstunden wurden angehäuft. Frau Dreyer, das ist die falsche Schwerpunktsetzung. Uns treibt es um, dass die Einbrüche steigen, die Aufklärungsquote aber nicht hinterherkommt. Sie treibt es anscheinend nicht um. Deshalb ist es gut, dass wir heute über Ihren Haushaltsentwurf reden. Wir werden Ihnen zeigen, wie wir unseren politischen Ansatz im Haushalt dokumentieren werden.

Die angekündigten Neueinstellungen bei der Polizei werden noch nicht einmal ausreichen, um die Polizistinnen und Polizisten zu ersetzen, die in diesem Zeitraum aus dem Dienst ausscheiden werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen die Innere Sicherheit wird in diesem Land vernachlässigt, übrigens auch im Bereich der Islamismusprävention. Hier haben Sie in den vergangenen Jahren kaum Mittel in den Haushalt eingestellt.

Diese Mittel haben Sie dann noch nicht einmal abgerufen, Frau Dreyer. Es fehlt ein durchdachtes Konzept, Frau Ahnen.

Wir als Christdemokraten fordern ein Präventionsnetzwerk, das neben den zuständigen Landesministerien auch die Kommunen sowie die islamischen Verbände, Moscheevereine, muslimischen Glaubensgemeinschaften in diese Präventionsarbeit mit einbezieht. Ein Aussteigerprogramm für Radikalisierte ist notwendig. Das ist uns wichtig.

(Beifall der CDU)

Verehrte Landesregierung, die hier in der ersten Reihe großen Spaß hat, weniger Spaß hat die Justiz in diesem Land. Laut Richterbund fehlen 74 Richter und 23 Staatsanwälte in diesem Land. Das hat übrigens konkrete Folgen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Im vergangenen Jahr mussten am Landgericht Koblenz wegen Richtermangels Haftbefehle aufgehoben und Drogendealer auf freien Fuß gesetzt werden. Ein Prozess wegen möglicher Korruption am Flughafen Hahn steht wegen Richtermangels seit längerer Zeit aus.

Sie schmunzeln, aber das ist so. Wenn das für Sie zum Lachen ist, dann kann ich Ihnen nur sagen, das führt zur Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall der CDU)

Sie mögen das witzig finden, sie mögen darüber lachen, Frau Ahnen und Frau Dreyer,

(Staatsministerin Doris Ahnen: Tun wir doch gar nicht!)

aber ich finde, diese Zahlen gehören hier wirklich auf den Tisch, weil der Bürger Kontakt mit dem Staat hat. Wenn der Bürger dort, wo er Kontakt mit dem Staat hat, erlebt, dass der Staat dem Recht nicht zur Geltung verhilft, dann machen Sie das Geschäft aller Populisten.

(Beifall der CDU –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! Das ist ein ungeheurerlicher Vorwurf!)

Viele Experten fragen sich, was eigentlich aus dem Prozess gegen den – – –

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist wirklich ungeheuerlich!)

– Herr Braun, Sie sind doch nachher dran. Ich weiß, dass Ihnen das wehtut, aber auch in diesem Landtag gilt freie Meinungsäußerung. Das, was Sie uns vorgeworfen haben, dass wir mit der Flüchtlingsfrage und der Integrationsfrage zündeln würden, war eine Unverschämtheit; denn Ihre Reflexe in dieser Frage führen letztendlich dazu, dass Bürgerinnen und Bürger in den Politikern nicht mehr ihre Vertreter sehen.

(Beifall der CDU –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das darf man jetzt vom Pult aus sagen: „Unverschämtheit“!)

Wir kommen zum dritten Punkt. Viele Experten fragen sich, was eigentlich aus dem Prozess gegen den schillernden Nürburgring-Finanzvermittler Urs Barandun geworden ist. Der Prozess wurde im Februar 2015 wegen Richtermangels unterbrochen und ist seitdem nicht wieder aufgenommen worden.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das ist nicht zu fassen!)

Das Mainzer Landgericht wurde in der F.A.Z. zitiert: Die bisherige Bearbeitungsdauer erkläre sich – Zitat – „vor allem aus einer massiven Belastung der (...) großen Strafkammern mit vorrangig zu bearbeitenden Verfahren, insoweit insbesondere mit Haftsachen“.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Unglaublich!)

Liebe Kollegen, dennoch: Die Ampel führt diese Personalpolitik nahtlos fort.

Verehrte Kollegen, in der Tischvorlage zur Vorstellung des Haushaltsentwurfs kommt in Abschnitt „3. Politische Schwerpunkte im Haushalt“ das Wort „Wirtschaft“ oder „Wirtschaftspolitik“ gar nicht erst vor. Das zeigt den Stellenwert, den Sie dieser zentralen landespolitischen Aufgabe beimessen.

Übrigens auch bemerkenswert: Unter der Überschrift „Bildung und Forschung“ kommt die Forschung gar nicht vor. Dabei ist die Forschung Kernstück für eine zukunftsfähige Wirtschaft.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Liebe Kollegen, Rheinland-Pfalz hat klaren Nachholbedarf bei Arbeitsplätzen im eigenen Land, bei Firmengründungen und Firmenansiedlungen, bei High-Tech-Unternehmen. Rheinland-Pfalz verfügt über genügend Hochschulstandorte. Sie sind aber unserer Meinung nach nicht wettbewerbsfähig ausgestattet. Sie verfügen über gutes Personal, aber ihnen fehlt die Luft nach oben, die die Landesregierung ihnen nicht zugesteht.

Der Transfer von Forschung in Unternehmensgründungen und auch Produktentwicklungen ist nicht ausreichend organisiert.

Der Übergang von Absolventen in den Arbeitsmarkt wird zu sehr dem Zufall überlassen. Es ist traurig, dass wir in Rheinland-Pfalz einen hohen Anteil von Hochschulabsolventen haben, die ihren Arbeitsplatz aber nur in anderen Bundesländern finden können.

Verehrte Kollegen, statt sich um diese naheliegenden Schwerpunkte zu kümmern, machen Sie mit unnötigem Bürokratiezuwachs den Unternehmen das Leben schwer, Frau Dreyer. Ein Beispiel: Frau Dreyer, Sie planen die Veränderung des Vergaberechts. Danach sollen künftig alle Aufträge der Freiberufler, die eine Schwelle von 1.000 Euro übersteigen, in einem formal nachprüfbareren Vergabever-



fahren überprüft werden.

Bisher konnte bis zu einer Grenze von 15.000 Euro, manchmal auch mehr, relativ frei vergeben werden. Die Landesregierung argumentiert, sie wolle mit der neuen Regelung Korruption verhindern und Gerechtigkeit herstellen. Das geplante Vorgehen macht aber überhaupt keinen Sinn, weil freiberufliche Leistungen, zum Beispiel für Ingenieure, Architekten oder Steuerberater, in Honorarordnungen klar festgeschrieben sind. Auch Honorare sind geregelt. Was ist also künftig das nachprüfbare Vergabekriterium? Frau Dreyer, hier wird massiv Bürokratie aufgebaut.

(Beifall der CDU)

Wir gehen noch weiter. Die geplante Neuregelung der Unterschwellenvergabe könnte alleine beim LBB mehr als 1.200 zusätzliche Vergabeverfahren im Jahr bedeuten. Fachleute gehen sogar davon aus, dass bei Aufträgen von 1.000 bis 5.000 Euro das Vergabeverfahren künftig mehr kostet, als der Auftrag an Wert hat. Nach Aussagen des LBB haben 60 % aller Vergaben im Landesbetrieb einen Wert von unter 10.000 Euro. Das macht doch überhaupt keinen Sinn, was Sie vorhaben. Sie belasten die Wirtschaft. Das kostet Luft, das kostet Zeit, und das kostet Geld. Das Land bleibt mit Ihnen unter seinen Möglichkeiten, Frau Dreyer. Dazu hätten wir gern nachher etwas von Ihnen gehört.

(Beifall der CDU)

Schauen wir Richtung Verkehr und Infrastruktur. Hier hatte die neue Ampelregierung Großes, eine deutliche Steigerung der Mittel versprochen.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Ja!)

Diese wären auch dringend notwendig.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch passiert!)

Laut Landesrechnungshof ist die Hälfte des Straßennetzes in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der Investitionsstau bei den Landesstraßen beträgt 1 Milliarde Euro. Gemessen daran und an Ihren Ankündigungen ist der nun vorgelegte Verkehrsetat schlichtweg eine Enttäuschung.

Der Zugewinn an den reinen Mitteln ohne Planungskosten für den Erhalt und den Neubau der Landesstraßen beträgt jährlich nur 6,5 Millionen Euro.

(Abg. Martin Haller, SPD: Was haben Sie gefordert? –

Abg. Thomas Roth, FDP: Das stimmt doch gar nicht!)

Zudem ist die personelle Situation des Landesbetriebs Mobilität dramatisch angespannt.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie viel haben Sie denn in den letzten Jahren beantragt?)

Bis 2020 wollen Sie dort 180 Stellen streichen. Diese sollen größtenteils bei den Straßenmeistereien eingespart

werden. Wir fragen uns nur: Wer übernimmt denn deren Arbeit?

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Es sind jetzt schon Ingenieure, die den Telefondienst machen und belastet werden, anstatt Straßen und Brücken zu bauen. Deshalb sage ich Ihnen, so wird unser Land nicht vorankommen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, vor einigen Tagen hat der Deutsche Bundestag den Bundesverkehrswegeplan 2030 beschlossen. Viele Projekte, die jetzt im vordringlichen Bedarf stehen, waren schon im Bundesverkehrswegeplan 2003 in dieser Kategorie eingeordnet, nur die SPD-geführten Landesregierungen haben diese Straßen nicht gebaut oder wenigstens geplant. Auch das ist nicht geschehen. Über viele Jahre haben Sie zur Verfügung stehende Bundesmittel einfach nicht abgerufen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich kann Ihnen sagen, wir haben sehr große Zweifel, ob die nun im vordringlichen Bedarf stehenden Projekte überhaupt umgesetzt werden können, wenn Sie so massiv an der falschen Stelle beim LBM sparen wollen.

(Beifall der CDU –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Das wird nichts!)

Schauen wir uns Ihre Symbolpolitik weiter an. Was ist zum Beispiel mit der Hunsrückspange geschehen? Ich gönne jedem Staatssekretär, der im Süden des Landes wohnt, seine Umgehung, auch wenn dafür eine andere Umgehung oder Straße erhalten muss.

Schauen wir in die Hunsrückspange. 200.000 Euro haben Sie insgesamt für die Ortsumgehung in Rhaunen in den Haushalt eingestellt. Dabei könnte diese schon längst gebaut worden sein. Aber Sie wollen dieses Projekt eigentlich nicht, wollen aber den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht die Wahrheit sagen; denn die grüne Sprecherin für Mobilität, Frau Blatzheim-Roegler,

(Zuruf von der CDU: Sie will gar nicht bauen!)

sagte – Zitat –: „Maßnahmen, bei denen eine Realisierung höchst zweifelhaft erscheint, symbolisch mit wenigen Tausend Euro in den Plan aufzunehmen“, lehnt sie ab.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das ist zumindest ehrlich!)

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die von den Grünen abgelehnte Hunsrückspange.

Aber genau diese Symbolik, dieses Simulieren von Politik betreibt diese Landesregierung. Sie will einen Symbolbeitrag von 200.000 Euro für 2017 und 2018. Mit diesem symbolischen Beitrag will sie die Menschen vor Ort beruhigen und Tätigkeit simulieren. Ich kann nur sagen, das

ist nur ein Beispiel von ganz vielen Beispielen in diesem Landeshaushalt.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wie sieht es beim Breitbandausbau mit Ihren großen Versprechungen aus? Sie haben gewaltige Anschlussprobleme. Sie versprechen deutlich mehr, als am Ende Ihr Haushalt hält.

Wir schauen uns einfach einmal die Zahlen an. Im Haushalt findet man bis zum Jahr 2020 nur Mittel in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro. Ihr Ziel aber, an dem Sie sich messen lassen müssen, ist, in den nächsten 15 Jahren flächendeckend Bandbreiten von 300 Mbit/s zu garantieren. Das haben Sie gesagt. Dann muss man auch bereit sein, das in die Finanzposten umzurechnen.

Laut TÜV-Studie sind für Ihr Versprechen staatliche Zuschüsse bis 2,6 Milliarden Euro notwendig. Entweder machen Sie Versprechungen, von denen Sie wissen, dass Sie sie nicht einhalten können, oder Sie haben falsch gerechnet in der Hoffnung, dass wir vergessen haben werden, was Sie versprochen haben. Da passen Ihre Versprechungen und Ihr Haushalt nicht zusammen. Genau darüber müssen wir an dieser Stelle reden.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schlechte digitale Versorgung in Rheinland-Pfalz führt dazu, dass die ländlichen Regionen immer mehr abgehängt werden in unserem Land. Unterversorgt sind derzeit die Gebiete in der Westpfalz, im Hunsrück sowie Teile des Westerwalds oder der Eifel. Über 50 Mbit/s verfügen in Bitburg-Prüm nur 19,3 % der Haushalte. Wenn Sie hier nicht schnell gegensteuern, wird dieser Zustand die Landflucht noch beschleunigen.

(Beifall bei CDU und AfD)

Jetzt kann man sagen, diese Landesregierung tut etwas, wenn es Ihnen reicht, dass Sie genügend Gremien haben, Frau Dreyer. Die haben Sie: ein Digitalisierungskabinet, einen Digitalisierungsrat,

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider, CDU)

digitale Studien und bald auch einen Digitaldialog, nur eines haben wir nicht, Leitungen und eine zukunftsfähige Infrastruktur in dieser Frage.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, zwischen Ihren politischen Werbeaktionen und der digitalen Wirklichkeit liegen mehr als nur ein paar Megabit.

Viele auf dem Land haben schlichtweg Angst und das Gefühl, abgehängt zu werden, abgehängt zu werden von einer guten ärztlichen Versorgung, von einer guten infrastrukturellen Anbindung, von dem Schutz durch Polizei und Sicherheitsbehörden.

Frau Dreyer, wissen Sie, eine einzige PR-Woche der Demografie ist da schlichtweg zu wenig, auch wenn Sie mit

der Presseauswertung zufrieden sind. Wir Christdemokraten wollen wirtschaftlich tragfähige Strukturen aufbauen, mit denen wir alle Voraussetzungen für ein Leben nach heutigen Bedürfnissen in Zukunft auch erfüllen können.

Dazu will ich nur einige Beispiele nennen: Die ländlichen Räume brauchen in überschaubaren Entfernungen Zugang zu den Verkehrsverbindungen auf Straße und Schiene.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Genau!)

Sie brauchen ein intaktes Nahverkehrsnetz für den individuellen und öffentlichen Nahverkehr.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja!)

– Das ist schön, dass ich hier immer wieder „Ja“ höre. Wissen Sie, das ist der Punkt, das ist genau der Unterschied.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat denn in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren etwas gemacht? Sie doch nicht!)

– Das ist wunderbar. Wenn man sich hier in dieser Stadt bewegt, dann funktioniert das, dann steht man auch genügend im Stau. Das macht sicherlich auch Spaß.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich in das Land hinaus bewegt und einen Blick für ganz Rheinland-Pfalz hat, der wird aber mitbekommen, dass man allein mit Fahrradwegen die Eifel nicht anbinden wird, Frau Blatzheim-Roegler.

(Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ländliche Raum braucht flächendeckend eine Breitbandversorgung auf dem Stand der heutigen und künftigen Technik.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die verehrte Frau Vorsitzende spricht isoliert von der Realität und von ihrer Partei! – Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen unsere Landesplanung auf den Prüfstand stellen. Auch dafür müssen wir offen sein. Ist es noch sinnvoll, die öffentliche Infrastruktur auf hierarchisch gegliederte Zentren zu konzentrieren, oder müssen wir vielleicht dezentraler arbeiten? Ich sage nur, die Zeit drängt. Hier muss die Landesregierung endlich liefern.

Dann schaue ich auf das Thema Bildung und Wissenschaft. Kernaufgaben des Landes sind Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Doch genau hier fahren Sie unser Land seit Jahren auf Kante. Es fehlen Lehrer, egal, ob es wenig Lehrernachwuchs gibt oder nicht, egal, ob die Schülerzahlen konstant bleiben oder sinken, ob Flüchtlingskinder hinzukommen, ob die Aufgabe der Inklusion

hinzukommt oder nicht, egal ob die Haushaltslage dramatisch ist oder nur schlecht. Sie planen die schlechte Ausstattung der Schulen und den Unterrichtsausfall von vornherein mit ein.

Die Schulart mit der schlechtesten Lehrerversorgung – die berufsbildenden Schulen – wird in den kommenden zwei Jahren 63 Stellen abgeben müssen. Ich kann Ihnen sagen, das ist keine Stärkung der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wenn Sie einen Meisterbonus auf der einen Seite hochheben und sich feiern lassen, aber auf der anderen Seite die berufsbildenden Schulen ausbluten lassen, dann ist das kein Konzept aus einem Guss, dann ist das PR, dann ist das nicht nachhaltig, dann bleibt unser Land unter seinen Möglichkeiten.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns die Realschule plus an. Auch in diesem Schuljahr haben wir erneut zu wenig Lehrer. Die Konsequenz: 100 Lehrer weniger für Unterricht, Förderung und Integration an Realschulen. Hierunter leidet die Bildungsqualität, die Ihnen offensichtlich nicht so sehr am Herzen liegt; denn sonst hätten Sie nicht die groteske Unterscheidung von Pflicht- und Förderunterricht gemacht.

Die Realschulen plus brauchen jede Stunde, die ihnen zu steht, um die Schüler zu einem guten Abschluss zu führen. Das ist Pflicht, das ist nicht nur Kür. Ist denn die Förderung von Leistungsschwachen, die kaum die Berufsreife schaffen, keine Pflicht? Ist denn die Berufswahlberatung keine unerlässliche Pflicht?

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Das wird doch gemacht!)

Frau Dreyer, Ihr Wahlversprechen, mit dem Sie ganz groß in den Wahlkampf gezogen sind, lautete: Jedes Kind in den Ferien soll Anspruch haben, die kompletten Ferien betreut werden zu können. – Für diese Betreuungsgarantie stellen Sie 700.000 Euro zur Verfügung. Sie glauben doch selbst nicht daran, dass das nur annähernd reichen würde für Ihr Versprechen. Das ist wieder eine PR-Geschichte gewesen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Kosten für den Ausbau der Kitas überlassen Sie erneut in weiten Teilen dem Bund und den Kommunen.

Es wird sich zeigen, ob sich mit diesen Mitteln die bereits von Ihnen ausgestellten Förderbescheide zeitnah auszahlen lassen; denn in den vergangenen Monaten haben Sie den Kommunen Förderbescheide für Kita-Investitionen mit dem Vermerk zugestellt – man höre hin –, man zahle, soweit Haushaltsmittel zur Verfügung stünden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Oder erst übernächstes Jahr, das gibt es auch!)

Ich kann Ihnen sagen, das ist für die Träger ein Lottospiel mit vielen Unbekannten. Das ist kein partnerschaftliches Umgehen mit Ihren Kommunen.

(Beifall der CDU)

Mit diesem Haushalt bleiben die Kernbaustellen der Kindertagesstätten weiterhin ungelöst: Die Frage der Gruppengrößen vor dem Hintergrund der zunehmenden Ganztagsbetreuung und Öffnung für unter Dreijährige bleibt völlig unberücksichtigt.

Wenn wir auf die Hochschulen schauen, sind diese für Innovation und Bildung auf höchstem Niveau verantwortlich. Dafür brauchen sie aber Freiheit, bürokratiearme Strukturen und verlässliche Grundlagen. Aber wie sieht es in Rheinland-Pfalz aus? Baumaßnahmen liegen auf Eis. Die Wissenschaftsbesoldung ist bundesweit nicht konkurrenzfähig. Karriereperspektiven in der Wissenschaft haben Sie erst durch Bundesmittel in nennenswerter Zahl erhöht.

Bei der Drittmittelwerbung ist viel Luft nach oben. Dasselbe gilt übrigens auch für die Betreuungsrelationen beim Lehrpersonal an den Hochschulen.

Mehr noch, am Ende des Programms „Wissen schafft Zukunft“ stehen dem Wissenschaftsbereich noch einmal 60 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Das ist Ihr Angebot an den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ich kann Ihnen sagen, das ist Ihr Angebot, dass Sie gut über die Runden kommen zulasten aller anderen Beteiligten in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Genauso sieht es beim Thema Krankenhaus, Arztversorgung und Pflege aus. Wir weisen schon seit Jahren, seit Jahrzehnten darauf hin, dass die Förderung der Krankenhausinvestitionen weit hinter dem notwendigen Bedarf zurückbleibt. Die Landesregierung findet einfach keinen Lösungsansatz, um den Bestand der kleinen und mittleren Krankenhäuser in der Fläche zu garantieren, damit sich Menschen im ländlichen Raum nicht abgehängt fühlen.

Dieser sogenannte Landesbasisfallwert entwickelt sich in Rheinland-Pfalz ständig nach unten. Das heißt, die Krankenhäuser erhalten immer weniger für ihre Leistungen. Sie können die Bundesmittel für Strukturanpassungen nicht abrufen, weil der Landeskrankenhausplan nicht fortgeschrieben wird.

In den ländlichen Gegenden, in denen die Arztversorgung dauerhaft gefährdet ist und es keine Fördermöglichkeiten durch die Kassenärztliche Vereinigung gibt, besteht die Möglichkeit einer Förderung durch das Land. Doch wie sieht diese aus? Das ist wieder Politiksimulation, sind auch wieder nur kurze Projekte, damit man Antwort geben, aber nicht Strukturen verändern kann.

Verehrte Kollegen, für Praxisgründungen gibt die Landesregierung einmalig 15.000 Euro. Das reicht aber noch nicht einmal, um ein Ultraschallgerät zu kaufen. Für einmalig 15.000 Euro Zuschuss lässt sich doch kein Arzt in eine abgelegene Region locken.

(Beifall der CDU)

Deshalb nehmen Sie doch unsere Vorschläge ernst, die wir gemacht haben. Wir wissen, dass heute schon zu wenig junge Leute Medizin studieren, die dann den Ärztemangel, der im ländlichen Raum absehbar ist, in den Hausarztpraxen kompensieren. Wir brauchen hier eine andere Studien- und Förderpolitik in diesem Land.

Wenn ich daran denke, wie lange Sie gebraucht haben, überhaupt daran zu denken und sich bereit zu erklären, dass ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin nicht nur hingestellt, sondern auch besetzt wird, dann war das Realitätsverweigerung.

Frau Dreyer, Sie waren einmal Sozialministerin. Wir haben die Anfrage noch vorliegen. Wir haben übrigens auch noch Ihre Debattenbeiträge vorliegen. Sie haben in Ihrer Zeit negiert – und so lange ist das auch noch nicht her –, dass es hier in Rheinland-Pfalz einen Arzt- und Pflege-mangel geben wird. Sie sind mitverantwortlich für diese Realitätsverweigerung; denn der Pflegenotstand wird auf uns zukommen. Das kann ich Ihnen sagen.

Mit Ihnen ist unser Land unter seinen Möglichkeiten geblieben. Das müssen die Bürger jetzt ausbaden.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt dieser Landesregierung setzt falsche Schwerpunkte. Wir sehen: Investitionen in die Zukunft – Fehlanzeige. Investitionen in die Sicherheit und Justiz – Fehlanzeige. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik, die auf Bildungsqualität und nicht nur auf Quantität Wert legt – Fehlanzeige. Ausreichende Investitionen in Straßen und Breitbandausbau – Fehlanzeige. Übereinstimmung von Versprechungen und Haushaltsentwurf – ebenso Fehlanzeige.

Stattdessen gibt es ein Modellprojekt – das kann man machen – zur Ansiedlung von Luchsen inklusive einem Luchsparlament.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ein Luchsparlament. 20 Luchse aus der Schweiz und der Slowakei sollen im Pfälzerwald angesiedelt werden. Das Land muss hier 400.000 Euro beisteuern. Das kann man machen, ist aber eine sehr interessante Schwerpunktsetzung.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD –

Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne noch eine interessante Schwerpunktsetzung. Im kommenden Doppelhaushalt haben Sie für Zuschüsse zur Förderung von Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Lebensweisen jährlich 103.000 Euro vorgesehen. Im Vergleich: Für die Islamismusprävention wollen Sie jährlich weniger, nämlich nur 100.000 Euro ausgeben. Auch das ist eine Schwerpunktsetzung.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD –

Zuruf des Abg. Damian Lohr, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, mit Kleinprojekten simulieren Sie Politik fürs ganze Land. Mit teuren Modellprojekten setzen Sie falsche Schwerpunkte.

Doppelstrukturen halten wir für unnötig und teuer. Sie halten Doppelstrukturen für angebracht und wundern sich, wo Ihr Geld bleibt. Nach unserem Verständnis muss in Zeiten der Schuldenbremse gelten: Der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren. Das sind die Innere Sicherheit, die Bildung und die Infrastruktur. Die Aufgaben, die er hat, müssen regelmäßig überprüft werden. Der Verwaltungsaufbau muss effizient sein. Doppelstrukturen müssen vermieden werden.

Leider orientiert sich die Landesregierung eben nicht an diesen Grundsätzen. Sie wollen zum Beispiel eine Gründungsallianz ins Leben rufen. Aber hier werden im Bereich der Innovationsförderung unnötig Doppelstrukturen erst einmal aufgebaut. Hier gibt es bestehende Strukturen der Wirtschaftskammern, auf die übrigens zurückgegriffen werden kann. Die Starterzentren der Kammern bieten dazu flächendeckend einen einheitlichen Beratungsservice für potenzielle Gründer an. Warum lassen Sie die Kammern nicht ihre Arbeit machen und halten sich hier zurück? Das ist doch leistungsdemotivierend. Sie nehmen Geld in die Hand, nicht für die Betroffenen, sondern nur, damit Sie nachher sagen können, Sie hätten etwas gemacht. Das halten wir für falsch.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, am Ende muss doch das Ziel sein, die vorhandenen Strukturen, die wir haben, besser zu vernetzen, bevor neue geschaffen werden. Leistungsfähige Strukturen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung müssen Vorrang vor staatlicher Betätigung haben.

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel der Doppelstruktur nennen. Das ist die Energieagentur, die immer noch fast 4 Millionen Euro kostet. Die FDP wollte die Energieagentur übrigens vor der Wahl abschaffen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Habe ich auch gelesen!)

Ich habe ein anderes Verständnis von Abschaffen als die FDP.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die FDP hat sie eingeführt!)

4 Millionen Euro heißt nicht abschaffen, sondern das rot-grüne Projekt weiterführen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch hier gibt es die Kammern, insbesondere die Architekten- und Ingenieurkammer. Das sind im Übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie erledigen die Aufgaben der Energieagentur schon heute, im Zweifel besser, im Zweifel praxistaugli-

cher und ganz ohne Zweifel kostengünstiger.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –  
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ahnen, Sie sagten gestern in Ihrer Rede bei der Haushaltseinbringung – ich zitiere –: „Für die Entwicklung der Wirtschaft kommt es auf Investitionen in ‚die Köpfe‘ an.“ Bei der Landesregierung heißen diese Köpfe Berater. Sie geben Unsummen für externe Berater aus.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Die CDU wünscht  
sich – – –)

– Oh, das ist schön. Herr Dr. Braun sagt gerade, die CDU wünsche, sie hätte solche Berater.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Ich wünschte, Sie hätten  
Berater, und zwar kluge!)

– Herr Braun, wissen Sie, ich kann Ihnen sagen, auf solche Berater, die Sie einkaufen, Berater die Berater beraten, die Gutachten von Gutachtern nur aus einem Grund begutachten, damit Sie keine Verantwortung haben, können wir wirklich verzichten. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Bei der Landesregierung heißen diese Köpfe Berater. Sie geben Unsummen für externe Berater aus. Allein das Beratungsunternehmen KPMG erhielt über den Daumen rund 7 Millionen Euro, um den Hahn zu verkaufen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben beim Verkauf des Hahn das Beratungswesen ad absurdum geführt. Sie engagieren zunächst Berater für rund 7 Millionen Euro. Dann engagieren Sie für mindestens weitere 170.000 Euro Berater, die Ihre Berater beraten, weil es die alleine nicht hinbekommen. Dann engagieren Sie für 7.000 Euro Anwälte, die Sie gegen Ihre Berater wiederum vertreten. Zu guter Letzt engagieren Sie für 30.000 Euro Kommunikationsexperten, die allein einen einzigen Auftrag haben: Ihre schlechte Politik und die Fehler Ihrer Berater in einem besseren Licht dastehen zu lassen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Man kann diesen Haushaltstitel auch anders nennen, Investitionen in eine Inkompetenz-Kompensations-Kompetenz.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Oh! Können Sie das  
wiederholen? –  
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Frau Dreyer, wir können uns vorstellen, da kommt noch einiges hinzu.

Frau Ministerpräsidentin, wenn das so weitergeht, wenn das genauso weitergeht, dann wird der Verkaufsprozess für den Flughafen Hahn am Ende mehr gekostet haben, als Sie an Verkaufspreis erzielen werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist jetzt schon so!)

Im Übrigen hat bis heute niemand Verantwortung für die Aneinanderreihung von Pannen beim Verkauf des Flughafens übernommen. Die Ministerpräsidentin zeigt auf den Innenminister. Der Innenminister zeigt auf den Staatssekretär.

(Staatsminister Roger Lewentz: Na, na, na!)

Der Staatssekretär zeigt auf die Berater, und die Berater bekommen dafür Geld, dass sie sich nicht weiter über das Umgehen der Landesregierung mit ihnen beklagen.

(Beifall der CDU und bei der AfD –  
Abg. Christian Baldauf, CDU:  
Schweigegehd!)

Exemplarisch hierfür steht eine Pressemitteilung der Staatskanzlei, nachdem ein Schreiben in die Öffentlichkeit gelangte, in dem das Beratungsunternehmen KPMG der Regierung und Frau Dreyer sehr schwere Vorwürfe machte. Diese Pressemitteilung enthielt einen ganz entlarvenden Satz, er lautet – ich zitiere ihn; er ist wirklich wörtlich so veröffentlicht worden –: „Deshalb hat das Innenministerium deshalb wurde gemeinsam erwogen, die Verhandlungen abubrechen.“ Dieser Satz zeigt die innere Zerrissenheit dieser Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Was denn nun? Entschied das Innenministerium? Erwog man gemeinsam? Hier drängt sich doch der Eindruck auf, dass auch diese Verlautbarung nicht die tatsächlichen Abläufe wiedergibt. Das ist eher das Ergebnis einer eiligen und missglückten Abstimmung zwischen Staatskanzlei und Innenministerium. Wir bekommen immer wieder Einblicke, wie auf unterschiedlichen Tickets Frau Dreyer und Herr Lewentz in Sachen Hahn unterwegs sind.

Am Beispiel Flughafen Hahn sieht man, wie wenig ambitioniert diese Landesregierung Strukturpolitik betreibt. Da ist es beim Flughafen Hahn schon ein Erfolg und eine Meldung wert, dass der Flughafen noch zahlungsfähig ist. Das ist auch nur der Fall, weil der Flughafen trotz unsicherer Zukunft Kredite des Landes erhält. Im Übrigen sind das Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – das Geld, das bei der Justiz, der Polizei und bei den Lehrern fehlt.

(Beifall der CDU –  
Staatsminister Roger Lewentz: Kein Geld  
für den Hahn!)

Verehrte Kollegen, in der Sprache des SPD-Landesvorsitzenden hört sich das wie folgt an. Wir konnten es am vergangenen Samstag hören. Ich zitiere Herrn Lewentz: „Nach heutigem Stand (...) gehen wir davon aus, dass wir Mitte Januar wissen, ob und gegebenenfalls mit welchem Bieter wir in endgültige Verhandlungen eintreten werden.“

Erste Bedingung: Nach heutigem Stand.

Zweite Bedingung: Eventuell Mitte Januar.

Dritte Bedingung: Ob wir in endgültige Verhandlungen eintreten.

Vierte Bedingung: Gegebenenfalls mit einem Bieter.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sehr konkret! Toll! Stark!)

Das ist eine ganz klare Richtung dieser Landesregierung. Das ist sehr konkret.

(Staatsminister Roger Lewentz: Abwarten!)

Ich kann Ihnen nur sagen, da kann einem Angst werden, wenn man Sie hört, was Sie mit diesem millionenschweren Projekt dieses Landes vorhaben. Dafür sind Sie alleine verantwortlich. Damit bleibt unser Land unter seinen Möglichkeiten, Herr Lewentz.

(Beifall CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen in Rheinland-Pfalz eine Politik, die den Menschen wieder Orientierung auf lange Sicht gibt.

Wir brauchen eine Politik für die Mitte unserer Gesellschaft.

Wir brauchen eine Politik, die Schwerpunkte in den Bereichen setzt, die die Bürger auch bewegen.

Wir brauchen eine Politik, die den Bürgern Sicherheit in allen Lebenssituationen sowie Zuversicht vermittelt.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz, in unserem Bundesland, haben ein Recht, ernst genommen zu werden.

Frau Ahnen, Sie haben in Ihrer gestrigen Rede fünf Schwerpunkte Ihres Haushalts vorgestellt. Sie sagten Zusammenhalt, Zukunftschancen, Gerechtigkeit, Zukunftsiniciativen und Lebensqualität. Das sind schöne Schlagworte. Schauen wir uns doch einmal die Realität an. Was hat es zum Beispiel mit Zusammenhalt zu tun, wenn eine Landesregierung die Solidarität mit den Kommunen aufkündigt, sie in die Verschuldung treibt und ihnen Bundesgelder vorenthält?

Was hat es zum Beispiel mit Zukunftschancen zu tun, wenn wir zu wenig Lehrer haben, viel zu viele Stunden ausfallen und Junglehrer über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit geschickt werden? Das ist nicht anständig. Es ist unanständig, wenn Sie junge Menschen in befristeten Kettenarbeitsverträgen hinhalten und am Ende am 1. Mai davon reden, dass Arbeitgeber ordentlich mit ihren Angeestellten umgehen müssen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was hat es zum Beispiel mit Gerechtigkeit zu tun, wenn es viel zu wenig Richter, Staatsanwälte und Justizmitarbeiter gibt, die dem Recht Geltung verschaffen?

Was hat es zum Beispiel mit Zukunftsiniciativen zu tun, wenn die Landesregierung den digitalen Anschluss schlichtweg verpasst hat, den Ärztemangel und den dro-

henden Pflegenotstand ignoriert und den kommenden Generationen schlichtweg Schulden hinterlässt?

Was hat es mit Lebensqualität zu tun, wenn die Zahl der Wohnungseinbrüche auf Rekordniveau ist, die Polizei unter Personalnot leidet und Sie gestern kein einziges Wort dazu verloren haben?

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bleibe für uns Christdemokraten dabei: In Zeiten höchster Steuereinnahmen, niedriger Zinsen und in Zeiten, in denen es uns gut geht und die Prognosen prima sind, muss eine Landesregierung, wenn sie ernst genommen werden will, den Anspruch haben, mit dem Geld, das sie einnimmt, auch auszukommen. Am Ende erwartet sie das von jedem Bürger, der seinen Privathaushalt zu managen hat. Aber selbst macht sie das vor, was wir den kommenden Generationen niemals als Beispiel hinterlassen sollen.

Frau Dreyer, deshalb sage ich auch: Sich für „weniger mehr Schulden“ machen feiern zu lassen, die Hauptschwerpunkte zu ignorieren und sich Probleme im Land schönzureden, ist keine nachhaltige Politik. Das ist Politik, die unser Land unter seinen Möglichkeiten belässt. Das ist zu wenig. Das ist nicht zukunftsgerecht. Das ist überarbeitungsbedürftig.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Hermann-Gmeiner-Realschule plus Daaden, 10. Jahrgangsstufe, sowie Personalratsmitglieder aus dem Wahlkreis 43 – Kaiserslautern. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender Alexander Schweitzer das Wort.

#### **Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Guten Morgen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Es ist Dezember.

Frau Klöckner, ich vermute, dass Sie vor einem Jahr im Dezember 2015 bei einer Agentur zur Landtagswahl der CDU den Vertrag mit der Bitte unterschrieben haben, ein Plakat mit der Aufschrift „Die neue Ministerpräsidentin“ zu produzieren. Heute, ein Jahr später, sehen wir auf das Jahr 2016 zurück. Ich muss Ihnen sagen, Sie werden in Ihrer Rückschau auf dieses Jahr an Heiligabend sagen müssen, dass dieses Jahr das Jahr Ihres persönlichen Scheiterns war.

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass Sie an Ihren eigenen Ansprüchen gescheitert sind.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben in Ihrer Rede auch deutlich gemacht, dass Sie dem Land unterstellen, bei der Aufstellung dieses Haushalts unter den Möglichkeiten geblieben zu sein. Das finde ich insofern spannend, als Sie selbst hier noch vor einem Jahr, als wir im Landtag über den damaligen Haushalt gesprochen haben, den Anspruch an sich selbst und die CDU-Fraktion gestellt haben, dass Sie den Haushalt 2016, den Sie schon selbst in Regierungsverantwortung umsetzen wollten, mit eigenen Einsparvorschlägen versehen.

Wir haben Ihnen dann in der Haushaltsdebatte Punkt für Punkt nachgewiesen, dass Sie in diesen eigenen Vorschlägen mit Luftbuchungen, Taschenspielertricks und dem Instrument der globalen Minderausgabe in einer dreistelligen Millionenhöhe gearbeitet haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie haben heute erneut nur im Ungefähren angedeutet, wie Sie sich vorstellen können, das zu erreichen, woran Sie schon 2016 gemessen an den eigenen Ansprüchen gescheitert sind.

Dieses Jahr 2016 war ein Jahr des Scheiterns. Sie standen an diesem Rednerpult im Landtag und haben mit der Selbstgewissheit der künftigen Ministerpräsidentin agiert und zum Teil in einer Überheblichkeit mit den regierungstragenden Fraktionen argumentiert.

Liebe Frau Klöckner, heute ist Ihnen sicherlich schmerzlich bewusst geworden, dass Sie erneut von diesem Platz aus an das Rednerpult gehen mussten. Darum sage ich: An den eigenen Ansprüchen sind zunächst einmal Sie gescheitert.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dann – das möchte ich auch noch in für Sie schmerzliche Erinnerung rufen – versucht, im Zuge der Koalitionsverhandlungen nach einem Wahlergebnis, das für die CDU in Rheinland-Pfalz historisch schlechtestes war, im Zuge dieser Koalitionsverhandlungen einen Partner zu bezirzen oder durch Druck dazu zu bringen, aus diesen Koalitionsverhandlungen am Ende herauszubrechen. Ich sehe das Nicken aus den Reihen der FDP-Fraktion; darum weiß ich, dass es da auch angekommen ist, wo ich es hingeschickt habe.

Sie sind dann gescheitert, als Sie versucht haben, erneut das Instrument des Misstrauensvotums zu benutzen, um den Wählerwillen am Ende dann doch noch in das Gegenteil zu verkehren.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie sind als CDU-Landesvorsitzende durch den skandalösen Spendenskandal der rheinland-pfälzischen CDU auf breiter Ebene an den Ansprüchen an Klarheit und Wahrheit, die Sie der Finanzministerin und der Ministerpräsidentin persönlich als nicht erfüllt unterstellt haben, gescheitert.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wer so wenig an eigener Bilanz im Rucksack hat, aber mit dem großem Zeigefinger auf die anderen zeigt, der ist bei der Landtagswahl nicht unter seinen Möglichkeiten geblieben. Ich glaube, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz Sie gut einschätzen können. Sie sind am 13. März 2016 genau bei Ihren Möglichkeiten geblieben.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lieber Herr Präsident, wir diskutieren heute den ersten Doppelhaushalt der Ampelregierung.

(Zurufe von der CDU)

– Jetzt höre ich die Zwischenrufe aus der CDU. Wir sind nicht auf dem CDU-Parteitag. Hier darf man nach Ihnen das Wort ergreifen und Sie kritisieren, liebe Frau Kollegin Klöckner. Das ist so.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren heute den Ampelhaushalt, den ersten dieser neuen Regierung. Ich möchte unserer Finanzministerin Doris Ahnen für die Vorlage und die Einbringungsrede gestern danken, weil diese zeigen, dass dieser Haushalt nachhaltig und sozial ist. Wir stehen damit klar für den Zusammenhalt und die Zukunftschancen.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe Malu Dreyer, dieser Haushalt ist auch Ausdruck unserer vorausschauenden Politik. Konsolidieren und Investieren befinden sich bei uns in guter Balance. Dabei ist mir und meiner Fraktion wichtig, dass wir den Blick schon über das Jahr 2018 hinaus richten, nämlich auf das Jahr 2020. Der Finanzplan, den wir mitberaten, zeigt es klar auf. Wir haben nicht nur die Absicht, sondern befinden uns auf dem besten Wege, die Schuldenbremse einzuhalten. Wir sind auf der Zielgeraden unserer Konsolidierungspolitik, und wir werden die Voraussetzungen schaffen,

(Beifall der SPD und der FDP)

um 2020 tatsächlich bei der Nettokreditaufnahme bei null zu sein.

Wo kommen wir her? Wir haben schon in den Jahren 2011 bis 2015 große Teile der notwendigen Konsolidierung erreicht. Bis 2020 – das haben wir vor – bleiben die geplanten strukturellen Defizite mit deutlichem Sicherheitsabstand unter der Obergrenze. Am Ende des Planungszeitraums wird 2020 ein struktureller Überschuss von 188 Millionen Euro angestrebt. 2021 kann dann ein Überschuss von 220 Millionen Euro erreicht werden. Diese Überschüsse dienen der Absicherung, den strukturell ausgeglichenen Haushalt auch bei Risiken zu gewährleisten. Vorsicht ist also geboten.

Im Regierungsentwurf zu diesem Doppelhaushalt wird das strukturelle Defizit um weitere 275 Millionen Euro reduziert. Insgesamt stehen wir dann noch vor der Herausforderung, in einer Konsolidierungsphase, die noch vor uns steht, weitere 440 Millionen Euro auszugleichen.

Für mich ist Konsolidieren und Investieren wichtig. Die Investitionsquote beträgt in diesem Finanzplanungszeitraum auch unter Berücksichtigung der Landesbetriebe über 8 % und hat sich damit gegenüber der letzten Finanzplanung deutlich erhöht. Das zeigt doch ganz deutlich, dass die Aussage, wir würden nicht investieren und die Aufgaben des Landes vernachlässigen, die Sie hier versucht haben, zu konstruieren, Frau Kollegin Klöckner, überhaupt keine Grundlage hat, zumindest keine in diesem Haushalt und in dem, was vorgelegt wurde. Sie haben womöglich in der eigenen Fantasie – diese will ich Ihnen nicht einschränken –, aber nicht auf der Grundlage dieses Haushalts argumentiert, als Sie die Investitionsquote angesprochen haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch sagen, dass diese Konsolidierung nicht spurlos an unserer Verwaltung vorbeigeht. Sie ist womöglich mit großen Zumutungen verbunden. Doris Ahnen hat gestern die Eckpunkte des geplanten Abbaus von Stellen in der Landesverwaltung dargelegt. Das sind insgesamt 2.000 Stellen.

Frau Kollegin Klöckner, Sie haben gefragt, warum es gerade 2.000 Stellen sind. Hier stellt sich für mich die Frage: Welchen Vorschlag haben Sie? Sind das bei Ihnen 1.999 Stellen oder 2.100 Stellen?

Liebe Frau Kollegin Klöckner, man muss in einer solchen Haushaltsberatung, wenn man Zahlen kritisiert, zumindest den Anschein erwecken können, dass man eigene Zahlen im Gepäck hat. Sie haben weder den Anschein erweckt noch die Zahlen dabeigeht.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird Sie nicht wundern, dass ich als Sozialdemokrat darauf Wert lege, dass dies in großer Sorgfalt mit den Personalvertretungen diskutiert wird.

Frau Klöckner, es ist nicht illegitim, darüber nachzudenken, was das für das Verwaltungshandeln bedeuten kann. Der Anspruch an das Reduzieren von 2.000 Stellen in den Ministerien und der Landesverwaltung kann nicht sein, dass das einfach so geht, weil man damit unterstellt, die Menschen hätten vorher nichts gearbeitet, und dann kann man diese nicht neu besetzen. Man muss das mit neuen Fokussen und neuen Möglichkeiten der Vereinfachung und der Digitalisierung verbinden.

Das geschieht doch auch im Gespräch mit den Personalvertretungen. Frau Klöckner, all das, was Sie einfordern, geschieht doch. Das ist Regierungshandeln. Wir sind mitdrin.

Ich freue mich auch, dass wir zu dieser Botschaft, die schwierig genug ist, dass wir diese 2.000 Stellen reduzieren werden, auch eine klare Aussage in diesem Haushalt mit untergebracht haben, die aus dem Koalitionsvertrag der Ampel mitkommt, dass wir nämlich dort, wo wir es können, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten selbstverständlich auch die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten des Landes

übertragen wollen.

Wir sorgen also für die Menschen, die für uns tätig sind, die in der Landesverwaltung arbeiten. Wir sagen nicht nur, ihr müsst euren Sparbeitrag bringen, sondern wir sagen auch, wir investieren in die Köpfe der Landesverwaltung. Wir anerkennen und respektieren die Arbeit der Menschen, die in unserem Land für uns arbeiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir das mit unserer Vorstellung eines handlungsfähigen Staates unterstützen. Wir wollen, dass dieser Staat auch in der Zukunft in der Lage ist, in das Land und seine Menschen zu investieren und für ihre Zukunft zu sorgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, lieber Thomas Roth, lieber Bernhard Braun, wir stehen nun vor dem Beginn der parlamentarischen Beratungen des Haushalts. Natürlich werden wir unsere Schwerpunkte an der einen oder anderen Stelle schärfen. Das ist normal, das gehört sich für den Haushaltsgesetzgeber. Das gehört sich auch für eine selbstbewusste regierungstragende Fraktion.

Deshalb sage ich in Abwandlung eines Satzes, den Peter Struck geprägt hat: Dieses Landeshaushaltsgesetz wird den Landtag nicht so verlassen, wie es ihn erreicht hat. – Das soll Doris Ahnen bitte nicht als Drohung empfinden.

(Heiterkeit der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das natürlich in der größtmöglichen sozialdemokratischen Solidarität miteinander machen. Aber es ist doch völlig klar, dass wir auch unsere Akzente schärfen wollen. Es muss mich übrigens niemand von der Regierungsbank jetzt verschreckt anschauen. Wir werden unsere Profile schärfen. Aber es wird einen erheblichen Unterschied zu den Vorschlägen geben, die von der CDU kommen. Unsere Vorschläge werden alle begründet sein. Sie werden durchgerechnet sein und mit Deckungsvorschlägen daherkommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wer glaubt, er kann uns gegenüber argumentieren, wir würden den Populismus unterstützen und nähren, gleichzeitig aber sagen, wir werden schon irgendwie und irgendwo sparen, nämlich im Zuge einer Haushaltspolitik, die an die CDU-Finanzpolitik in den eigenen Reihen angelehnt ist, der kann uns nicht diesen Vorwurf machen. Dieser Vorwurf fällt auf Sie selbst zurück. Sie müssten heute schon erklären können, wo Sie genau sparen wollen, und das nicht irgendwann ankündigen, und am Ende kommt doch wieder nichts dabei herem.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Regierung, die wir tragen, hat zukunftsweisende Investitionen für eine gute Infrastruktur, für Bildung, für Integration, für Sicherheit und Ökologie vorgesehen. Wir gehen von einem gemeinsamen Men-



schenbild aus. Ich möchte das bewusst nicht überhöhen, jetzt auch nicht pathetisch übertreiben. Es hat sich aber bei den Koalitionsverhandlungen gezeigt, diese Regierung ist von der Gewissheit getragen, dass man den Menschen in diesem Land etwas zutrauen kann, dass man nicht davon ausgehen muss, dass die Menschen vor allem von Ängsten, Befürchtungen, von Sorgen und Ressentiments gegenüber Schwulen und Lesben genährt sind, liebe Frau Klöckner, sondern dass sie sagen, wir wollen in diesem Land zusammenarbeiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte es gerne bei dem Thema der Inneren Sicherheit untergebracht, aber weil ich zur Frau Kollegin Rohleder schaue, die Staatssekretärin ist und in Personalunion die Vertretung für das Thema Vielfalt übernehmen wird, sage ich, liebe Frau Kollegin Klöckner, es mag sein, dass dieser Hinweis, dass die alte Oma nicht mehr zur Polizei darf, es aber für die Schwulen und Lesben einen Beauftragten gibt, vielleicht bei der Senioren-Union in Guldental noch den Puls hochtreiben kann, aber hier im Landtag können Sie nicht in Anspruch nehmen, dafür ernst genommen zu werden.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach Quatsch!)

– Lieber Herr Baldauf, Sie werden uns im Zuge der Haushaltsberatungen noch einmal erklären können, wie Sie vorhaben, die AfD zu bekämpfen, wenn Sie so reden wie die AfD. Das wird nicht aufgehen.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach je! –  
Zuruf von der CDU: Unverschämt!)

– Sie sagen: unverschämt. – Ja, ich habe mich tatsächlich nicht geschämt, das hier anzusprechen. Aber die Vorlage hat Ihre Fraktionsvorsitzende geliefert. Also bringen Sie die Kritik bei ihr an. Dann gibt es auch keinen Widerspruch. Noch einmal: Wir sind nicht auf einem CDU-Landesparteitag. Hier darf man auch noch widersprechen, wenn die CDU-Fraktionsvorsitzende gesprochen hat.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir verbinden die Themen, die den Menschen wichtig sind. Wir verbinden wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung, weil wir wissen, dass das Geschwisterpaare sind. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir wissen, es geht um ökologische Nachhaltigkeit. Das ist ein Thema, das nicht immer Konjunktur hat, aber das nicht aufhört, wichtig zu sein. Dafür steht diese Ampel. Wir nutzen Vielfalt und Weltoffenheit als Chance. Wir verknüpfen gemeinsam mit den Menschen unseres Landes Bodenständigkeit und Zukunftsoffenheit. In den nächsten Jahren werden wir gemeinsam mit unseren Regierungspartnern – –

(Abg. Joachim Paul, AfD: Schlagworte! –  
Weitere Zurufe von der AfD)

Dass Sie das Thema Weltoffenheit offensichtlich so um-

treibt, dazu kann ich nur sagen, ich hätte nicht gedacht, dass es so einfach ist, die AfD zu provozieren. Bitte, es ist ein Schlagwort. Es mag sein, dass das Thema Weltoffenheit für Sie wie ein Schlag daherkommt.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Fragen Sie einmal  
die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! –  
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Aber ich meine es ernst. Es ist das, was die Menschen in diesem Land prägt und zusammenbringt.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Da haben Sie  
Angst davor! Fragen Sie die einmal, was sie  
von Ihrer Weltoffenheit halten! Nichts!)

– Herr Paul, sie müssten doch nun wirklich wissen, dass Sie bisher keine Erfolgsgeschichte geschrieben haben, wenn Sie mit mir rumverhandeln und Zwischenrufe machen. Das hat bisher noch nicht funktioniert. Warum lernen Sie denn daraus nicht?

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist billig!)

– Es mag sein, dass Sie das nicht gut finden. Aber ich bin nicht dazu da, Dinge zu sagen, die Sie gut finden, Herr Paul.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Veränderung von Arbeiten und Leben durch die Digitalisierung, den demografischen Wandel, die Stärkung des Zusammenhalts durch Integration – all das braucht eine Politik, die in schwierigen Zeiten anpackt, und zwar mit klarem Kompass. Lassen Sie mich das an einigen Stellen des Haushaltsentwurfs verdeutlichen.

Ich möchte gerne etwas zum Thema kommunale Finanzen sagen. Meine Damen und Herren, etwa ein Drittel dieses Landeshaushalts steht den Kommunen für deren Aufgabenerledigung zur Verfügung. Das sind im Jahr 2018 rund 5,6 Milliarden Euro. Sie setzen sich aus den Mitteln innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs und aus Zuweisungen an Kommunen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs zusammen. In diesem Doppelhaushalt steigt dieser kommunale Finanzausgleich im Jahr 2017 um 156 Millionen Euro und im Jahr 2018 um weitere 176 Millionen Euro auf dann 2,9 Milliarden Euro

Das macht deutlich, dass wir von einer Zunahme von 12,8 % sprechen können. Das heißt, die Gesamtausgaben des Landes wachsen im selben Zeitraum um 6 %, während die Ausgaben, die wir den Kommunen zuordnen können, um über 12 % wachsen.

Wie man sich dann zu der Behauptung versteigen kann, wir würden sozusagen haushaltspolitischen Krieg mit den Kommunen führen, kann ich nicht verstehen.

Natürlich gibt es, was die Frage der Integration angeht, immer auch die Notwendigkeit, dass man sich in den Austausch begibt. Wir hatten in der letzten Woche eine ganz spannende Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss.

Ich fand es völlig legitim, dass die Kommunen gesagt haben, wir sind auch die Akteure, wenn es um Integrationspolitik geht. Das ist doch völlig legitim. Wir empfinden das auch so. Aber das heißt doch nicht, dass das Land darin überhaupt keine Aufgaben hat.

Es ist in dieser Anhörung auch interessant gewesen, dass die drei Vertreter der kommunalen Familie, wie es eben manchmal in einer Familie ist, nicht einer Meinung waren, wenn es darum geht, zuzuordnen, wer welche Aufgaben hat. Der Kollege vom Gemeinde- und Städtebund hat eine andere Auffassung gehabt als der Kollege vom Landkreistag. Der Kollege vom Städtetag, der Pirmasenser Oberbürgermeister – vor und nach der Landtagswahl –, hat gesagt, wir haben ungefähr eine Ahnung, was uns die Flüchtlingskrise in Pirmasens kosten kann, nämlich 1.250 Euro pro Fall. Aber wir sind nicht sicher, ob die Zahl stimmt.

Herr Matheis hat gesagt – das möchte ich bei allem Respekt anfügen –, er kann selbst nicht sagen, ob die Zahl seriös und valide ist. Also hatten wir doch die Situation, dass wir heute über ein Landesaufnahmegesetz sprechen, bei dem uns die kommunalen Spitzenverbände erstens nicht sagen können, wo die Kosten sind und wie die Belastung ist, und sich zweitens nicht einig sind, aber in einem schon gemeinsam sicher sind, dass das Land mehr geben muss.

Das kann man in einer allgemeinpolitischen Auseinandersetzung machen. Das ist völlig legitim. Aber auf der Grundlage ein Gesetz zu beschließen, kann von den regierungstragenden Fraktionen in diesem Landtag keiner verlangen. Frau Kollegin Klöckner, deshalb sage ich Ihnen, diese Diskussion können wir gerne führen, aber so pauschal und so mit Schlagworten versehen, wie Sie es versucht haben, wird es nicht gehen. Die Welt ist komplizierter, auch mit Blick auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für diese Regierung ist Bildung die Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand. Dieser Haushalt macht es deutlich. Mit uns bleibt die Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule gebührenfrei. Wir haben die Unterrichtsversorgung in den letzten Jahren konsequent verbessert. Wir gehen mit diesem Haushaltsentwurf 2017/2018 weitere Schritte zur 100 %igen Unterrichtsversorgung, liebe Stefanie Hubig. Hierfür sind in den Jahren 2017/2018 jeweils rund 2,1 Milliarden Euro vorgesehen.

Für das aktuelle Schuljahr wurden rund 1.100 junge Lehrerinnen und Lehrer in den rheinland-pfälzischen Schuldienst eingestellt. 270 Stellen wurden für das Schuljahr 2016/2017 neu geschaffen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Die Mittel für den Schulbau wachsen um 5 Millionen Euro im Jahr 2017 und um 10 Millionen Euro für das Jahr 2018. Meine Damen und Herren, dieses Land, diese Landesregierung, unterstützt von den regierungstragenden Fraktionen, wird immer einen Schwerpunkt bei Bildung, Schule und Kindertagesstätten sehen. Dieser Haushalt atmet nicht nur den Anspruch, sondern er kann ihn mit Zahlen und Nummern belegen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wenn Sie gesagt haben, das ist alles nur eine Aneinanderreihung von Nummern, was Sie als Kritik an der Rede von Frau Doris Ahnen angebracht haben, so wird keine Haushaltsrede ernst genommen werden können, wenn man nicht auch ein paar Zahlen und ein paar Nummern mit hineinbringt. Diese habe ich Ihnen jetzt gerade für den Bildungsbereich genannt. Sie sollten sie zur Kenntnis nehmen. Würden Sie diese zur Kenntnis nehmen, müssten Sie Ihre Argumentation überprüfen. Ich habe da keine Hoffnung.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir intensivieren unsere Anstrengungen für eine optimale Kindertagesbetreuung im Land. 624 Millionen Euro im Jahr 2017 und sogar 637 Millionen Euro im Jahr 2018 sprechen eine klare Botschaft. Im Jahr 2018 ist das ein Zuwachs um 35 Millionen Euro.

Wir sichern die guten Studienbedingungen und die duale Ausbildung in ganz Rheinland-Pfalz und stärken die Durchlässigkeit zwischen den Bereichen. Ich möchte einen Meilenstein nennen, der uns im Koalitionsvertrag als Sozialdemokraten sehr stark bewegt hat, den wir umsetzen wollten, für den wir auch im Vorfeld der Landtagswahl geworben haben. Es geht darum, die Gleichrangigkeit der Bildungsabschlüsse nicht nur rhetorisch im Munde zu führen, sondern auch mit politischen Schlüssen zu unterstützen. Darum bin ich sehr froh, dass es gelungen ist, ein deutliches Signal an Handwerk und berufliche Bildung zu setzen, indem wir sagen, der Meisterbonus wird kommen. Er ist mit 7,5 Millionen Euro je Haushaltsjahr vorbereitet. Das ist ein klares Signal an die junge Generation, ihr müsst nicht studieren, um etwas zu werden und etwas zu gelten,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Jetzt auf einmal!)

sondern wir als Land setzen unsere Ansprüche gleichermaßen in dieses Bildungssystem an alle, die bereit sind, etwas zu tun und etwas zu leisten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist das auch Wirtschaftsförderung. Wir sind das Land des Mittelstandes. Es gibt ein Land im Süden, nämlich Baden-Württemberg, das das auch von sich behauptet. Aber mit Blick auf die Struktur sind wir das. 99 % aller Unternehmen haben weniger als 100 Beschäftigte, 91 % weniger als zehn Beschäftigte. Wir sind das Land der kleinen und mittleren Unternehmen, der handwerksnahen Dienstleistungen. Das ist ein klares Signal an die Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz. Das ist Wirtschaftsförderung pur, was wir hier machen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir diesen Anspruch auch im Bereich der Hochschulen umsetzen wollen, zeigt sich darin, dass wir in jedem Haushaltsjahr, über das wir sprechen, über 1 Milliarde Euro jährlich in die Grundfinanzierung der Hochschulen geben. Ich rede ich hier nur von der Grundfinanzierung. Da kommt noch manches dazu, lieber Konrad Wolf: 200

Stellen, die wir über das Jahr 2016 hinaus ziehen, 100 davon unbefristet. – Das ist ein klares, auch personelles Signal an die Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz. Wir kümmern uns um unsere Hochschulen und Universitäten, weil wir wissen, sie sind auch so etwas wie der Brennpunkt für neue innovative Möglichkeiten, für Menschen, die gerne nach Rheinland-Pfalz kommen.

Liebe Frau Klöckner, es ist nun einmal so, die Welt ist nicht so klein wie in mancher Vorstellung. Es ist auch nicht unanständig, dass jemand nach seinem Studium die Grenzen des Landes Rheinland-Pfalz verlässt. Es tut mir um jeden im Herzen weh, der da geht, aber jetzt einmal ehrlich,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wer sein Studium beendet!)

es ist doch gut, wenn man sagt, die rheinland-pfälzische Hochschulausbildung hat mich so gut ausgestattet, dass ich in ganz Europa, auch auf der ganzen Welt tätig werden kann.

Das ist doch eine schöne Voraussetzung. Viele kommen wieder zurück und sagen, ich will aber nach den Erfahrungen im Ausland lieber in Rheinland-Pfalz leben, weil es hier schöner ist als irgendwo sonst auf dieser Welt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Jens Guth, SPD: So ist es! –  
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Lieber Herr Baldauf, weil Sie jetzt dazwischenrufen, Entschuldigung, da kenne ich aber viele christdemokratische Bildungspolitiker besser. Die hätten doch der jungen Generation ihre Neugierde und Mobilität nie vorgeworfen. Sie hätten gesagt, es ist gut, dass sie hinausgehen in die Welt, aber auch wieder zurückkommen. So haben wir das doch in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich möchte etwas zum Thema Sicherheit sagen. Die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz ist, wenn Sie so wollen, die Partei, die politische Kraft der doppelten Sicherheit.

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider, CDU –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Der doppelten Staatsbürgerschaft!)

Liebe Sabine Bätzing-Lichtenthäler, unsere Sozialministerin, lieber Roger Lewentz, wir verbinden soziale Sicherheit mit innerer Sicherheit.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die MDK-Mediatorin!)

– Wie soll ich es formulieren, damit es auch Herr Baldauf versteht?

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Das geht gar nicht! Das wird nie etwas! Untauglicher Versuch!)

Ich will es einmal so versuchen: Es gab bei Willy Brandt – den kennen Sie, Herr Baldauf – den Ausspruch: Nur der

Reiche kann sich den armen Staat leisten. – Er hat damals so gestimmt, wie er heute stimmt.

Ich bin davon erfüllt, dass wir bei all dem, was wir in diesem Haushalt konsolidieren müssen, die Investitionen immer so geradeaus fahren müssen, dass wir für die Menschen, die sich soziale Sicherung, das Durchfinanzieren ihrer Lebenswünsche und Lebensentwürfe nur leisten können, indem sie eingebettet sind in staatliche Möglichkeiten, in solidarische Möglichkeiten und andere brauchen, die ihnen unter die Arme greifen – das meine ich nicht im Sinne von das sind Menschen, die Unterstützung brauchen –, weil sie aus Elternhäusern kommen, in denen das Geld nicht da ist, die Voraussetzungen schaffen, die sie brauchen: Gebührenfreiheit und die Voraussetzungen, die wir entlang der ganzen Biografie schaffen, immer noch eine zweite und dritte Chance zu geben. Das ist die Möglichkeit, die wir mit der sozialen Sicherheit verbinden.

Genauso sind es oftmals dieselben Menschen, die sagen, ich möchte da wohnen, wo ich wohne, auch wenn sich das Viertel verändert. Ich möchte, dass es eine Mischung, eine Kombination aus gut und sozial ist. Ich möchte nicht in die Situation kommen, wie wir es in Übersee erleben, dass sich nur noch die Reichen persönliche Sicherheit leisten können. Darum ist die SPD die Partei der sozialen Sicherheit und der Inneren Sicherheit. Das ist unser Anspruch, der auch in diesem Haushalt deutlich wird, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon im zehnten Jahr liegt die Aufklärungsquote von Verbrechen in Rheinland-Pfalz bei über 60 %. Meine Fraktion hat sich immer dabei hervorgetan, die personelle Ausstattung der Polizei nach vorn zu bringen. Anfang 2016 verzeichnet die Hochschule der Polizei mit rund 1.400 Studierenden Rekordwerte. Die Zahl der Neueinstellungen hat mit 475 im Jahr 2015 und 500 im Jahr 2016 Höchststände in der Geschichte von Rheinland-Pfalz erreicht.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, ja, es mussten sozialdemokratische Innenminister ins Amt kommen, damit wir von diesen Zahlen sprechen können. Das ist nicht nur etwas, was Ihnen womöglich nicht in Ihr Weltbild passt, es ist einfach nur die Realität.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Die Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz ist immer ein Schwerpunkt der sozialdemokratisch geführten Landesregierung gewesen. Wir werden das auch in diesem Haushalt für die nächsten Jahre deutlich machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Aufgabe, die haushaltspolitisch schwer wiegt, aber wir sehen auch keine Möglichkeiten, wie sie andere diskutieren, über „Polizei light“ oder über Amateure, die man am Ende sogar mit Waffen ausstattet. Das wird in Rheinland-Pfalz keine Realität werden. Wir wollen gut ausgebildete und gut abgesicherte Polizistinnen und Polizisten. Das ist uns etwas wert. Es ist uns in jedem Haushaltsjahr rund 120 Millionen Euro wert.

Wir setzen darüber hinaus auf gute Ausbildung und modernste Technik, etwa wenn es um die Bodycam oder um maßgefertigte Schutzwesten für Beamtinnen und Beamte geht. Wir schützen die Menschen, die uns schützen. Wir reden nicht nur daher, sondern setzen es in die Realität um. Die Menschen, die für uns diesen Dienst tun, der schwer genug und aufgrund der schwierigen Zeiten nicht leichter geworden ist, können sich darauf verlassen, diese Landesregierung steht an ihrer Seite und tut das ihre, um sie dabei zu unterstützen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus! –  
Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren, wir wenden uns, wenn es um das Thema der Innenpolitik geht, gegen jede Art von Extremismus und verurteilen Rassismus, Gewalt, Hass, Intoleranz und Ausgrenzung.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Wie sieht es mit  
den Verhandlungen mit DITIB aus?)

– Herr Paul, dass Sie sich beim Thema Rassismus und Extremismus aufgefordert fühlen, dazwischenzurufen, sagt mehr über Sie als über meine Rede.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Joachim Paul, AfD: DITIB und die  
Landesregierung – ziemlich beste  
Freunde!)

Lieber Roger Lewentz, liebe Anne Spiegel, unsere Strategie fußt auf Intervention, Sanktion und Prävention. Ich will deutlich machen, dazu gehört auch konsequente Strafverfolgung. Wir wollen Taten verhindern und Tätern, wenn sie in diesem extremistischen Umfeld verhaftet sind – ich will die Begründungen gar nicht einzeln anführen, sie können ganz unterschiedlich sein, manchmal wird auch irgendeine Begründung missbraucht, um durchzudrehen –, Wege aufzeigen, dabei aber auch mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen sie vorgehen. Das ist auch völlig klar. Dazu gibt es keinen Punkt, den wir diskutieren müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich geht es auch um gute Integration. Ich glaube, wir können heute davon ausgehen, dass es ein Generationenprojekt ist.

(Heiterkeit des Abg. Joachim Paul, AfD)

Sie gelingt jeden Tag, und sie gelingt jeden Tag ein bisschen mehr. Es gibt Rückschläge, ja, aber es gibt so viele Geschichten des Gelingens. Diese Koalition ist in das Gelingen verliebt. Wir sind davon überzeugt, dass Optimismus möglich ist.

(Heiterkeit bei der AfD –  
Abg. Matthias Joa, AfD: Liebe macht  
blind! –  
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Joa, wissen Sie, ich hätte nicht gedacht, dass dieser Ansatz, den ich formuliere, nämlich an die Menschen zu glauben, ohne damit blind zu sein, und ihnen etwas zuzutrauen, bei Ihnen zu einer solchen Provokation führt.

(Beifall bei der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Sie sind nun wirklich davon erfüllt, dass man den Menschen Ängste einreden, Ängste in ihnen hervorrufen muss, um damit Politik zu machen. Lieber Herr Joa, schütteln Sie nicht den Kopf. Sie haben hier schon genug Reden gehalten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zurufe der Abg. Joachim Paul und Uwe  
Junge, AfD)

Sie sind die Partei der schlechten Laune und des Pessimismus, aber die brauchen wir nicht in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie sind die  
Partei der Gesinnungsethik!)

Wer nur Probleme beschreibt und den Menschen einredet, es gehe ihnen schlecht, und versucht, damit das politische Flämmchen groß werden zu lassen, der wird vielleicht eine Weile erfolgreich sein, aber dann wird auch irgendwann Schluss sein, weil sich die Menschen nicht dauernd ins Bockshorn jagen lassen wollen und noch an ihre eigene Kraft glauben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Das ist genau das, was diese Ampel erfüllt.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Heiterkeit bei der AfD –  
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

– Der Glaube ist keine Lösung, das ist richtig, aber ich muss Ihnen sagen, ich rede schon seit gut einer halben Stunde entlang von Zahlen. In diesen Zahlen stecken politische Absicht, politische Realität und Lösungen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Richtig! –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

– Lieber Herr Kollege, wir sind zwar in einer Haushaltsberatung, aber wir reden nicht nur über Zahlen, sondern über die Veränderung von Politik, wir reden über ein Menschenbild. Wenn Sie ein anderes Menschenbild haben, dann lassen Sie uns darüber streiten, aber ich setze mich dafür ein, dass wir davon ausgehen, das Gute im Menschen muss geweckt werden und nicht das Schlechte, das er auch in sich trägt, nicht die Angst, nicht die Sorge, nicht die Ressentiments. Das ist Ihr Ansatz, es ist nicht meiner.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Nein!)

Es ist gut, dass wir diese Auseinandersetzung heute führen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Gut gemeint, aber  
schlecht gemacht, Herr Kollege!)

Das Land Rheinland-Pfalz kommt seinen vielfältigen Aufgaben bei der Integration nach. Das Thema Spracherwerb ist ein ganz wichtiger Bestandteil, wenn es darum geht, die Menschen, die zu uns gekommen sind und bleiben, weil sie bleiben müssen oder können – wobei nicht alle Menschen bleiben können –, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass manche Skepsis vorhanden ist. Aber wenn ich in diesen Tagen lese, dass von 3 Millionen Jobs, die in Deutschland neu entstanden sind – Marcel Fratzscher vom DIW hat das geschrieben –, 1,5 Millionen Jobs von Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, übernommen wurden, dann zeigt das deutlich, dass wir vor dieser Herausforderung weder einknicken noch sie naiv betrachten dürfen, sondern schauen müssen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es gelingt. Der Spracherwerb ist dabei ein wichtiger Bestandteil, dass es gelingen kann. Die Investitionen des Landes Rheinland-Pfalz gehen deshalb nach oben, wenn es um Spracherwerb geht.

Das ist tatsächlich Integrationspolitik. Das ist nicht nur Gerede oder Symbolpolitik, wie sie die CDU auf ihrem Bundesparteitag versucht hat, indem sie den Menschen, die hier leben, hier aufgewachsen und geboren sind, jetzt wieder einredet, wenn sie 21 sind, sie doch noch Ausländer sind,

(Abg. Martin Haller, SPD: Unverantwortlich!)

nachdem sie schon seit Jahren hier Jobs schaffen, übernehmen und für Familien sorgen, eigentlich das sind, was wir von uns selbst manchmal erwarten, aber auch nicht immer erfüllen, meine Damen und Herren. Wenn man den Menschen wieder sagt, ihr gehört eigentlich gar nicht zu uns, dann ist das das Gegenteil von kluger Integrationspolitik.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

In diesem Haushalt finden Sie viele Beispiel dafür, wie man tatsächlich an das Gelingen glauben kann und es umsetzt.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen belaufen sich die Ausgaben im Landeshaushalt auf 322 Millionen Euro in 2017 und 255 Millionen Euro in 2018. Natürlich gehen die Ausgaben nach unten, weil wir davon ausgehen, dass sich die Zahlen der Menschen, die zu uns kommen, auch nach unten bewegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Wir richten uns entlang der Prognosen des Bundes und gehen davon aus, dass wir in 2017 und 2018 in Rheinland-Pfalz auf die Erstaufnahme von 14.400 Flüchtlingen vorbereitet sein müssen. Ob die Zahlen so kommen, haben wir hier im Landtag nicht zu entscheiden. Wir versuchen,

uns konservativ mit den Zahlen zu befassen, die uns Herr de Maizière gibt; denn wenn es eine Konstante bei Herrn de Maizière gibt, dann die, dass bei seinen Zahlen in den letzten Jahren nichts gestimmt hat.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das haben sie  
mit der Landesregierung gemeinsam!)

Darum sind wir eher vorsichtig, meine Damen und Herren.

Wenn das Thema Integration angesprochen wird, dann möchte ich an das, was Doris Ahnen gestern gesagt hat, anknüpfen. Wir waren 2015 und 2016 in Deutschland in unserer Gesellschaft in der Situation, dass die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat in Vorleistung getreten sind. Die staatlichen Strukturen waren noch nicht aufgebaut. Bevor Sie sagen „in Rheinland-Pfalz“, sage ich, ich meine in ganz Deutschland, meine Damen und Herren. Wir waren noch nicht auf die Last vorbereitet, die auf uns zukommt. Wir waren auf diese Aufgabe noch nicht vorbereitet. Inzwischen sind wir viel besser im Staatswesen und auf der kommunalen Ebene vorbereitet. Aber eine ganze Weile haben die Ehrenamtlichen gesagt, wir krepeln die Ärmel hoch. Das geschah allen voran in Rheinland-Pfalz.

Es ist doch schön, es zeigt, dass dieser Optimismus, der Sie so amüsiert, gerechtfertigt ist, wenn Sie sich die Menschen in Rheinland-Pfalz anschauen. Wenn fast 50 % aller Menschen, aller Generationen und aller kulturellen Hintergründe ehrenamtlich aktiv sind, dann handelt es sich um Menschen, die alle sagen, mich geht es etwas an, wie es in meiner Nachbarschaft aussieht, mich interessiert es, wie es dem Nachbarn, wie es der dörflichen Struktur, dem Kultur- und dem Sportverein geht. Ich engagiere mich. Genau das unterstützen wir auf vielfältige Art und Weise.

Es ist interessant, dass das die AfD nur mit einem Schnaufen registriert.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es sind die Menschen in Rheinland-Pfalz, an die ich denke, wenn ich darüber rede, dass dieses Land Rheinland-Pfalz viel mehr Potenzial hat, als Sie es in Ihren eigenen Reihen haben, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

1,5 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz engagieren sich ehrenamtlich. Wir unterstützen das auf vielfältige Weise. Ich bin sehr froh, dass in diesen Tagen die 100. Kommune beim Ehrenamtspass dabei ist. Das zeigt deutlich, dass diese Landesregierung mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg ist.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist doch  
nicht Ihr Verdienst! Das ist doch lächerlich!)

Meine Damen und Herren, zum sozialen Miteinander gehört auch das Thema Gesundheit. Gesundheitsversorgung ist etwas, das uns alle mehr oder minder selbst einmal betrifft und mit zunehmendem Alter auch öfter einmal betrifft.

Ich will deutlich machen, dass wir im Bereich der Inves-

titionsfinanzierung der Krankenhäuser auf dem richtigen Weg sind. Erneut ist es gelungen, die Summen, die wir dazu benötigen, steigen zu lassen: eine Steigerung von 2016 auf 2017 um 9 Millionen Euro und von 2017 auf 2018 um 6 Millionen Euro. Das sind 137 bzw. 143 Millionen Euro insgesamt für die Krankenhausfinanzierung in ganz Rheinland-Pfalz.

Wir haben rund 80 Plankrankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Sie sind wichtige Bestandteile der ärztlichen Versorgung und im Übrigen die Punkte, von denen aus hausärztliche Versorgung nicht erledigt wird, aber ausgehen kann, liebe Frau Kollegin Klöckner; denn wenn junge Ärzte in den Krankenhäusern auch in der Fläche in Rheinland-Pfalz tätig sind, dann lernen sie die Region kennen und können von da aus leichter in die Region als Hausärzte oder Fachärzte kommen. Es gibt also einen engen Zusammenhang.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, nachdem Sie den Landesbasisfallwert angesprochen haben, muss ich sagen, es ist eine Art Insiderthema. Liebe Frau Kollegin Bätzing-Lichtenthäler, für den Landesbasisfallwert sind wir in ganz Deutschland jahrelang gescholten worden, aber nicht so, wie Sie uns schelten, sondern weil er zu hoch war, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Sie haben alle gesagt, Rheinland-Pfalz hat einen zu hohen Landesbasisfallwert, eure Krankenhäuser verdienen zu wenig, deshalb habt ihr so viele Krankenhäuser.

Das haben CDU-Vertreter anderer Länder gesagt.

Ich hatte das Vergnügen, bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene den gesundheitspolitischen Teil mit zu diskutieren. Da war es ganz interessant.

Es waren die CDU-Vertreter, die mir gegenüber gesessen und gefragt haben: „Wann geht ihr endlich runter mit eurem Landesbasisfallwert?“ Es ist die CDU-Vertreterin, die heute sprechen durfte und gefragt hat. „Warum ist unser Landesbasisfallwert so weit unten? – Widerspruch, dein Name sei Klöckner, meine Damen und Herren.“

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind hier wirklich in einer Situation, in der die Dinge überhaupt nicht mehr zueinander passen.

Es geht nicht nur um Gesundheit, es geht um Pflege. Es geht um gute Pflege. Ich bin stolz darauf, dass es in Rheinland-Pfalz erneut gelungen ist, Akzente zu setzen, Pflegemanager, Gemeindegewerkschaften<sup>plus</sup>.

Wir im Landkreis Südliche Weinstraße gehören zu einer der Regionen, die ein Modellprojekt haben. Ich habe mich mit der Kollegin, die das macht, unterhalten. Es geht um aufsuchende Pflegearbeit. Das haben wir alles bei der aufsuchenden Sozialarbeit gelernt. Jetzt geht es um aufsuchende Pflegearbeit.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das ist nicht  
immer – – –)

– Liebe Frau Kollegin Thelen, ich weiß, dass Sie Fachfrau sind. Ich streite mich gern mit Ihnen über das Thema. Das macht immer Spaß, selbst wenn Sie recht haben. An der Stelle glaube ich aber schon, dass ich mich gut informiert habe.

Es geht darum, zu den Menschen, die noch nicht in der Pflege sind, zu gehen.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Beraten! –  
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Wer sagt denn, dass sie pflegt? Ich sage, es geht um aufsuchende Arbeit und darum, dass die Pflege verändert und verlängert wird. Jeder Monat, an dem die Pflege später eintritt, ist ein guter Monat für die Betroffenen und für die Pflegekassen. Dagegen können Sie doch nichts haben. Das müssen Sie doch anerkennen. Das ist doch gut.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, nachdem Sie die Ministerpräsidentin, wie ich finde, grenzwertig als goldig bezeichnet haben, es gibt viele Menschen, die diese Ministerpräsidentin – – –

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU –  
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, das haben Sie doch getan. Das haben Sie zu der Frau Ministerpräsidentin gesagt.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen, es gibt viele Menschen, die schauen sich die Ministerpräsidentin genau an und sehen genau, was sie kann und was sie leistet.

Es kann kein Zufall sein, dass Ministerpräsidentin Malu Dreyer vor einiger Zeit mit dem Deutschen Pflegepreis ausgezeichnet wurde. Das hat auch etwas mit der Pflegepolitik in Rheinland-Pfalz zu tun. Das müssen wir gemeinsam anerkennen. Ich freue mich immer noch über diesen tollen Preis.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir investieren in die Grundlagen unserer Arbeitsmarktentwicklung. Es gibt einen Höchststand, was die sozialversicherungspflichtigen Jobs angeht. Laut Statistischem Landesamt sind über 2 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz tätig.

Frau Klöckner, das sind die, die nicht früh genug fliehen konnten, wie Sie uns gern unterstellen. Die sind gern in Rheinland-Pfalz geblieben. Ihr Weltbild stimmt an dieser Stelle nicht. Die arbeiten gerne in Rheinland-Pfalz. Sie finden gute Möglichkeiten. Sie finden diese Möglichkeiten auch, weil hier die Rahmenbedingungen stimmen. Das gilt auch für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur: 120 Millionen Euro pro Haushaltsjahr im Landesstraßenbau.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wie man das kritisieren kann, nachdem man vorher noch weniger gefordert hat, wird Ihr ewiges Geheimnis bleiben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Deutlich weniger!)

Frau Kollegin, Sie haben 100 Millionen Euro gefordert. Wir machen 120 Millionen Euro daraus. Sie sagen, das reicht uns nicht.

Widerspruch, dein Name sei Klöckner, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden natürlich im Bereich der Schieneninfrastruktur unsere Voraussetzungen erfüllen müssen. Wir werden im Bereich der Brückenbauwerke unsere Voraussetzungen erfüllen müssen.

Ich sage als Südpfälzer, es ist gut, dass wir Stück für Stück vorankommen – jetzt nicht im bauübertragenen Sinne, sondern politisch –, was die zweite Rheinbrücke angeht.

Wenn ein gewisser Landrat im Rhein-Hunsrück-Kreis – – –

(Abg. Martin Brandl, CDU: Guter Mann!)

– Sie sagen, guter Mann.

(Abg. Martin Haller, SPD: Herausragend! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Fragen Sie einmal Herrn Dr. Weiland, ob er das auch so sieht.

Aber Sie haben völlig recht, lieber Herr Parlamentarischer Geschäftsführer, es ist tatsächlich so. Diese Diskussion bringt uns keine verkehrspolitischen Erkenntnisse. Irgendwann wird der gute Mann, wie Sie ihn bezeichnen, genau das machen müssen, was alle vernünftigen Menschen in Rheinland-Pfalz machen, nämlich sich ordentlich hinsetzen und eine vernünftige Arbeit mit unserem Verkehrsminister machen. Aber tatsächlich ist er ein guter Mann. Diese Diskussion hat auch eines gebracht, die spannendste Persönlichkeit der rheinland-pfälzischen CDU sitzt nicht mehr hier im Landtag, sondern sitzt im Kreishaus vom Rhein-Hunsrück-Kreis. Das ist eine Erkenntnis, die viele in der Öffentlichkeit erfüllt hat.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Guter Mann. Ich will ihm nicht wehtun, aber wahrscheinlich ein Mann mit Zukunft in der rheinland-pfälzischen CDU. Aber das ist ja Ihre Sache.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD –  
Zuruf von der CDU: Polemik!)

– Polemik höre ich jetzt gerade. Ich habe Herrn Bröhr nicht aufgefordert, auf dem CDU-Landesparteitag zu kandidieren. Mein Einfluss geht so weit auch nicht. Aber wissen Sie was, so wie das war, hätte es mir auch einfallen können. Das stimmt.

(Beifall der SPD, der FDP und vereinzelt bei  
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will deutlich machen, dass wir mit diesem Haushalt tatsächlich das hinbekommen, was uns wichtig ist, für

Generationen zu sorgen, ihnen keine Belastungen durch einen Schuldenstand mit auf den Lebensweg zu geben, der unverantwortlich wäre, aber gleichzeitig nicht einer vermeintlichen Erotik der Schuldenbremse – jetzt kommt wieder ein Thema, bei dem Sie wahrscheinlich allergisch reagieren, damit haben Sie sich wahrscheinlich auch nicht ausgekannt – zu verfallen, indem man sagt, die Schuldenbremse ist ein Selbstzweck, sie muss sofort, überall und auf jeden Fall und um jeden Preis erfüllt werden.

Nein, die Schuldenbremse ist ein Instrument. Es geht darum, sie bis 2020 zu erfüllen und auf dem Weg dahin die Menschen mitzunehmen, Investitionen zu stemmen, Schwerpunkte zu stemmen. Dafür ist die Politik da. Die Politik ist auch in schwierigen Zeiten dafür da und nicht dafür, sich wegzuducken und sich hinter Zahlen zu verstecken, sondern zu sagen, für wen man tatsächlich im Land unterwegs ist.

Meine Damen und Herren, wir in der Ampel sind für die Mehrheit der Menschen in diesem Land unterwegs. Wir machen Politik für die Mehrheit in diesem Land. Daher bin ich mir sicher, dass dieser Haushalt nicht nur die Unterstützung der koalitionstragenden Fraktionen finden wird, sondern auch in seinen Einzelbereichen die Menschen in Rheinland-Pfalz überzeugen wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP  
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: So macht man  
das! So geht das!)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen, Schülerinnen und Schüler des Landtagsseminars. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die AfD-Fraktion spricht deren Vorsitzender, Herr Junge.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schweitzer, der Beifall war zwar nicht elf Minuten lang wie für Frau Merkel, aber immerhin, es ist schön, wenn man in den eigenen Reihen – zumindest dort – Zustimmung erfährt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, ist  
nicht schlecht, da haben Sie recht!)

– Ja, ist nicht schlecht, in Ordnung. Man muss auch Anerkennung zollen, wenn sie angebracht ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schweitzer, im Übrigen erzeugen nicht wir Ängste, die Ängste haben Sie mit Ihrer Politik erzeugt.

(Beifall der AfD)

Wir sprechen diese Ängste an. Verwechseln Sie hier bitte nicht Ursache und Wirkung.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, in meiner Rede zur Regierungserklärung am 2. Juni diesen Jahres hatte ich angekündigt, dass die AfD in Rheinland-Pfalz antreten wird, um Politik für den eigenen Bürger zu machen und sich in der Sache hart, aber im Ton moderat der parlamentarischen Arbeit als Opposition, nicht als Fundamentalopposition, dem verfassungsrechtlichen Auftrag, die Regierung zu kontrollieren, stellen wird.

Diesem Anspruch sind wir – Sie werden das naturgemäß bestreiten – trotz erheblichem Widerstand in vielen politischen Handlungsfeldern gerecht geworden.

Meine Damen und Herren, in diesen sieben Monaten der Regierungskoalition und auch der CDU-Opposition haben Sie stets mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger alles unternommen, um den Wählerwillen von über 12 % der Stimmen zu unterlaufen und zu boykottieren.

Vielleicht haben wir an der einen oder anderen Stelle tatsächlich, der Unerfahrenheit geschuldet, kleinere Verfahrensfehler begangen. Aber wir haben stets im wahrsten Sinne des Wortes bei aller politischer Gegensätzlichkeit in der Sache unsere Hand ehrlich ausgestreckt. Sie haben sie stets reflexartig ausgeschlagen und sich mehr als einmal unlauter und alles andere als kollegial verhalten. Damit haben Sie auch ohne Beteiligung der AfD-Fraktion schon vor der konstituierenden Sitzung mit der Änderung der Geschäftsordnung dieses Landtags begonnen.

Der unrühmliche und gemeinschaftliche Versuch, die Spiegelbildlichkeit des vom Volk gewählten Parlaments in den Ausschüssen durch Winkelzüge in der Geschäftsordnung zu unterlaufen, war von Beginn an ein eindeutiger Beweis Ihrer Unredlichkeit im Umgang mit dem politischen Gegner und damit mit der Demokratie an sich.

(Beifall der AfD)

Seien Sie gewiss, diese offenkundige Ungerechtigkeit wird uns und Sie auch auf juristischer Ebene noch länger beschäftigen, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall der AfD –  
Zurufe von der SPD)

– Ja, ja, okay. Entschuldigung, ich habe jetzt zwei Begriffe gewählt, die nicht gefallen, Volk und Gott.

Herr Präsident, ich hoffe, dass diese Begriffe nicht schon auf der immer länger werdenden Liste der im Parlament nicht zu verwendenden Unwörter stehen.

Sie tun das alles aus einer Position der Schwäche und des fortgesetzten Versagens in Regierung und Opposition heraus und glauben tatsächlich, dass die Bürger dieses Spiel nicht durchschauen.

Wer als politisch etablierte und vermeintlich erfahrene Regierungspartei die einfachsten kaufmännischen Regeln

beim Verkaufsprozess des Flughafens Hahn nicht anwendet, wer die Gefahr einer islamistischen Unterwanderung durch DITIB und Co. nicht erkennt oder erkennen will, wer sich mit gewaltbereiten Linksextremisten bei Demonstrationen gemein macht und sich in eine Reihe mit ihnen stellt, dem stehen Arroganz und moralisierende Verleumdung gegenüber dem gewählten Bürgerkollegen einfach nicht zu, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Eine erfahrene Oppositionspartei wie die CDU, die durch Wankelmütigkeit und Selbstgefälligkeit einen sicheren Wahlsieg verspielt hat und nicht erkennt, dass ein viel zu überhastet eingebrachter Misstrauensantrag die Regierungskoalition eher gestärkt als geschwächt hat, braucht dringend Nachhilfe in strategischem Denken.

(Beifall der AfD)

Die panikartige Übernahme von AfD-Positionen auf Ihrem Bundesparteitag, im Übrigen gegen Ihre Kanzlerin, sprechende Bände der Rat- und Orientierungslosigkeit. Die AfD wirkt, und sie wirkt viel stärker, als Sie es zugeben können, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht.

(Beifall der AfD)

Verehrte Kollegen, mit Ihrem kleinsten Geizhals um Spendenpraktiken einerseits, um vorgetäuschte Titel andererseits haben Sie uns und den Bürgern gezeigt, um was es Ihnen eigentlich wirklich geht. Es geht Ihnen nicht um das Wohl des Bürgers, sondern ausschließlich um Machterhalt, Prestige und Beschädigung des politischen Gegners.

Herr Braun, wenn Sie sich darüber mokieren, dass man durchaus auch applaudiert, wenn andere Fraktionen einmal etwas aus unserer Sicht Richtiges sagen, dann ist das schon bezeichnend, wenn es nur darum geht, seine politische Haltung und seine Partei zu hofieren und richtige Dinge anderer nicht mitzutragen.

(Beifall der AfD)

Ich wäre durchaus bereit – wir haben auch gar kein Problem damit –, wenn Sie etwas sagen, was für uns nachvollziehbar ist, das mit Applaus zu belegen – nun ist er jetzt gar nicht da, der Herr Braun. Das kommt leider selten vor.

Meine Damen und Herren, aber das sind genau die Dinge, die immer mehr Bürger gegen das sogenannte Establishment aufbringen und warum sie sich politikverdrossen insbesondere von Ihnen entfernen und Sie Ihre Glaubwürdigkeit mehr und mehr verlieren. Das ist gut so; denn es ist gibt eine Alternative.

(Beifall der AfD)

Da passt es auch sehr gut hinein, dass Sie, Herr Schweitzer, Ihre Rede mit Häme und Schadenfreude beginnen. Das ist billig. Sie mögen in der Sache recht haben, und dennoch ist es billig. Es ist heuchlerisch und ungläubwürdig, wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, aber auch nicht die geringste Gelegenheit auslassen, aus rein parteipoliti-



schem Kalkül vor der imaginären Gefahr der sogenannten Rechtspopulisten zu warnen, linkspopulistische und linksradikale Aktivitäten aber gewissenlich verschweigen.

(Beifall der AfD –  
Abg. Martin Haller, SPD: Hier wird jetzt  
nicht geheuchelt, Herr Kollege!)

Wenn ich Ihre Regierungserklärung richtig in Erinnerung habe, wollten Sie doch die Ministerpräsidentin aller Bürger sein. Sie aber grenzen aus und machen jeden Bürger, der nicht Ihrer Überzeugung folgt, zum Unmenschen und Antidemokraten.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, dafür ist Malu  
Dreyer bekannt!)

– Ja, Sie sind bei den Veranstaltungen nicht da. Sie sind gar nicht geladen, Herr Haller.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist  
unglaublich!)

Damit fördern Sie eben nicht den beschworenen Zusammenhalt, sondern spalten die Gesellschaft in Gut und Böse, und gut sind eben nur die, die Ihnen nicht widersprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –  
Abg. Jochen Hartloff, SPD: Das wird durch  
Ihre Aussage nicht richtiger!)

Kommen wir zum vorliegenden Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Meine Damen und Herren, der Volksmund sagt: Ohne Moos nichts los! – Wohl richtig; denn kein anderes Ressort ist in der Lage, durch finanzielle Zuwendungen mittelbar oder unmittelbar auf die Entwicklungen von Gruppen, Verbänden, Einrichtungen Einfluss zu nehmen. Wer keine Finanzmittel erhält, verkümmert und kann sich eben nicht auswirken. Wer aber großzügig bedacht wird, kann sich entwickeln und damit eben auch Einfluss gewinnen.

Kurzum, mit Geld wird Politik gemacht und lassen sich auch gesellschaftliche Veränderungen durchaus beeinflussen. Die Kernfrage aber ist doch: Wird diese Politik immer zum Nutzen der Bürger gemacht, oder wird dieser Machtfaktor eher genutzt, um gesellschaftspolitische Ziele der Regierungsparteien durchzusetzen, zumindest aber zu fördern?

Unter diesem Aspekt wirft der vorliegende Haushaltsentwurf einige Fragen auf, die ich noch näher beleuchten möchte.

Meine Damen und Herren, jede Familie, jedes Unternehmen und jeder Verein ist angehalten, darauf zu achten, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. Wer mehr ausgibt als er einnimmt, verschuldet sich – eine Binsenwahrheit, die in Regierungskreisen zunehmend unpopulär zu sein scheint. Die Landesregierung rühmt sich, besonders gut geplant zu haben.

Wie aber verfährt man mit einer Zukunftsprognose – denn nichts anderes ist ja ein Haushaltsplan, insbesondere auf

der Einnahmeseite –, wenn bei bereits festgelegten und erkennbar steigenden Ausgaben die Einnahmen eher ungewiss und spekulativ sind? Wenn man spekuliert auf eine sehr optimistische Einnahmesituation und hofft, dass dieser Optimismus der Realität standhält, das ist ungefähr so, als wenn sich eine durchschnittlich verdienende Familie eine Weltreise gönnt, aber es sich eigentlich nur leisten kann, wenn sie im Lotto gewinnt oder der Vater unplanmäßig befördert wird. Tritt diese optimistische Hoffnung nicht ein, wird sich die Familie letztlich auf Kosten der Kinder langfristig verschulden müssen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, nun haben die SPD-geführten Landesregierungen in der Vergangenheit bereits aktuell einen Schuldenberg von etwa 35 Milliarden Euro im Kernhaushalt angehäuft, und trotz der derzeit noch sprudelnden Steuereinnahmen und des aktuell niedrigen Zinsniveaus wird das Land Rheinland-Pfalz, welches gemäß des Jahresberichts über Länderfinanzen des Bundesfinanzministeriums schon jetzt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 9.000 Euro einen der schlechtesten Werte bundesweit aufweist, seinen Schuldenberg noch weiter erhöhen.

Gemäß des vorliegenden Haushaltsplans werden die bereinigten Ausgaben von etwa 16 Milliarden Euro in 2016 wieder um 1 Milliarde Euro bis 2018 anwachsen. Bereits hier wird deutlich, dass die Landesregierung dem Prinzip der Sparsamkeit auch in der kommenden Legislaturperiode nicht Rechnung tragen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die durchschnittliche Zinsbelastung des Landes von noch etwa 4 % in 2009 bis heute etwa halbiert hat.

Die im Kern für den deutschen Sparer eigentlich katastrophale Niedrigzinspolitik führt hier so zu jährlicher Haushaltsentlastung im dreistelligen Millionenbereich. Diese Entwicklung ist mittlerweile so absurd geworden, dass der durchschnittliche Zinssatz für Kredite des Landes mit variabler Verzinsung momentan bei minus 0,02 % liegt. Dies geht aus einer Kleinen Anfrage meiner Fraktion hervor.

Bei den Einnahmen aus Steuern geht man von einer Steigerung von knapp 1 Milliarde Euro in den kommenden beiden Jahren aus. Das entspricht einem Wachstum von etwa 4 % pro Jahr. Bei der Körperschaftsteuer geht man in zwei Jahren sogar von einer Steigerung von etwa 63 % aus. Die Prognose auf der Einnahmeseite darf deshalb wohl als äußerst optimistisch bezeichnet werden.

Auf welcher Grundlage all jene üppigen Steuereinnahmen kalkuliert wurden, werden wir in den anstehenden Ausschussdebatten kritisch hinterfragen. Sollten sich aber die ausgesprochen positiven Prognosen nicht bestätigen und die Einnahmen erheblich geringer ausfallen, so wäre eine deutlich stärkere Neuverschuldung die Konsequenz. So wird die Neuverschuldung planmäßig, also gewollt, um 334 Millionen Euro in 2017 und um rund 96 Millionen Euro in 2018 anwachsen. Aufgrund der expansiven Ausgaben und trotz positiver Einnahmesituation wird die Chance veran, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Um also noch einmal mein einfaches Familienbeispiel zu bemühen, wurde trotz kleinem Lottogewinn und Beförde-

rung noch eine weitere Reise gebucht, für den erneut ein Kredit aufgenommen werden musste. Die Wahrscheinlichkeit, dass die bisherige Glückssträhne anhält, geht gegen null. Die Chance, mit den glücklichen Mehreinnahmen vorhandene Schulden abzubauen, wurde aus unserer Sicht leichtfertig vertan.

(Beifall der AfD)

Einen solchen Nachbarn würden Sie wahrscheinlich als unverantwortlichen Zeitgenossen bezeichnen. Was in der hiesigen Haushaltspolitik gang und gäbe ist, das ist dem Bürger doch nicht mehr vermittelbar. Mir ist schleierhaft, wie man mit dieser Politik die Schuldenbremse 2020 tatsächlich einhalten will.

Meine Damen und Herren, neben dem Schuldenabbau durch unerwartete Mehreinnahmen muss im Rahmen der Haushaltsplanung auch immer die Frage nach der Zuweisung für zwingend erforderliche Ausgaben und nach Ausgaben, deren Sinnhaftigkeit zu hinterfragen ist, gestellt werden. Aber selbstverständlich müssen auch Schwerpunkte dort gesetzt werden, wo dringender und aktueller Handlungsbedarf zum Wohle des Bürgers erforderlich ist. Lassen Sie mich exemplarisch einige Handlungsfelder aufgreifen.

Derzeit werden 3.700 Personen in Rheinland-Pfalz mittels Haftbefehl gesucht. Einbrüche habe im Lande einen Höchststand erreicht. Neue Bedrohungsszenarien erfordern verbesserte Ausbildung und Ausrüstung unserer Polizei. Die Mittel für die Polizei in den folgenden beiden Jahren, die dort vorgesehen sind, bleiben nahezu konstant.

In Ihrer gestrigen Rede, Frau Ministerin, haben Sie Ihren Anspruch an ein gutes Leben in Sicherheit formuliert und vor Populismus und Spaltung gewarnt. Die Befürchtungen der Bürger, dass der Staat nur noch bedingt für die Innere Sicherheit garantieren kann, finden ihren Ausdruck in der stark ansteigenden Beantragung von Waffenscheinen. Ich finde das beängstigend.

(Beifall der AfD –  
Abg. Michael Hüttner, SPD: Kleiner  
Waffenschein!)

– Ja, ja, ja.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Immer schön  
die Wahrheit sagen!)

– Ob kleiner Waffenschein oder großer Waffenschein, die Bürger – – –

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Das ist ein  
Unterschied!)

– Ja, das ist ein Unterschied, natürlich, aber dennoch bleibt ja die Motivation, einen solchen Waffenschein zu beantragen, doch in einem Unsicherheitsgefühl. Das können Sie doch nicht wegdiskutieren.

(Beifall der AfD)

Ich sage Ihnen, nicht diejenigen spalten, die die Mängel ansprechen, sondern diejenigen, die die Mängel ignorieren.

ren.

(Beifall der AfD)

Eine für die Innere Sicherheit dringend notwendige und deutliche Aufstockung von Dienstposten im Polizeivollzugsdienst ist unter Ihren Ansätzen nach dem, was Sie zur Verfügung stellen, nicht möglich. Bestenfalls kann der bekannte, aber unzureichende Status quo erhalten bleiben – viel zu wenig, wie wir alle wissen und in diesem Haus schon mehrfach diskutiert haben.

(Beifall der AfD –  
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Demgegenüber sind aber ausreichend Finanzmittel zur Unterstützung linksradikaler Organisationen vorhanden, die in einem vermeintlichen Kampf gegen Rechts die Axt an die Grundwerte unseres Staates und die Demokratie legen. Ein Hinweis: Für den Haushaltsposten „Sachaufwand des Landespräventionsrats“ werden auch in den folgenden Jahren Mittel von über 100.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Gefördert wurde in diesem Jahr die SJD – Die Falken, Landesverband Rheinland-Pfalz,

(Beifall bei der AfD –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gute  
Organisation! –  
Staatsminister Roger Lewentz: Die nennen  
Sie linksradikal! Überlegen Sie, was Sie  
sagen!)

der weitere staatliche Förderungen mittelbar über den Landesjugendring erhält. Der Bundesvorstand der Falken äußert sich als Dank für die staatliche Förderung, die er auch über den Landesjugendring erhält, wie folgt – ich zitiere –: Wir sagen Nein zu Deutschland. Unsere Alternative heißt Sozialismus. – Und das fördern wir.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Und das  
finden Sie gut! Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren – – –

(Abg. Joachim Paul, AfD: Die Koalition der  
Deutschlandabschaffer!)

Meine Damen und Herren,

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

an dieser Stelle – – –

**Präsident Hendrik Hering:**

Herr Junge, Entschuldigung.

Herr Paul, Zwischenrufe wie „Koalition der Deutschlandabschaffer“, ich darf Sie bitten, sich in der Sprache zu mäßigen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Den  
Paul muss man einfach mal reden lassen,  
da kommt die ganze AfD zum Vorschein!)

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle nur ein Nachweis, wie Steuergeld nicht für das Notwendige, sondern auch für das parteipolitisch Erwünschte ausgegeben wird. Herr Lewentz trägt dabei nicht nur in seiner Funktion als Innenminister zur Förderung von Linksradikalen bei, er ist zudem Landesvorsitzender einer Partei, aus deren Gegen-demonstrationen

(Staatsminister Roger Lewentz: Jetzt seien Sie vorsichtig, Herr Junge, ja!)

Strömungen aus dem sogenannten Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität ausgehen. Dass Sie dies als Landesvorsitzender der SPD dulden und fördern, als Innenminister aber gleichzeitig für die Polizei zuständig sind, die die Bürger

(Staatsminister Roger Lewentz: Das ist der größte Unsinn, der in diesem Hause je gesagt wurde!)

vor den von Ihnen initiierten und gewaltbereiten Demonstrationen schützen müsste, ist eine Absurdität, die kaum zu überbieten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Ich fordere an dieser Stelle, dass alle Organisationen, die direkt oder indirekt staatliche Gelder erhalten, wieder ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz abgeben müssen,

(Beifall der AfD)

andernfalls keine steuerfinanzierten Mittel mehr erhalten, im Übrigen eine aktuelle Forderung von Bundesministerin Schwesig, SPD. Das gilt selbstverständlich für alle radikalen Organisationen – und da, denke ich, Herr Schweitzer, sind wir einer Meinung –, egal ob von Links oder von Rechts.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hören Sie auf, mich zu vereinnahmen!)

– Ach, man kann ja durchaus mal einer Meinung sein.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Sind Sie nicht dieser Meinung?)

Man muss ja nicht immer unbedingt konfrontativ sein.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Über die Uhrzeit kriegen wir uns hier noch geeinigt, aber dann hört es auch schon auf!)

Meine Damen und Herren, – – –

– Vielleicht auch über die Tatsache, dass zwei und zwei vier sind. Das mag ja auch sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, okay! Der Herr Bollinger streitet das schon wieder ab!)

– Bitte!

Wenn wir die Unterbesetzung der Exekutive beklagen, dann gilt das in gleicher Weise natürlich für die Jurisprudenz. Wir wissen, dass derzeit 74 Richterstellen und 23 Stellen bei der Staatsanwaltschaft nicht besetzt sind und voraussichtlich auch nicht besetzt werden.

Achtung! Zwölf neue Richterstellen sollen nun geschaffen werden. Es bleiben also 60 offene Stellen. Angesichts der steigenden Kriminalitätsrate auch in Rheinland-Pfalz ist das nach unserem Dafürhalten unverantwortlich.

(Beifall der AfD)

Die geplanten Ausgaben für Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit, worunter auch die Strafgerichtsbarkeit fällt, bleiben nahezu konstant. Das Justizproblem wird uns also auch die kommenden Jahre weiter begleiten. Die Auswirkungen für die Sicherheit sind gravierend, wenn Straftäter eben nicht mehr verurteilt werden, weil das Personal fehlt.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, einer der größten Haushaltsposten ist der für Arbeit und Soziales. Die Landesregierung bezeichnet in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Entwicklung der Beschäftigungssituation in Rheinland-Pfalz vom 13. Oktober diesen Jahres die Entwicklung des Arbeitsmarktes als – so wörtlich – hervorragend.

Und trotz der tatsächlich positiven Entwicklung der Beschäftigungssituation in Rheinland-Pfalz und entsprechend positiver Prognose für die Zukunft steigen die Ausgaben im Bereich Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie sowohl in absoluten Zahlen wie auch im Verhältnis zu den Einnahmen deutlich an. Bemerkenswert an dieser Stelle sind die Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten. Diese nehmen sehr stark zu. So steigen die Ausgaben von 2016 zu 2017 um 930.000 Euro

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rechte Gewalttaten nehmen zu!)

und von 2017 zu 2018 um 620.000 Euro.

– Ich glaube, Herr Braun, die, die mich angegriffen haben, waren keine Rechten.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben von Fakten keine Ahnung, aber die rechten Straftaten nehmen am stärksten zu in Rheinland-Pfalz!)

Nicht nur – – –

(Zurufe von der AfD und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Braun, meine Herren, nicht nur, dass wir das beklagen, im Gegenteil, hier ist eine gewisse Weitsicht erkennbar, die offensichtlich einen erheblichen Anstieg von

Gewalttaten vorhersieht. Selbstverständlich wird nicht gesagt, aus welchem Bereich man die Straftäter vermutet.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Das ist doch eindeutig!)

Schließlich will man sich nicht selbst dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit oder des Rassismus aussetzen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Das belegen wir auch  
selbstverständlich!)

Wir wissen aber durchaus, wovon und von wem wir hier reden. Nicht umsonst wird die Kölner Domplatte gerade zur Festung ausgebaut.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, seitdem ich mich kommunalpolitisch betätige und insbesondere im sogenannten ländlichen Raum unterwegs bin, ist das Thema Förderung der ländlichen Strukturen und vor allem die medizinische Unterversorgung ein ganz wichtiges und ständiges Thema. Zu Recht; denn es fehlen Ärzte auf dem Land.

Da verwundert es doch sehr, wenn im Titel „Förderung der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen“ der Mittelansatz in 2016 von jährlich spärlichen 500.000 Euro in 2017 und 2018 keine Erhöhung erfährt. Hier hätte die Landbevölkerung eine deutliche Steigerung erwarten dürfen.

So richtig ernst meinen Sie es offensichtlich nicht mit dem ländlichen Raum.

(Beifall der AfD)

Offensichtlich ist auch die starke Zunahme bei der Sozialhilfe mit Kostenbeteiligungen sowie beschützendes und betreuendes Wohnen mit einem Anstieg von ordentlichen 78 Millionen Euro, also von 8 %. –

Ich will das an dieser Stelle nur ansprechen, nicht vorschnell kritisieren, solange die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Hilfen zur Gesundheit, die Eingliederungshilfen, Grundversicherung, Hilfen zur Pflege und sonstige Hilfen den alten Menschen und insbesondere auch den Menschen mit Behinderung, also den wirklich Bedürftigen, zugute kommen. Das wird aber im Ausschuss noch genauer zu hinterfragen sein.

Mit Freude werde ich allerdings den Rotstift dort ansetzen wollen, wo Steuergelder offenkundig für linkspopulistische und ideologische Deliktprogramme eingesetzt werden, die für den Bürger keinerlei Nutzen erbringen,

(Beifall der AfD)

sondern der gesellschaftlichen Umerziehung dienen oder Pöstchen für die Sozialindustrie generieren.

(Beifall der AfD)

Ich nenne davon nur einige Wenige, weil sie so augenfällig waren.

(Abg. Martin Haller, SPD: Herr Dr. Bollinger, was haben Sie beruflich vorher gemacht?)

Ich nenne nur einige Wenige davon, die sich nur mit Mühe finden lassen. Ich nenne zum Beispiel Zuschüsse zur Förderung von Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Höhe von 207.000 Euro.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Oh, da sind Sie mit Frau  
Klößner einer Meinung!)

Ich sage Ihnen, nein, das muss man nicht fördern, das ist doch allgemein bekannt, und die Akzeptanz ist doch längst gegeben. Das muss man doch nicht noch zusätzlich fördern.

(Beifall der AfD –  
Zurufe der Abg. Julia Klößner und  
Christine Schneider, CDU)

Mein Petition lautet: Streichen!

(Beifall der AfD –  
Zurufe aus dem Hause)

Herr Präsident, würden Sie bitte dafür sorgen, dass ich in Ruhe weitersprechen kann? Dafür wäre ich Ihnen sehr verbunden.

(Glocke des Präsidenten)

Herzlichen Dank.

Ich nenne weiterhin Zuschüsse zur institutionellen Förderung besonders von Trägern der Familienarbeit. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Aber darunter befindet sich auch der aus meiner Sicht eher Abtreibungsverein als Familienverein pro familia, der 119.000 Euro erhält.

(Beifall der AfD –  
Zurufe von der SPD: Unglaublich,  
Unverschämtheit! –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:  
Unmöglich! Das ist völlig frei von  
Sachkenntnis!)

Wir wollen Geburten fördern und keine Abtreibungen: Streichen!

Ich nenne weiterhin Zuschüsse zur Förderung der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund, meine Damen und Herren, 5,6 Millionen Euro. Weiterbildung für Deutsche, zum Beispiel kostenfreie Meisterausbildung? Fehlanzeige!

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Herr Junge, es ist sozial  
unverantwortlich, was Sie hier sagen!)

Ich kann Ihnen nur sagen, Ihr hochgelobter Meisterbonus bringt einem Meisterschüler zwischen 1.000 und 2.000 Euro. Die Meisterausbildung – das weiß ich aus eigener Erfahrung – kostet locker das Zehnfache. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit haben Sie nicht wirklich die duale Bildung und Ausbildung gefördert.

(Beifall der AfD)

Die Zuschüsse zur institutionellen Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund betragen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 263.000 Euro. Auch das ist genauer zu prüfen.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind der klaren Auffassung, dass für diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben oder gar kriminell geworden sind, jeder Integrationseuro verbranntes Steuergeld ist.

(Beifall der AfD)

Ich sage Ihnen, investieren Sie besser das Geld in Fahrkarten und nicht in unsinnige Sprachkurse. Schieben Sie endlich konsequent ab! Sparen Sie damit Steuergelder und leisten Sie damit ganz nebenbei auch einen guten Beitrag zur Inneren Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, die Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hatten allein im Jahr 2015 einen Wert von 187,5 Millionen Euro. Hinzu kommen weitere mehrstellige Millionenausgaben vom Bund für die Integration, und integriert werden müssen nur diejenigen – ich erwähnte es schon –, die ein belastbares und nachhaltiges Bleiberecht haben. Fragen Sie sich einmal, weshalb die europäischen Partnerstaaten Ungarn, Tschechien und Polen in ihrem Haushalt für Integration nicht einen einzigen Cent aufbringen müssen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da sieht man es wieder!)

Das ist das, was ich weitsichtige Politik nenne.

(Beifall der AfD)

Überlegen wir an dieser Stelle einmal, welche Haushaltsmöglichkeiten insgesamt gegeben wären, wenn die Koalition sich an diesem Grundsatz orientieren würde. Ich wiederhole noch einmal das Stichwort „Ärzte aufs Land“, zur Erinnerung: 500.000 Euro.

Ich fahre fort. Der Landesjugendring, einschließlich DITIB-Jugend, erhält 727.400 Euro in 2017 und 246.300 Euro in 2018. Hinzu kommen noch weitere Förderungen des Familienministeriums, die aus dem Einzelplan nicht klar ersichtlich werden.

Der Landesjugendring ist von Rot-Grün bereits in den vergangenen Jahren großzügigst bedacht worden. So haben die zur Verfügung gestellten Mittel von 2010 bis 2016, innerhalb von sechs Jahren, um über 90 % zugenommen. Trotz dieser Kostenexplosion äußert sich der Jugendring wie folgt – ich zitiere –:

„Viele Akteure, die sich in diesem Feld seit Jahren engagieren, leiden unter einer strukturellen Unterfinanzierung auf allen Ebenen.“

Weiter heißt es:

„Das Wahlergebnis macht klar, dass es ein entschlossenes Auftreten der Politik und gut vernetzte, mit ausreichend

Mitteln ausgestattete Akteure der Zivilgesellschaft braucht, um dem Rechtsruck in der Bevölkerung wirksam entgegenzutreten zu können.“

(Abg. Michael Frisch, AfD: Politisch motivierte Förderung!)

Im Klartext heißt das, Rot-Grün soll ausreichend Steuermittel zur Verfügung stellen, um damit nicht-linke Wahlergebnisse zu verhindern.

(Beifall der AfD –  
Zuruf von der AfD: Ja, genau!)

Dies sagt wohl alles, und es unterstreicht meine These, dass mit Steuermitteln linke Gesellschaftspolitik betrieben wird. Sie finden im Übrigen in dem gesamten Haushalt nicht eine einzige Haushaltszeile, die sich für den Kampf gegen die Förderung von Linksextremismus ausspricht. Gerade hier werden wir noch einmal genau prüfen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer lesen kann, wäre hier schlauer, Herr Junge! Extremismus ist alles, auch wenn Sie es nicht wissen wollen, auch wenn Sie blind sind!)

– Ah, ich weiß nicht, ob Sie das auch immer genau so sehen. Sie sagen es nie.

Im Bereich Wirtschaft finde ich die allgemeinen Bewilligungen, die ordnungspolitisch fragwürdige Subventionen beinhalten, wie zum Beispiel die Zuschüsse für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Höhe von 115.000 Euro pro Jahr.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unwahre Behauptungen!)

Auch das werden wir im zuständigen Ausschuss genauer hinterfragen.

Frau Ministerin Ahnen, in Ihrer gestrigen Rede betonten Sie zu Recht die Leistungen der Kommunen und sprechen sich für eine finanzielle Stärkung aus. Das ist gut so.

Aber dann verwundert es doch sehr, dass Sie mit der Änderung des Landesaufnahmegesetzes, das heute noch Thema sein wird, die vom Bund zu erwartende Integrationspauschale in Höhe von insgesamt 140 Millionen Euro nicht vollständig, wie in einigen Bundesländern beabsichtigt, sondern nur zu einem Drittel an die Kommunen weitergeben wollen, obwohl die kommunalen Spitzenverbände die Notwendigkeit nach meinem Dafürhalten im Ausschuss sehr gut begründet haben.

Im Bildungsressort taucht der Haushaltstitel „Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung in Kindertagesstätten“ auf. In den Jahren 2017 und 2018 werden jeweils 65.000 Euro, also insgesamt 130.000 Euro, dafür aufgewendet. Ich bitte Sie! Ideologisierte Demokratieerziehung für Fünfjährige? Sozialverhalten in der Gruppe sollte für ausgebildete Erzieherinnen zur Kernkompetenz gehören. Streichen Sie das!

(Beifall der AfD)

Aus dem Resort Umwelt und Landwirtschaft ist Folgendes zu bemerken: Rheinland-Pfalz leistet sich eine doppelte Landwirtschaftspolitik.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie wissen genau, wie wichtig die Landwirtschaft für Rheinland-Pfalz ist!)

Aus administrativer Sicht ist dabei bemerkenswert, dass die großen Entwicklungsprogramme, die primär aus Mitteln der Europäischen Union gespeist werden, nicht nur vom Landwirtschaftsministerium, sondern auch vom Umweltministerium verwaltet werden. Diese rein parteipolitisch bedingte Doppelung der Zuständigkeiten für die Landwirtschaft verursacht nicht nur unnötige Kosten, sondern führt auch zu Friktionen in der Verwaltungsarbeit.

(Beifall der AfD)

Auch für die Schaffung eines weiteren Ministeriums bestand und besteht nicht die geringste Notwendigkeit, meine Damen und Herren. Hier ging es einzig und allein darum, ministerielle Dienstposten zu schaffen, um den dritten Koalitionspartner mit entsprechenden Posten zu versorgen und zu befriedigen.

(Beifall der AfD)

Das, meine Damen und Herren, war der erste Sündenfall dieser Koalition.

(Beifall der AfD)

Im Haushaltstitel „Wissenschaft“ finden Sie Maßnahmen der politischen Bildung zur Bekämpfung des politischen Extremismus von insgesamt 120.000 Euro. Grundsätzlich sind wir damit einverstanden.

Herr Dr. Braun, wir werden das nachfragen. Wenn es wirklich so ist, dass auch in ausgewogener Form der Linksextremismus bedacht wird, sind wir damit einverstanden.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum behaupten Sie dann das Gegenteil? Warum haben Sie gesagt, es steht nicht darin? Sie haben eben gelogen!)

– Nein, ich stelle das hier in Frage. Ich sage, wir prüfen das. Wir prüfen das, Herr Braun.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, warum haben Sie gesagt, es steht nicht darin? Sie haben gelogen!)

– Ach, habe ich gelogen, Herr Präsident?

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Lügen ist unparlamentarisch!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Herr Braun, ich darf Sie bitten. Man kann sagen, Sie haben

die Unwahrheit gesagt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Der Kollege Lohr wurde dafür gerügt!)

– Ja, ich habe es soeben klargestellt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das war aber keine Rüge!)

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Meine Damen und Herren, wenn wir uns darin ergehen, gegenseitig aufzupassen, dass man sich ja in den Begrifflichkeiten nicht vertut oder nicht darüber hinausgeht, dann wird die Debatte irgendwann wirklich langweilig. Dann hört gar keiner mehr zu.

Unter den allgemeinen Bewilligungen im Kulturbereich finden Sie die Kostenstelle „Zuschüsse an die Karl-Marx-Ausstellung GmbH“ mit insgesamt über einer halben Million Euro. Ich sage Ihnen, angesichts der Tatsache – wir hatten diese Diskussion auch schon im Landtag geführt –, dass diese Ausstellung die verheerenden Auswirkungen der Marx'schen Theorien für das 20. Jahrhundert völlig ausblendet – das ist das Entscheidende –, ist uns diese Ausstellung keinen Cent wert. Streichen Sie diesen Titel.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, das sind nur einige wenige Ausgaben, die nach grober Durchsicht auffällig geworden sind. Ich bin sicher, dass bei intensiver Recherche nach einer ganzen Reihe von versteckten – – –

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Vielleicht gibt es ja auch eine Ausstellung über Erwin Rommel!)

– Ja, das wäre sicherlich ganz gut.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ah!)

– Ja, man muss sich mit der Position jeder Persönlichkeit auseinandersetzen. Absolut! Warum auch nicht?

(Zurufe der Abg. Alexander Schweitzer und Martin Haller, SPD)

– Mein lieber Herr Schweitzer, Sie sprechen an auf das Portrait von Erwin Rommel in meinem Dienstzimmer; da hängt aber auch Helmut Schmidt. Nun bleiben Sie einmal ganz locker.

(Beifall der AfD –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Dafür kann er nichts! Helmut Schmidt kann sich nicht wehren gegen Sie!)

– Ja, ich weiß, aber er kann sich auch nicht mehr gegen Sie wehren. Das ist schon richtig.

Ich bin sicher, dass bei intensiver Recherche noch eine ganze Reihe von versteckten, unsinnigen und politisch motivierten Subventionen zu finden sein werden. Diese haben in einem steuerfinanzierten Haushalt allerdings nichts zu suchen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Immerhin ergäbe dieser grobe Ansatz bereits ein Streichpotenzial von fast acht Millionen Euro in zwei Jahren. Das ist nicht die ganz große Ersparnis, das ist mir schon klar; es bedeutet aber, Herr Lewentz – nun ist er weg –, Sie könnten überschlägig in der Besoldungsgruppe A 9 pro Jahr rund 100 Bruttohaushaltsstellen für Polizeivollzugsbeamte kostenneutral schaffen und damit der Erfüllung Ihrer Kernaufgabe, nämlich den Schutz unserer Bürger zu sichern, ein kleines Stück näherkommen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, trotz der rosigen Einnahmesituation, an der Sie selbst keinen Verdienst haben, ist eine Konsolidierung des Haushalts durch weiter steigende Ausgaben und gleichzeitige Neuverschuldung sehr unwahrscheinlich. Das heißt, wenn Ihre sehr optimistische Zukunftsprognose, auf die Sie kaum Einfluss haben, nicht eintreten sollte, werden Sie die gesetzlich vorgeschriebene Schuldenbremse im Jahr 2020 letztlich auf Kosten unserer Kinder und auch unserer Enkel nicht einhalten können.

Danke schön.

(Anhaltend starker Beifall der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Personalratsmitglieder und Angestellte der Stadtverwaltung Kaiserslautern, der komba Gewerkschaft sowie SPD-Stadtratsmitglieder. Seien Sie herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Weiterhin dürfen wir Mitglieder des SPD-Ortsvereins Mörten und weitere Gäste aus dem Westerwald begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion hat nun deren Vorsitzender, Herr Thomas Roth, das Wort.

#### **Abg. Thomas Roth, FDP:**

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Prophet gilt wenig im eigenen Land. Gleiches scheint auf die Bundeskanzlerin in ihrer eigenen Partei zuzutreffen. Vor geraumer Zeit sagte sie noch, dass die CDU keine Mäkelpartei sei, und heute beweist die CDU Landtagsfraktion mit ihren Beiträgen, dass sie genau das ist, eine Mäkelpartei.

Und so mäkeln Sie, und wir machen. Wir machen alle das, was wir gut können. Wir gestalten, machen das Land fit für die Zukunft, und die Merkelpartei mäkelte.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Oh, ein starker Aufschlag!)

– Hören Sie auf Merkel, hören Sie auf zu mäkeln.

(Beifall der FDP und bei SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Vizepräsident Hans-Josef Bracht  
übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, bei Haushaltsreden geht es natürlich vor allem ums Geld. Dieses Geld ist aber Mittel zum Zweck, und der Zweck, der die Mittel heiligt, ist die Gestaltung unserer Gesellschaft. Im Mittelpunkt des Haushalts steht daher nicht die Frage, wer wie viel bekommt, sondern wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll.

Ein Haushalt ist aber nicht nur eine Frage des Geldes; er ist auch eine Frage der Gestaltung und dessen, was uns wichtig ist. So beinhaltet der Haushalt auch immer ein Stück weit die Frage nach unserer Gesellschaft von morgen. In Zeiten knapper Kasse ist diese Antwort leider nicht immer schön. Große gesellschaftliche Trends, wie der demografische Wandel, die Globalisierung oder die humanitären Katastrophen dieser Welt, sie alle hinterlassen Spuren im Haushalt, natürlich ebenfalls bei uns in Rheinland-Pfalz. Wir sollten daher nicht nur über Geld reden, sondern auch über unser Land und unsere Gesellschaft.

So lautet eine Kardinalsfrage: Wie soll unsere Gesellschaft von morgen aussehen? – Die Antwort der AfD ist: Die Zukunft soll eine bessere Kopie der Vergangenheit sein. – Die CDU in Rheinland-Pfalz wünscht sich vor allem ein Land befreit von fremden Einflüssen. Es eint die Opposition, dass sie Rheinland-Pfalz nicht fit für die Zukunft machen will, sondern aus Angst vor der Zukunft versucht, in die Vergangenheit zu flüchten.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer ein Auto fährt, der sollte zumindest einmal regelmäßig in den Rückspiegel schauen. Wer aber fährt und nur in den Rückspiegel schaut, wie die Opposition das tut, der fährt dann irgendwann gegen die Wand. Es ist deshalb gut, dass die entsprechenden Parteien nicht am Steuer, sondern auf der Rückbank sitzen.

Der Unterschied zwischen Regierung und Opposition ist, die Opposition will die Vergangenheit erhalten und die Regierung die Zukunft gestalten. Genau diesen Anspruch vertreten wir auch mit diesem Haushalt.

Ja, wir müssen sparen, und sogar da, wo es besonders weh tut. Bei den Menschen, wie zum Beispiel bei den Beschäftigten des Landes. Das ist nicht schön, aber notwendig. Wir stellen uns aber auch bei den Stellenkürzungen unserer Verantwortung. Die Kürzungen erfolgen sozial verträglich. Wir verzichten weitgehend auf Entlassungen. Ein Großteil der gekürzten Stellen entfällt auf Positionen, die nicht mehr neu besetzt werden. So bitter diese Stellenstreichungen auch sind, so sind sie doch notwendig.

Der demografische Wandel führt nämlich dazu, dass sich die vorhandenen finanziellen Lasten auf immer weniger Schultern verteilen und damit relativ gesehen größer werden. Deshalb hat für uns die Einhaltung der Schuldenbremse auch die allerhöchste Priorität.

2020 werden wir keine neuen Schulden mehr machen. Dafür treffen wir auch in diesem Haushalt ganz klar Vorsorge. Wir konsolidieren in Rheinland-Pfalz so, dass wir trotzdem noch investieren können. So sieht eine verantwortungsbewusste und generationengerechte Haushaltspolitik aus: die Schulden von gestern abbauen und Investitionen für morgen nicht vernachlässigen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig investieren heißt, wir geben nicht mehr Geld für Konsum, sondern für Investitionen aus, für eine bessere Infrastruktur, für eine bessere Bildung. Mit unseren Investitionen legen wir heute schon die Grundlage für den Wohlstand von morgen. Ein Haushalt sollte nämlich nicht nur die Frage beantworten, wo das Geld hingehet, sondern vor allen Dingen auch darauf eingehen, woher das Geld morgen kommen soll.

Die Frage wird insbesondere mit dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau beantwortet. Unser Wirtschaftsminister ist im Landtagswahlkampf unter anderem mit dem Motto „Der macht den Haushalt“ angetreten. Er hat seinen Haushalt gemacht, und zwar vorbildlich.

Eine gesellschaftliche Herausforderung, vor der wir stehen, ist der sogenannte Fachkräftemangel. Nicht nur unsere Betriebe brauchen qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch unser Sozialsystem ist auf die Beitragszahlungen von Arbeitgebern und Beschäftigten angewiesen.

(Beifall der FDP –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Wer sich deshalb der Frage stellt, wie unsere Gesellschaft morgen aussehen soll, muss auch sagen, wie wir unser Gemeinwesen finanzieren. Ich bin froh, dass der Wirtschaftsminister seine Antwort auf diese Frage gibt.

Wir investieren mehr in die berufliche Bildung. So wollen wir Ansätze zur Stärkung der beruflichen Bildung in beiden Haushaltsjahren um 150 % erhöhen. Wir wollen die Mittel für diesen Bereich von knapp 9 Millionen Euro im Haushaltsplan 2016 auf 17,7 Millionen Euro im Jahr 2017 und 18,2 Millionen Euro im Jahr 2018 festlegen.

Wir wissen, mindestens so notwendig wie qualifizierte Akademiker braucht unser Land auch gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist die Stärkung der beruflichen Bildung ebenfalls für uns eine erfolgreiche Integration, und das ist wichtig. Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen erfolgt nämlich weniger über Universitäten, sondern sie erfolgt vor allem über die duale Berufsausbildung und damit über die Berufsschulen. Deshalb steht mehr Geld für die berufliche Bildung, für eine bessere Integration und damit auch für einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Verfügung.

Ein weiteres Element zur Stärkung unserer Wirtschaft und damit zur Sicherung unseres Wohlstands ist der sogenannte Meisterbonus. Ich konnte es noch nie richtig nachvollziehen, warum eine Ausbildung an einer Hochschule gebührenfrei ist, während die berufliche Ausbildung richtig viel Geld kostet.

Im Wahlkampf haben wir gesagt, ein Meister muss genauso viel Wert sein wie ein Master. Mit der Einführung des Meisterbonus zeigt diese Landesregierung nicht nur, dass sie engagiert den Kampf gegen den Fachkräftemangel aufnimmt, sondern auch, dass sie beste Chancen für alle will.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nur ein Tropfen  
auf den heißen Stein!)

Der Landesregierung ist ein Meister genauso viel wert wie ein Master, und deshalb legen wir mit dem Meisterbonus die Grundlage für die Abschaffung der finanziellen Benachteiligung der beruflichen Ausbildung.

Wir wissen, unser Land braucht Meister. Meister, die ausbilden, die Werte schaffen, die Verantwortung übernehmen, sind das Rückgrat unseres Handwerks und des Mittelstands. Der Meisterbonus ist deshalb weit mehr als irgendein Ausgabeposten, sondern er ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der vergangenen Woche bin ich am Dienstag beim Handwerksabend der Handwerkskammer Rheinhessen in Mainz sowie am Mittwochabend bei der Siegerehrung des Leistungswettbewerbs des deutschen Handwerks 2016 in Koblenz gewesen. Die vom Wirtschaftsministerium bisher gestellten Weichen und die bereits angestoßenen und sich in Umsetzung befindlichen spürbaren Maßnahmen wurden freudig und mit großem Beifall von der HWK und ihren Mitgliedern auf beiden Veranstaltungen ausdrücklich begrüßt. Sie zeigen deutlich die hohe Wertschätzung der Koalition gegenüber dem Handwerk.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Förderung der beruflichen Bildung ist vor allem auch ein Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums, also unserer Dörfer und Gemeinden. Oftmals ist die Ausbildung der Grund, dass gerade junge Menschen ihrer Heimat den Rücken kehren. Eine berufliche Ausbildung und insbesondere eine, die auch mit einem Existenzgründungszuschuss gekoppelt ist, wie unser Meisterbonus, macht es jungen Menschen leichter, sich für ihre Heimat zu entscheiden.

Wenn wir den ländlichen Raum erhalten wollen, wenn wir wollen, dass die Dörfer und Gemeinden im Land auch in Zukunft erhalten bleiben, dann müssen wir dafür sorgen, dass auch junge Menschen dort eine Perspektive haben. Das heißt, dass es dort Ausbildungs- und Arbeitsplätze geben muss.



Die Förderung der beruflichen Bildung macht den Meisterabschluss nicht nur interessanter, sie macht auch die Gründung eines Handwerks attraktiver. Gerade Handwerksbetriebe sind in vielen Fällen Ausbildungsbetriebe. Unsere Handwerker und unsere Landwirte sind nun einmal das Rückgrat der ländlichen Wirtschaft.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir werden unsere ländlichen Regionen in ihrer Vielfalt und Schönheit nur erhalten können, wenn wir den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen Rechnung tragen. Das heißt, dem Bedürfnis nach Arbeitsplätzen ebenso wie dem Bedürfnis nach Mobilität, auf welches ich später noch eingehen werde. Der ländliche Raum ist weit mehr als eine Naturreserve für die besiedelten Regionen. Er ist ein Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum.

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushalt auch ein Signal, dass sie die ländlichen Räume erhalten will. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Junglandwirteförderung.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr  
wichtig!)

Wir geben gut 2 Millionen Euro aus, um junge Landwirte bei der Übernahme eines Betriebs zu unterstützen. Wer einen Betrieb gründet oder verantwortlich übernimmt, kann bis zu fünf Jahre lang eine Prämie von ca. 44 Euro pro Hektar erhalten. Diese Zahlungen sind ein weiterer Beleg dafür, dass diese Landesregierung nicht einfach nur Geld ausgibt. Wir lassen unsere Gelder gezielt dorthin fließen, wo aus wenigen Mitteln die größten Chancen für die Menschen entstehen.

Damit unsere ländlichen Räume lebendig bleiben, damit unsere Städte und Gemeinden weiter als attraktive Wohn- und Arbeitsorte angesehen werden, müssen wir die Kommunen stärken, und wir tun das. Gut ausgestattete Kindergärten, moderne Schulen, saubere Parks und Straßen, das alles entscheidet über die Lebensqualität vor Ort. Dafür benötigen die Kommunen Geld, und das geben wir ihnen. Es ist für uns ein Kraftakt, aber ein notwendiger, wenn auch in diesem Doppelhaushalt rund ein Drittel der gesamten Mittel an die Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben geht.

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht nur die Kirchen in den Dörfern lassen, sondern vor allem auch vor Ort für gute Kitas, Schulen und Verkehrsanbindungen sorgen. Ob die eigenen Kinder in eine gute Kita gehen können, optimal gefördert werden, darf doch keine Frage von Stadt oder Land sein. Deshalb lassen wir die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht im Stich. Wir geben nicht nur gute Worte, wir geben vor allem auch Geld, und zwar sehr viel Geld.

So gibt es die größte Erhöhung im gesamten Haushalt mit 12,8 % bis 2018, nämlich 2017 eine Erhöhung um 155 Millionen Euro sowie 2018 eine weitere Erhöhung um 331 Millionen Euro. Das ist eine echte Entlastung für die Kommunen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Maße, in welchem Bildung für die Zukunftschancen eines Menschen zum entscheidenden Kriterium wird, ist der diskriminierungsfreie Zugang eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Da die Grundlagen des Lernens im Kindesalter gelegt werden, sind für uns mehr Investitionen im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht nur etwas, was wünschenswert ist, sondern das Fundament für eine Gesellschaft, in der alle alle Chancen haben sollten. Es kann vielleicht nicht aus jedem ein Medizinprofessor werden, doch jeder sollte, so er die entsprechenden Fähigkeiten dazu hat, die Chance hierzu bekommen.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Es ist deshalb richtig, mit der Förderung der Talente unserer Kinder nicht nur bis zur Schule zu warten, sondern bereits in den Kitas damit anzufangen. Die Pläne der Landesregierung, zum Beispiel die musische Ausbildung der Kinder durch eine stärkere Zusammenarbeit mit den Musikschulen vor Ort zu verbessern, sind ein sehr guter Ansatz dabei. Musik schult nicht nur das Gehör, sondern sie ist auch ein Zugang zu unserer Kultur und ermöglicht es Kindern, Erfahrungen zu machen, die nicht mehr in jedem Elternhaus selbstverständlich sind. Gerade gemeinsames Musizieren überwindet soziale Barrieren und ist ein absolut geeignetes Mittel zur Integration.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es freut mich, dass wir uns in dieser Koalition einig sind, dass Kindertagesstätten mehr sein müssen als ein reines Betreuungsangebot. Sie müssen ein Lernangebot sein. Die Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen oder die Studierenden an unseren Hochschulen lernen Inhalte, und das ist wichtig. Die Kinder in den Kitas lernen zu lernen, und das ist unabdingbar für einen gleichberechtigten Start in das eigene Leben; denn wie heißt es doch so schön: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. – Wenn die CDU dem Hänschen das Recht zum Lernen abspricht, nimmt sie Hans die Chancen.

Wie wichtig uns diese qualitative Fortentwicklung der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz ist, können Sie allein daran sehen, dass wir die entsprechenden Ausgaben in den nächsten Jahren um 35 Millionen Euro steigern werden.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir  
stehen an der Seite von Hans!)

– Genau. Da sind wir ganz auf eurer Seite.

Ich glaube, dass es niemand in diesem Hause gibt, der ernsthaft bezweifeln möchte, dass die Investitionen in unsere Kinder zu den besten Investitionen gehören, die ein Staat überhaupt tätigen kann. Wer gegen kostenlose Kitas ist, ist gegen gleiche Chancen für Kinder, und deshalb unterstützt die FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag alle Anstrengungen dieser Landesregierung, den

Zugang zur Bildung so weit wie möglich zu erleichtern.

Kitabeiträge, wie sie gerade auch von der CDU immer wieder gerne gefordert werden, sind eine Strafsteuer auf die Entwicklung unserer Kinder, und eine solche lehnen wir ab.

Es reicht aber nicht nur, für gute Kitas zu sorgen. Wir brauchen auch gute Schulen. Der beste Unterricht nutzt nichts, wenn er aufgrund von Lehrermangel nicht stattfinden kann. Es freut mich deshalb, dass die Landesregierung auch dieses Problem entschlossen angegangen ist. Mit der Schaffung von 270 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an rheinland-pfälzischen Schulen sorgt die Landesregierung dafür, dass der Unterricht nicht nur auf dem Stundenplan steht, sondern dass er in der Schule auch stattfindet.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es ist so!)

Die starke Betonung der Bildung in diesem Landeshaushalt zeigt, dass die Landesregierung den Blick auf die Zukunft gerichtet hat.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft heißt aber auch Veränderung. Der Veränderung begegnet man nicht am besten mit Veränderung, wie es die Opposition hier im Landtag zu oft bevorzugt, sondern indem man sich ihr offensiv stellt.

Nicht von der Zukunft, nicht von der Veränderung geht eine Bedrohung aus, sondern von einer Politik, welche die Zeiten der Zeit verpennt bzw. verdrängt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Versemzelt!)

Die Digitalisierung muss uns keine Angst machen. Sie kann, darf und sollte uns auch begeistern. Digitalisierung im Handwerk ist ein Zukunftsthema. Deshalb investieren wir in diese Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Unsere Auszubildenden sollen nicht nur von digitalen Techniken hören, sie sollen diese lernen und vor allem auch anwenden.

Nicht digitale Demenz ist die größte Gefahr für unsere Gesellschaft, sondern die digitale Ignoranz. Wir investieren mehr als doppelt so viel wie in den vergangenen Jahren für den Bau und die Modernisierung der überbetrieblichen Bildungsstätten. Waren es 2016 noch 1,3 Millionen Euro, so werden wir 2017 3,5 Millionen Euro bzw. im Jahr 2018 sogar 3,8 Millionen Euro hierfür ausgeben.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr wichtig!)

Das sind nicht nur Ausgaben, das sind echte Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In die Zukunft investieren heißt aber nicht, bei der Ausbildung stehenzubleiben, sondern stets auch eine mögliche Existenzgründung im Blick zu haben. Egal ob Bosch, Daimler oder Merck, sie alle haben einmal als Unternehmens-

gründungen begonnen. Wer die Gründer nicht ehrt, ist des Mittelstands nicht wert. Es ist daher wichtig, das Thema Gründung in der Politik und natürlich ganz besonders in der Wirtschaftspolitik mitzudenken und entsprechend zu handeln.

Der sogenannte Meisterbonus II, mit dem die Landesregierung künftig Meister und Fachwirte fördern will, die sich innerhalb von drei Jahren selbstständig machen, ist deshalb sehr gut angelegtes Geld, legen wir doch damit die Grundlage für unseren erfolgreichen Mittelstand respektive unsere erfolgreichen Familienunternehmen und Handwerksbetriebe von morgen.

Wie wichtig für diese Landesregierung Unternehmensgründungen sind, können wir auch daran sehen, dass wir über 5 Millionen Euro Landes- und EU-Mittel in unsere Gründerinnen und Gründer investieren. Wir finden, dass auch das sehr gut investiertes Geld ist, welches sich mit Zins und Zinseszins bezahlt machen wird.

3,4 Millionen Euro geben wir für Programme zur Existenzförderung aus. Wir fördern Veranstaltungen für Gründer. Wir unterstützen Beratungsleistungen für Gründer. Wir betreiben Technologie- und Gründerzentren in den fünf größten Städten des Landes.

Diese Landesregierung arbeitet an einer deutschlandweit einzigartigen Willkommenskultur für Gründerinnen und Gründer. Natürlich sind die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes begrenzt, aber wir haben die begrenzten Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, konsequent genutzt, und zwar dafür, dass Rheinland-Pfalz zu einem gründerfreundlicheren Bundesland wird.

Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist dabei doch nicht das Ziel, aber er beschreibt den Weg, und ich hoffe sehr, dass wir diesen gemeinsam weitergehen werden: Investitionen dort, wo Wohlstand und Chancen für alle entstehen.

Eine gründerfreundliche Politik muss aber nicht teuer sein. Manchmal reicht auch eine gute Idee. Die Gründungsallianzen sind eine solche. Kammern, Verbände, Politik und die Hochschulen arbeiten gemeinsam daran, bestehende Beratungsangebote aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Wir haben in unserem Land eine große Kompetenz im Bereich der Wirtschaftsförderung und -beratung. Wir müssen sie allerdings besser zusammenführen und richtig nutzen.

(Beifall der Abg. Monika Becker, FDP)

Frau Klöckner, Sie haben vorhin dieses Thema kurz angesprochen und bemängelt.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Wohlstandssicherung ist die Modernisierung der Infrastruktur. Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland im Herzen Europas. Wir sind nicht nur ein Land, in welches Menschen gerne kommen. Wir sind auch ein Transitland. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur für die Gäste, die uns besuchen, die Waren, die wir exportieren, und den Wohlstand, den wir erhalten wollen.

Der Verkehr bringt natürlich auch viele unangenehme

Aspekte mit sich. Dabei denke ich nicht nur an die Umwelt und das Klima, sondern ganz besonders auch an die Lärmbelastung. Verkehr verursacht nun einmal Krach und macht Dreck.

Er macht aber in einer schlechten Infrastruktur und im Verkehrsstau mehr Krach und Dreck, als wenn der Verkehr schnell und flüssig fließt. Rheinland-Pfalz mag ein Transitland sein, aber es sollte kein Stauland sein. Deshalb ist es nicht nur im Sinne der Wirtschaft, es ist auch im Sinne der Umwelt, wenn wir mit einer modernen Infrastruktur dazu beitragen, dass Menschen und Güter sich bewegen und nicht im Stau stecken bleiben.

Ich freue mich, dass wir hier einen Konsens mit unseren Koalitionspartnern erzielen konnten und für mehr Investitionen in die Infrastruktur gesorgt haben. Jeweils 121 Millionen Euro und nicht 6,8 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren sind viel Geld und ein wichtiger Beitrag dazu, den bestehenden Sanierungsstau aufzulösen

(Beifall bei der FDP)

und Rheinland-Pfalz zu einer modernen Infrastruktur zu verhelfen, auf die ein moderner Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität angewiesen ist.

Umweltschutz, Lebensqualität und Wohlstand sind keine Widersprüche. Es ist ein Dreiklang. Natürlich ist es eine spannende Erkenntnis der Opposition, wenn sie anmerkt, dass die 121 Millionen Euro nicht nur für den reinen Straßenbau wie Asphalt, Teer oder Tiefbauleistungen verwendet werden. Man kann doch hier nicht wie mit Lego spielend darauf los bauen, um sich am Ende überraschen zu lassen, was dabei herauskommt. Jedes Bauprojekt erfordert nun einmal vorab eine qualifizierte Planung und Ingenieurleistung. Diese kosten Geld.

In diesem Sinne wurden wichtige Verkehrsprojekte bereits angestoßen, wie der seit Jahren ins Stocken geratene Lückenschluss der A 1. Verkehrsminister Wissing hat hier wieder die Initiative ergriffen. Das ist umso wichtiger, da die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Gemeinden unter dem Ausweichverkehr zu leiden haben.

Keine A 1 heißt schließlich nicht kein Verkehr; denn dieser sucht sich nur einen anderen Weg. Dieser führt dann nicht über eine gut ausgebaute Autobahn, sondern über das Land, Städte, Dörfer und Gemeinden, vorbei an Schulen und Kitas. Kein Lückenschluss an der A 1 ist keine Alternative.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Es sind aber nicht nur die großen Trassen, an denen sich etwas tut. Die Pressemitteilungen des Wirtschaftsministeriums über neu eingeweihte Umgehungsstraßen und eingeleitete Sanierungsmaßnahmen sind ein deutlicher Beleg hierfür. Diese Landesregierung redet nicht nur über Modernisierungen der Infrastruktur, nein, sie treibt sie auch voran.

Aber nicht nur bei den Straßen hat Rheinland-Pfalz Nachholbedarf, sondern auch ganz klar bei den Brücken. Ich bin deshalb froh, dass diese Landesregierung, dieser Ver-

kehrsminister, den gordischen Knoten beim Bau der zweiten Rheinbrücke in Wörth durchschlagen und eine Einigung mit Baden-Württemberg über den Bau herbeigeführt hat.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wer sich ein Bild von der Situation vor Ort macht, weiß, diese Brücke wird dringend benötigt. Ihr Nichtvorhandensein hilft ganz einfach nicht der Umwelt, sondern das Gegenteil ist der Fall. Der permanente Stau vor Ort sorgt für mehr Emissionen. Er stellt für die Anlieger eine enorme Belastung dar und führt bei vielen Beschäftigten und Unternehmen, die ihre Zeit im Stau statt bei der Arbeit verbringen, zu gigantischen Verlusten.

Stau ist nicht nur ein Ärgernis. Er ist ein Verlustgeschäft. Er ist ein Verlust an Lebensqualität, Einkommen und Lebenszeit. Deshalb müssen wir die Staustellen in Rheinland-Pfalz lokalisieren und die Stauursachen beseitigen.

Auch beim Straßenverkehr gilt: Rheinland-Pfalz ist ein Land in Bewegung und keines im Stillstand. Wer ist besser geeignet, Staus aufzulösen, als eine Ampel?

Die Lösung von Verkehrsproblemen ist quasi eine Kernkompetenz jeder Ampel, was sich auch in Rheinland-Pfalz beobachten lässt. Ein Land mit hoher Lebensqualität, ein moderner Wirtschaftsstandort braucht eine moderne Infrastruktur. Diese Landesregierung schafft sie.

In Rheinland-Pfalz wird gebaut. Das ist eine gute Nachricht; denn dort, wo Sie sich vielleicht heute über eine Baustelle ärgern, dürfen Sie sich schon morgen über eine moderne und gut ausgebaute Straße freuen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Das ist unser Angebot an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir bauen weiter. Wir bauen am Hochmoselübergang. Wir bauen an den Landstraßen. Wir bauen Umgehungen. Wir bauen hoffentlich bald am Mittelrhein. Wir bauen, damit ländliche Regionen erhalten bleiben.

Wir bauen an einem modernen Wirtschaftsland mit hoher Lebens- und Umweltqualität. Wir bauen für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir wissen, dass ein modernes Exportland, ein Tourismusstandort, ein Land im Herzen Europas eine gute Infrastruktur braucht. Das Angebot unseres Verkehrsministers an die Bürgerinnen und Bürger sind deshalb gut ausgebaute Brücken und Straßen.

Der rheinland-pfälzische Verkehrsminister arbeitet für gute Straßen und Brücken für Rheinland-Pfalz, der Bundesverkehrsminister der CSU an Mauthäuschen gegen Europa. So hat eben jeder seine Priorität.

Die Maut bringt vor allem mehr Probleme, gerade in den Grenzregionen wie beispielsweise für die Tagestouristen. Davon betroffen ist vor allem auch der heimische Einzelhandel.

Sie bringt mehr Bürokratie, aber nicht mehr Geld. Dabei könnten wir zusätzliche Einnahmen, so sie denn fließen würden, gut gebrauchen; denn es steht außer Frage: Wir müssen sparen.

Die gute Nachricht ist aber, dass wir auch investieren, und zwar nicht in den Konsum, sondern in die Zukunft unseres Landes. Das bringt dieser Haushalt zum Ausdruck.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Demokratie muss die Opposition kritisieren, wenn etwas nicht funktioniert. Wer aber Dinge kritisiert, die im Kern funktionieren, dem geht es nicht um konstruktive Kritik, sondern um das Schlechtmachen, um Diskreditierung, um Bashing.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wir haben eine unterschiedliche Wahrnehmung!)

Die rheinland-pfälzische Justiz funktioniert. Deshalb ist die unverhältnismäßige Kritik an ihr, wie sie von der Opposition hier im Haus vorhin geübt wurde, auch kein konstruktiver Beitrag, sondern destruktives Justizbashing.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dass die AfD versucht, eine Institution wie die Justiz zu schwächen, überrascht mich nicht.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wie bitte?)

Die AfD ist weder politisch willens noch scheinbar fachlich in der Lage zu differenzieren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Undifferenziert, Herr Kollege!)

Wenn die CDU aber in das gleiche Horn stößt, ist das kein Ruhmesblatt. In Rheinland-Pfalz laufen keine Vergewaltiger, Mörder und Schwerverbrecher frei herum. Die rheinland-pfälzischen Justizanstalten sind auch nicht wegen Überfüllung geschlossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Die Vollzugsanstalten weisen auch keine gefährlichen und verurteilten Straftäter ab. Wer versucht, in der Öffentlichkeit einen anderen Eindruck zu erwecken, dem geht es doch gar nicht um einen konstruktiven Beitrag, sondern der betreibt die Zerstörung des Ansehens der demokratischen Institutionen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es muss sich niemand wundern, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger enttäuscht von unseren Institutionen abwenden, wenn diese, wie dies im Fall der Justiz passiert ist, systematisch schlechtgemacht werden. Dass es gerecht zugehen muss, ist eine Grundanforderung an den Staat. Ein Staat, der nicht für die Gerechtigkeit sorgen und Recht und Ordnung durchsetzen kann, wird auch von den eigenen Bürgern und Bürgerinnen nicht mehr akzeptiert.

Deshalb ist es richtig, dass wir an dem Ziel einer handlungsfähigen Justiz ebenso festhalten wie an einer sowohl

in technischer als auch in personeller Hinsicht gut ausgestatteten Polizei. Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit sind die Grundlage für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Rechtsstaat sowie starke Sicherheitsbehörden. In Rheinland-Pfalz haben wir beides.

Ich bin sehr froh, dass es Konsens in der Koalition war, keine Stellenkürzungen bei den Richterinnen und Richtern sowie bei den Staatsanwälten vorzunehmen.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist ein wichtiges Signal.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Aber bei den Justizvollzugsbediensteten!)

Ein funktionierender Rechtsstaat ist kein Luxus. Er ist das Fundament, auf dem unsere Demokratie und damit unsere Gesellschaft stehen. Er ist eine elementare Bringschuld eines, nämlich unseres, demokratischen Gemeinwesens. Dieses Fundament ist nicht schwach. Es bröckelt auch nicht, sondern es ist solide. Diese Koalition schwächt es auch nicht, sondern hält daran fest. Während in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes gespart wird, bleiben die Kernbereiche des rechtsstaatlichen Handelns davon ausgenommen.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Dabei dürften der demografische Wandel und die damit einhergehenden rückläufigen Bevölkerungszahlen langfristig zu einer Entlastung der Gerichte führen; denn allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz: Rheinland-Pfalz wird nicht immer gefährlicher und krimineller. Wer Rheinland-Pfalz als ein Eldorado für Gangster beschreibt, hat sich zu viel mit Wildwestromanen beschäftigt und ist von der Realität in unserem Land ziemlich weit entfernt.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Schauergeschichten, mit denen die Opposition versucht, die Bevölkerung zu verunsichern, haben nämlich nichts mit der Realität zu tun. Vielleicht hätten Sie auch einmal die Leistungen unserer Justiz würdigen sollen.

Auch hier hat die Flüchtlingskrise natürlich Auswirkungen. Ich glaube, man kann es den Gerichten gar nicht hoch genug anrechnen, wie sie auch unter der Belastung durch eine Flut von Asylverfahren unsere rechtsstaatlichen Prinzipien nicht aufgeben. Unsere rheinland-pfälzische Justiz leistet mit den begrenzten Ressourcen Außerordentliches. Das sollte einmal gesagt werden.

(Beifall der FDP, bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Rheinland-Pfalz ist kein Eldorado für Schwerekriminelle, wie es die Opposition darzustellen versucht, sondern ein funktionierender Rechtsstaat mit handlungsfähigen Institutionen. Wir arbeiten kontinuierlich daran, auch die Handlungsfähigkeit der Justiz zu verbessern.

Wo es die Möglichkeit zur Effizienzsteigerung gibt, werden wir diese angehen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Einführung der Elektronischen Akte. Rheinland-Pfalz wird digitalisiert, und diese Landesregierung gestaltet die Entwicklung aktiv mit. Mit einem Digitalisierungskabinett denken und gestalten wir die Digitalisierung ressortübergreifend.

Es freut mich, dass sich auch die Justiz aktiv an diesem Prozess beteiligt. Digitalisierung ist keine Bedrohung, sondern eine Chance. Wir wollen sie nutzen, auch und gerade in der Justiz. Mit der Einführung der Elektronischen Akte werden wir die Abläufe in der Justiz einfacher und effizienter gestalten. Die Elektronische Akte wird den Schriftverkehr zwischen Anwälten und Gerichten beschleunigen und vereinfachen. Künftig werden keine Akten mehr über Flure geschoben, sondern elektronisch verschickt. Das ist die Justiz der Zukunft in Rheinland-Pfalz, an der wir arbeiten.

Ich würde mich freuen, wenn seitens der Opposition auch solche Maßnahmen gewürdigt würden. Aber Sie versuchen, mit der Lautstärke Ihrer Kritik vor allem eines: Sie wollen von den eigenen Schwächen ablenken. – Es ist noch nicht lange her, da hat die CDU noch versprochen, dass es keine Koalition in der Opposition geben wird. Der politische Alltag lehrt uns mittlerweile leider etwas anderes.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Marlies Köhne-Gros, CDU: Jetzt seien Sie mal vorsichtig! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Dagegen verwahren wir uns aber!)

Statt glaubwürdige und seriöse Alternativen aufzuzeigen, versucht sich die rheinland-pfälzische CDU als „AfD light“.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die AfD gibt den populistischen Grundton vor, und mit leichter Verzögerung und etwas verschämt folgt dann die CDU. Aus einer ehemals stolzen Partei ist ein inhaltlich entkernter Kanzlerinnenwahlverein geworden.

(Zurufe von CDU und AfD)

Während sich die CDU früher mit Themen wie Bewahrung und Schöpfung, Klima, Umwelt und Verbraucherschutz schmücken wollte, um sich für die Grünen etwas aufzuhübschen, biedert sie sich heute mit Forderungen nach Strafen für Integrationsunwillige und Burkaverbot bei der AfD an.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob Themenklau rechts, Themenklau links, rote Themen, gelbe Themen, grüne Themen, das alles in eine Flasche gegossen, und fertig ist die Rezeptur eines derzeitigen oppositionellen Politiksmoothies.

Es ist aber kein Zukunftsrezept für Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren. Während die CDU in Rheinland-Pfalz vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, beschäftigen wir uns lieber mit der Zukunft unseres Landes.

Dieser Doppelhaushalt ist auch weit mehr als eine An-

sammlung von Zahlen. Er ist der Beleg für unseren Gestaltungsanspruch in dieser Koalition. „Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch nachhaltig“, das ist die Überschrift unseres Ampel-Koalitionsvertrags, und es ist die Handschrift, mit der dieser Doppelhaushalt geschrieben wurde. Wir zeigen damit, dass man sparsam wirtschaften und dennoch sinnvoll und nachhaltig investieren kann.

Meine Damen und Herren, wir haben heute nicht nur einen Doppelhaushalt, wir haben heute vor allem ein Zukunftskonzept für Rheinland-Pfalz vorgelegt, und damit darf ich mich bei Ihnen bedanken.

(Anhaltend starker Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Dr. Braun das Wort erteile, darf ich weitere Gäste auf unserer Besuchertribüne begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der 13. Jahrgangsstufe des Gymnasiums am Römerkastell Bad Kreuznach. Herzlich willkommen, schön, dass Sie da sind!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren freuen wir uns, dass Ehrenamtliche der Feuerwehr Hamm sowie Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Monsheim zu uns gekommen sind. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich darf nun Herrn Dr. Braun von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Dr. Braun.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zur Haushaltsrede komme, möchte ich zwei Dinge klarstellen. Die AfD hat in ihrer Rede – ich nehme an, Herr Junge hat für die Fraktion insgesamt gesprochen – zwei Dinge angesprochen, die ich für dieses Haus nicht so stehen lassen will.

Zum einen, wir kennen die These der AfD. Frau Petry hat einmal gesagt, für das Überleben des eigenen Volkes sei ein Abtreibungsverbot nötig.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Wann denn?)

Das kennen wir. Aber dass Sie, Herr Junge, anerkannte Menschen, die sich in dem Verein pro familia sozial engagieren, die eine Abtreibungsverhinderungspolitik machen,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist doch nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

die Menschen in schwierigen sozialen Situationen beraten, ihr Kind zur Welt zu bringen oder nicht zur Welt zu bringen,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es, genau so ist es!)

und die damit eine verantwortungsvolle Arbeit machen, als Abtreibungsverein titulieren, das können wir alle in diesem Landtag nicht zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD, der FDP und bei der CDU)

Ich möchte insgesamt darauf hinweisen, dieses Niveau – ich bin empört, ich bin schockiert – will ich im rheinland-pfälzischen Landtag nicht hören. Diese Beleidigungen von Menschen möchte ich nicht hören.

Sie können darüber lachen. Natürlich, lachen Sie doch, aber ich glaube, wenn wir verantwortungsvoll Politik machen wollen – lachen Sie alle weiter, genau –, dann gehören Menschen, die so etwas vortragen, nicht in dieses Parlament. Ich sage das so deutlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Der zweite Punkt: Es mag sein, dass Herr Junge, weil er Scheuklappen hat, in seinem Vortrag übersehen hat, dass die Politik gegen Extremismus auch den Linksextremismus umfasst. Natürlich geht es gegen Rechts- und Linksextremismus in der Politik und in den Vorbeugemaßnahmen gegen Extremismus. Aber zu behaupten, dass das nicht im Haushalt stehen würde, ist eine falsche Tatsache. Das entspricht nicht der Wahrheit, Herr Junge.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ich habe gesagt, wir prüfen das genau!)

Sie haben ja gesagt, vielleicht haben Sie es übersehen, aber Sie haben es behauptet. Dann ziehen Sie es bitte zurück, es entspricht nicht der Wahrheit.

Wenn dann auch noch – das ist in diesem Parlament schon öfter passiert – von der AfD gesagt wird, dass beispielsweise öffentlich-rechtliche Programme linksextremistisch seien, dass sogar – –

(Zurufe von der AfD)

– Natürlich haben Sie das gesagt. Sie wollen doch sogar klagen. Sie haben doch eine Pressemitteilung dazu veröffentlicht. Schauen Sie sich doch Ihre Pressemitteilung an, wenn Sie lesen können, Herr Paul. Es ist doch ganz klar, dass Sie das gesagt haben. Damit machen Sie doch Ihren Kulturkampf schon die ganze Zeit auf.

(Zurufe von der AfD)

Herr Paul, Herr Bollinger, Herr Frisch, Herr Junge, alle, die das machen, alle, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als linksextremistisch diskreditieren wollen, alle diejenigen sollten aufpassen, was sie in diesem Landtag sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie haben jetzt eine offenkundig falsche Tatsache behauptet!)

Wenn Sie jetzt noch die Jugendorganisation einer demokratischen Partei, nämlich die SJD – Die Falken, die So-

zialistische Jugend Deutschlands der Sozialdemokraten, als linksextremistisch bezeichnen, nur weil sie sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen, dann sind Sie garantiert auf der falschen Seite.

(Zurufe von der AfD)

Dann können wir sagen, Sie gehören nicht zur Demokratie, Sie gehören nicht zu dieser Verfassung, und Sie wollen andere diskreditieren.

(Zurufe von der AfD)

Das ist das Einzige, was Sie hier vorhaben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf zum Haushalt, zu unserem heutigen Thema, kommen; aber es ist wirklich auch ein Thema, wie weit wir in diesem Parlament in der Diskussion durch die Anwesenheit der AfD abgerutscht sind.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Besser, wenn Sie gar nicht reingekommen wären!)

Ich glaube, das muss man immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, die Haushaltskennzahlen zeigen, dass wir auf einem Konsolidierungskurs sind. Wir haben es geschafft, und darauf sind wir alle in der Koalition – aber ich muss jetzt natürlich die Grünen besonders hervorheben – besonders stolz, weil ich Ihnen die Zahlen seit 2011 präsentieren möchte.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Mach nur!)

Seit 2011 sind die Grünen mit in einer Koalition, und ich glaube, das war vor allem auch für den Sparkurs sehr erfolgreich. Wir hatten Planzahlen im Jahr 2011 – damals waren die GRÜNEN noch nicht in der Koalition –: Geplant war 2011 eine Verschuldung von 1,6 Milliarden Euro, 2012 von 1,2 Milliarden Euro, 2013 von 836 Millionen Euro, 2014 von 716 Millionen Euro, 2015 von 625 Millionen Euro und 2016, im Plan jetzt, von 473 Millionen Euro, 2017 von 359 Millionen Euro und 2018 von 198 Millionen Euro.

Frau Finanzministerin, Sie haben es gesagt, wir kommen auch auf die schwarze Null. Seit der Zeit, als die Grünen, natürlich zusammen mit der SPD und nun auch mit der FDP, mit dabei waren,

(Abg. Thomas Roth, FDP: Jetzt ja!)

ist es gelungen, dass wir von einem hohen Verschuldungsgrad zum Nullverschuldungsgrad kommen, sogar ins Positive. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Historisch gesehen – ich habe mir einmal ein paar Zahlen angeschaut – hat es weder Herr Ministerpräsident Kohl noch Herr Ministerpräsident Vogel während der Regierung der CDU noch Herr Ministerpräsident Beck vorher geschafft, auf einen solchen Haushaltspfad zu kommen, und ich muss sagen, auch als die FDP im Jahr 2004 mit dabei war, lag die Verschuldung noch bei über 1 Milliarde Euro. Also kann es nicht die FDP sein, die die Schuldenvermeidungspolitik macht.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Oh!)

Das scheinen die Grünen zu sein, natürlich gemeinsam mit allen anderen, und ich glaube, das ist eine Sache, die wir hier eindeutig nachweisen konnten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Mein lieber Scholli!)

Ich sage jetzt ernsthaft noch dazu,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ach, das war nicht ernsthaft, dann ist es gut!)

wir werden dabei bleiben. Wir werden auf diesem Kurs bleiben. Wir werden jetzt nicht wieder ansteigen in den Ausgaben, sondern wir werden auch in den weiteren Jahren auf dem Konsolidierungskurs bleiben, auch wenn wir bei der Null angelangt sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben – das ist besonders interessant für die CDU – in den gleichen Jahren einen Aufwuchs des kommunalen Finanzausgleichs erreicht. 2011 waren es 1,87 Milliarden Euro. Vier Jahre später war es eine halbe Milliarde Euro mehr, nämlich in 2015 2,42 Milliarden Euro, und 2018 wird es fast noch einmal eine halbe Milliarde Euro mehr sein, 2,93 Milliarden Euro. Über eine Milliarde Euro mehr in sieben Jahren für den kommunalen Finanzausgleich, und das bei sinkenden Gesamtausgaben und bei sinkender Verschuldung.

Meine Damen und Herren, Sie werfen uns immer vor, wir hätten das nicht geschafft. Wir haben es geschafft. Schauen Sie sich die Zahlen an, dann können Sie sehen, mehr Mittel für den kommunalen Finanzausgleich, viel mehr Geld für die Kommunen, 1 Milliarde Euro mehr für die Kommunen und trotzdem weniger Verschuldung. Das muss man erst einmal hinkriegen, und das hat die CDU noch nie geschafft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Die Schuldenbremse wird natürlich auch angegriffen, einerseits von der CDU, eher damit, dass sie sagt, Schuldenbremse ist prima, aber wir sollten mehr Geld ausgeben für Förster – dafür wäre ich auch –, für Polizisten – dafür wäre ich auch –, für Lehrerinnen und Lehrer – dafür wäre ich auch –, aber wie halten Sie denn dann die Schuldenbremse ein? Das müssen Sie uns in nächster Zeit einmal vorführen. Schade, dass Frau Klöckner jetzt nicht mehr da ist, sie hätte bestimmt schöne Zwischenrufe – – –

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Ah, dass sie nicht mehr zuhört, muss ich dann sagen. Sie hätten bestimmt schöne Zwischenrufe, wie Sie das bekommen. Ich warte auf Ihre Ideen. Gebracht haben Sie bisher keine. Wir warten alle auf die Haushaltsberatungen, wie Sie Schuldenbremse und Mehrforderungen, die Sie in allen Bereichen haben, übereinkriegen.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Das ist eine spannende Sache. Ich freue mich darauf, dass die CDU das vorstellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Allerdings muss man sagen, es gibt auch eine Diskussion in den Sozialverbänden, beispielsweise beim DGB. Ich bin immer wieder erstaunt, dass der DGB so offen sagt: Die Schuldenbremse ist nicht das Richtige für das Land.

Ich glaube, wir haben insgesamt die Verantwortung, einerseits für die nachfolgenden Generationen, das Haus so zu bestellen, dass sie es übernehmen können. Natürlich darf dadurch nicht die Infrastruktur marode werden.

Wir haben andererseits im Moment aber auch die Möglichkeit, durch die sprudelnden Einnahmen – das muss man offen zugeben – die Schuldenbremse einzuhalten. Wenn wir wichtige Investitionen haben, müssen sie in diesem Haushalt abgebildet sein, und in diesem Doppelhaushalt für 2017 und 2018 ist es der Regierung gelungen, die wichtigen Zukunftsinvestitionen abzubilden, Zukunft für dieses Land zu generieren und eine Hoffnung zu erwecken, dass in diesem Land auch noch mehrere Möglichkeiten bestehen, bessere Voraussetzungen für Wirtschaft und für die soziale Politik zu schaffen.

Deswegen stimmen wir dafür, dass dieser Haushalt auch so beschlossen wird, meine Damen und Herren, mit den Veränderungen, die natürlich schon angekündigt wurden. Aber es ist ohnehin klar, dass es Veränderungen durch die Fraktionen geben wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in diesem Land sind gut, und ich glaube nicht, dass wir mit diesem Haushalt unter diesen Möglichkeiten bleiben. Frau Klöckner, ich glaube nicht, dass wir mit dieser Regierung unter den Möglichkeiten bleiben. Ich glaube, dass die Opposition unter ihren Möglichkeiten bleibt, Vorschläge zu machen, Alternativen aufzuzeigen und eine gute Zukunft in diesem Land voranzutreiben. Anscheinend haben Sie es nicht geschafft, von einer Kritik zu einer konstruktiven Kritik zu kommen. Das merkt der Wähler und die Wählerin natürlich, und deswegen ist es gut so, dass diejenigen regieren, die regieren, und die anderen in der Opposition sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Der Haushalt ist orientiert an einem Dreieck, das man als

das Nachhaltigkeitsdreieck bezeichnet. Er ist solide, und er ist ökologisch, sozial und wirtschaftlich ausgeglichen. Es ist reiner Zufall, dass nun in dieser Koalition die eine Partei mehr für die Wirtschaft steht, die andere mehr für die Ökologie und die dritte für Soziales. Insofern ist es eine ideale Konstellation, um alle Bereiche zu bedienen, die wichtig sind für die Zukunft.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! –  
Zuruf des Abg. Gerd Schreiner, CDU)

Deswegen glaube ich auch, dass diese Koalition eine gute Zukunft hat, weil sie genau die Bedürfnisse repräsentiert, die es in diesem Land gibt, und nicht die Angstmacher unterstützt, sondern die Hoffnungsmacher und die Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Was ist uns aber trotz dieser Konsolidierung noch wichtig? – Das müssen wir an dieser Stelle auch sagen. Ich glaube, es sind die Punkte, die schon angesprochen wurden, und ich werde natürlich – anders als die FDP, die sehr stark auf den Straßenbau setzt – in meiner Rede auf andere Dinge setzen.

Ich glaube, es eint uns alle, dass die Gerechtigkeit der Zusammenhalt dieser Gesellschaft ist. Deswegen glaube und weiß ich, dass die Investition in die Gerechtigkeit, in eine gerechte Zukunft und in die Chancengleichheit in Rheinland-Pfalz eine wichtige Investition ist.

Dazu gehört vor allem die Bildungsgerechtigkeit, und ich glaube, in diesem Land haben wir in der Bildungsgerechtigkeit unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Bildungsgerechtigkeit weiter ausgebaut, und wir halten daran fest, dass Bildung gebührenfrei ist und es die Eltern nichts kostet, ihre Kinder auf die Schulen zu schicken. Es ist für die Armen genauso wie für die Reichen möglich, und deswegen ist es gut, dass die gleichen Chancen vom ersten Tag an bestehen. Darauf setzen wir.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Zu dieser Bildungsgerechtigkeit gehört auch die gute Ausstattung der Kindertagesstätten. Sie haben gestern schon gehört, es gibt bestimmte Programme, beginnend beim guten Start ins Kinderleben. Es gibt auch Sozialprogramme, die bereits bei der Geburt eines Kindes starten, und es gibt Beratungen, und das unterstützen wir massiv. Wir versuchen also von vornherein, direkt bei der Geburt mitzuhelfen, dass diese Chancengleichheit vorhanden ist.

Wir wollen nicht alle gleichmachen, nein, wir wollen, dass jede und jeder die gleichen Chancen hat, und diese Chancen kann dann jede und jeder für sich nutzen. Das ist Gerechtigkeit. Gleichmachen wäre keine Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist, diese Chancen jedem zu geben und jedem gleich zu geben, den Armen genauso wie den Reichen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Zur Teilhabe an der Gesellschaft gehört natürlich auch

die Inklusion. Deswegen sind wir froh, dass insbesondere auch bei der Inklusion behinderter Menschen die Mittel aufwachsen. Wir müssen in diesem Bereich noch viel tun, aber die Teilhabe ist ein Recht. Sie ist kein Bonus, den wir verteilen, sie ist kein Almosen, das wir geben. Nein, es ist ein Grundrecht für alle, Teilhabe an dieser Gesellschaft zu erhalten, ein Grundrecht für Arme, für Behinderte, aber auch für diejenigen, die irgendwann einmal aus dem guten Leben herausgefallen sind. Es ist wichtig, dass sie wieder aufgefangen werden, und deswegen, glaube ich, ist es auch wichtig, dass wir nicht nur in der Inklusion und im Bildungssystem, sondern auch im Sozialsystem insgesamt diese Aufwüchse haben. Sie sind notwendig. Wir haben noch keine gerechte Gesellschaft, und deshalb müssen wir darum kämpfen, dass diese Gesellschaft gerechter wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Wir haben über die Schule bereits gehört, wir stellen neue Lehrerinnen und Lehrer ein. Wir haben viele Bildungsprogramme auch für die Flüchtlinge auf den Weg gebracht. So fällt beispielsweise gerade der Spracherwerb darunter. Dort haben wir sehr hohe Aufwüchse im zweistelligen Millionenbereich. Ich glaube, damit können wir uns durchaus auch im Vergleich der Länder zeigen, und ich glaube, damit können wir auch sagen, unsere Aufgabe im Bereich der Integration wird erfüllt, und zwar nicht nur im Bereich der Bildung, sondern auch in anderen Bereichen. Darauf komme ich später noch einmal zu sprechen. Sie wird erfüllt im Bereich der Bildung, im Bereich der Kitas und im Bereich der Hochschulen.

Vielen Dank dafür, dass wir diesen Spielraum haben, und vielen Dank auch an das Bildungsministerium, dass das geleistet wird. Ich glaube, deswegen ist die Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz besser als in anderen Ländern, weil wir dafür sorgen, dass von Anfang an alle mitmachen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Auch wenn die Hochschulbildung nicht das Einzige ist, das wir unterstützen, müssen wir dennoch betonen, dass wir für die Hochschulen viel Geld ausgeben. Wir tun dies auch, weil wir wollen, dass jeder die Chance hat, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wenn er oder sie ihn machen will oder machen kann.

Meine Damen und Herren, dies erfordert natürlich auch den Aufwuchs in unserem Haushalt, und zwar nicht nur bei den fest angestellten Lehrkräften, sondern auch bei den Hochschulbauten. Dafür haben wir einen sehr hohen Aufwuchs und eine sehr hohe Investition für die nächsten Jahre vorgesehen. Das ist notwendig, weil wir für die Studentinnen und Studenten gute Bedingungen schaffen müssen. Deswegen brauchen wir nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die entsprechenden Bauten.

Meine Damen und Herren, deswegen bin ich froh, dass es uns gelungen ist, in dieser Angelegenheit den Aufwuchs zu befördern und in der Hochschule Schwerpunkte für die Bildung von Menschen in Rheinland-Pfalz von der Kita bis zur Hochschule zu setzen, aber – das möchte ich an dieser Stelle noch hinzufügen, damit es nicht untergeht –



natürlich auch für diejenigen Menschen, die nicht auf die Hochschule gehen.

Wir schätzen beide gleich, Master und Meister. Es muss niemand studieren, um in dieser Gesellschaft eine vernünftige und gute Arbeit zu haben. Wir wollen, dass jeder seine Chancen hat und gerade diejenigen, die nicht unbedingt ins Studium drängen, eine gute Möglichkeit finden, und das wollen wir auch finanziell unterstützen. Bisher war das nicht gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meisterinnen- und Meisterschüler müssen sehr viel lernen, und sie müssen sehr viel tun und sich engagieren. Sie müssen neben ihrem Beruf noch die Schule besuchen, sie müssen lernen, sie müssen dafür bezahlen, und sie haben noch nicht einmal eine Garantie dafür, dass es am Schluss erfolgreich sein wird; denn die Durchfallquote ist in dem Bereich sehr hoch. Deswegen ist es richtig, dass wir Belohnungssysteme einführen. Wir führen zwei Belohnungssysteme ein: einerseits, um den Meisterabschluss zu erreichen, und andererseits, um Neugründungen zu unterstützen. – Das ist beides gleichermaßen wichtig. Es schafft Arbeitsplätze, es schafft neue Arbeitsplätze, es schafft innovative Arbeitsplätze.

Rheinland-Pfalz ist natürlich eine mittelständisch geprägte Gesellschaft, und es ist für den Mittelstand essenziell, dass wir neue Meisterinnen und Meister in neuen Berufen bekommen. Innovative Berufe müssen ergriffen werden und werden auch ergriffen. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt das. Das ist eine wunderbare Sache. Danke dafür!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir müssen natürlich auch für diejenigen Menschen, denen es von vornherein nicht so gut geht, sorgen. Das hatte ich schon angesprochen. Wir erhöhen die Mittel für die Schulsozialarbeit, um früh genug gegenzusteuern, damit niemand aus dieser Gesellschaft herausfällt, um früh genug klarzumachen, alle gehören zu dieser Gesellschaft, wir lassen niemanden zurück.

Daher werden die Mittel für die Schulsozialarbeit erhöht, aber es werden auch neue Mittel im Jugendministerium für ein Programm eingestellt, das benachteiligten Jugendlichen hilft, das aber auch Möglichkeiten schafft für Treffs, das Möglichkeiten schafft, Jugendpolitik und Jugendarbeit zu machen. Das halten wir für richtig und für wichtig.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat es von vornherein erwähnt: Jugendliche müssen eingebunden werden. Wir dürfen die Jugend nicht verlieren, und deswegen sind alle Investitionen, die im Jugendbereich getätigt werden, gute und sinnvolle Investitionen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle zum Thema Flüchtlinge kommen, weil es im Moment ein sehr umstrittenes Thema ist. Wir haben in Rheinland-Pfalz viele Menschen aufgenommen, und ich möchte mich gleich von vornherein ganz

herzlich bedanken. Ich weiß, dass aus allen Fraktionen, aus allen Parteien und aus allen Verbänden Menschen aktiv sind im Bereich der Flüchtlingshilfe, aber ich möchte auch denjenigen danken, die nicht in Verbänden organisiert sind. Es gab eine große Welle der Hilfsbereitschaft in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Darauf sind wir stolz. Diese Hilfsbereitschaft hält an, und dafür möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen an alle, die helfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Aber was tun wir denn im Flüchtlingsbereich? Wir müssen den Menschen zuerst einmal Schutz gewähren. Die Menschen sind nicht zu uns gekommen, weil es ihnen in ihrer Heimat nicht gefällt, sondern sie sind zu uns gekommen, weil sie Schutz brauchen, weil sie diesen Schutz, diese Sicherheit in ihrer Heimat nicht haben, meine Damen und Herren. Deswegen ist Schutzgewährleistung das Erste, was wir machen müssen.

Deswegen begrüßen wir auch, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine Differenzierung stattfindet, dass wir Menschen, die Schutz brauchen und eine besondere Schutzbedürftigkeit haben – beispielsweise Frauen und Kinder, Schwangere etc. –, einen besonderen Schutz geben. Das ist wichtig; denn sie leben relativ lange in den Aufnahmeeinrichtungen und in Sammelunterkünften und auch in den Kommunen vor Ort. Deswegen ist der Schutz gleich bei der Ankunft wichtig. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir die Menschen gleich bei ihrer Ankunft zu integrieren versuchen. Das Erste, was man braucht, um in Deutschland zurechtzukommen, ist – das ist doch klar – die deutsche Sprache. Es hat in diesem Hause immer jeder gefordert, dass man Sprache an den Anfang setzt, und das tun wir.

Deswegen erhöhen wir die Möglichkeiten des Sprachunterrichts auch für die Flüchtlinge, die noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen leben. Das ist wichtig, um sich hier zu orientieren, das ist wichtig, um Sicherheit in Deutschland zu geben, und es ist wichtig für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und für eine humanitäre Gesellschaft. Wir sind dazu verpflichtet, aber wir machen es auch gern. Deswegen bin ich froh, dass wir die Mittel erhöhen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Sie haben gehört, wir werden im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen massiv einsparen. Wir gehen im Moment davon aus, dass die Flüchtlingszahlen zurückgehen werden. Wir werden massiv einsparen im Bereich einer großen zweistelligen Millionensumme, die in den nächsten Jahren weniger für die Erstaufnahme ausgegeben wird.

Aber, meine Damen und Herren, Sie dürfen es nicht verwechseln, Integration hat mit der Erstaufnahme nicht direkt etwas zu tun. Die Menschen, die hier sind, werden nicht automatisch weniger, sondern es kommen immer noch neue dazu.

Deswegen ist es wichtig, die Integrationsprojekte für die Menschen, die in Deutschland sind, weiter zu fördern. Deswegen ist es wichtig, die Menschen zu betreuen, beispiels-

weise die traumatisierten Menschen durch psychosoziale Maßnahmen zu betreuen. Aber es ist auch wichtig, Sozialarbeit zu leisten, den Menschen Ansprechmöglichkeiten zu geben, um sich hier zu orientieren.

Sie haben es schon gehört und gelesen, viele der Flüchtlinge sind schon auf dem Arbeitsmarkt vorstellig. Viele wollen arbeiten gehen und entsprechend eine Lebensgrundlage für sich und ihre Familien schaffen. Das ist gut so, aber dazu brauchen sie auch diese Hilfen. Deswegen können wir jetzt nicht sagen, es gibt weniger Zuwanderung, daher kürzen wir einmal die Mittel. Nein, die Menschen, die da sind, müssen integriert werden. Das ist ein langer Weg, und auf diesem langen Weg befinden wir uns, und diesen Weg werden wir auch konsequent weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Nun fragen Sie sich: Wann kommen denn endlich noch die ökologischen Themen? – Die kommen auch.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich warte schon die ganze Zeit!)

– Ja, Sie warten schon die ganze Zeit. Das ist vor der Seite 33.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Grundlagen des Lebens sind für uns alle schützenswert.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD)

– Nein, das war es noch nicht, Herr Schweitzer, es kommt noch mehr.

Wir haben deswegen massiv in den Klimaschutz investiert und werden dies auch weiterhin tun. Alles in dieser Welt funktioniert nicht, wenn die Menschen dort, wo sie sind, nicht sinnvoll leben können, wenn ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden. Es besteht die Gefahr, dass durch die Klimaerwärmung in vielen Ländern dieser Erde das Leben nicht mehr lebenswert ist, man nicht mehr genug Nahrung hat, man nicht mehr dort leben kann, wo man lebt. Es wird Flüchtlingsbewegungen geben.

Es geht in diesem Kontext gar nicht so sehr darum, dass die Natur das nicht verträgt. Die Natur verträgt das, nur die Menschen werden es nicht vertragen. Deswegen müssen wir Klimaschutz betreiben, weil wir als Menschen auf diesem Planeten auskömmlich leben wollen. Deswegen ist Klimaschutz die Grundlage für das zukünftige Leben.

Selbst diejenigen, die Klimaerwärmungsleugner sind, sehen manchmal ein, dass es sinnvoll ist, in erneuerbare Energien zu investieren. Deswegen sind Klimaschutz und Investitionen in erneuerbare Energien zwei Seiten einer Medaille. Daher brauchen wir die vermehrten Investitionen – das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen – in die Energiewende in Rheinland-Pfalz, und wir freuen uns, dass es die entsprechenden Pläne dafür gibt.

Wir werden nicht nur im Bereich des Stroms in erneuerbare Energien investieren wie bisher. Wir werden nicht nur in die Windkraft investieren – das haben wir bisher als Land ohnehin nie getan; es sind Privatinvestoren –, sondern wir werden dabei helfen, auch bei der Wärmeerzeugung CO<sub>2</sub> einzusparen und damit Klimaschutz zu betreiben. Wir werden dafür 2 Millionen Euro pro Jahr mehr investieren, nämlich im Bereich der Beratung der Kommunen für Nahwärmenetze und im Bereich der Haushalte für die Umstellung von Einzelöfen, die klimaneutral sind. Deswegen glaube ich auch, das ist ein ganz konkreter Schritt in Rheinland-Pfalz, ein Angebot für jeden einzelnen Menschen, zum Klimaschutz beizutragen. Ich freue mich auf dieses Programm, das im Moment im Umweltministerium, im Energieministerium entwickelt wird. Vielen Dank dafür.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Die Energiewende schafft aber auch Arbeitsplätze bei uns. Sie schafft Arbeitsplätze im Handwerk. Jeder, der einen neuen Ofen braucht und einen neuen Ofen kauft, und jeder, der sein Haus isoliert, und jede, die ihr Haus isoliert, werden Aufträge geben, nicht irgendwo in der Welt, sondern ortsnah beim Handwerk in Rheinland-Pfalz. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese Programme haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Menschen in ihrem Wollen zum Klimaschutz unterstützen und wir sie beraten. Deswegen gibt es auch die Energieagentur.

Ich glaube, die Energieagentur macht ihren Job sehr gut. Sie akquiriert inzwischen viele Mittel von außerhalb, und sie kann diese Mittel auch gut einsetzen, nicht nur in der Beratung, sondern auch in der Förderung, in der Verteilung der Mittel. Ich glaube, man wird sehen, jeder hier im Raum wird sehen, dass die Energieagentur auf die Dauer einen Sinn gehabt hat, für die Verhinderung des Klimawandels zu stehen, für die erneuerbaren Energien zu stehen.

Wir haben in den letzten drei Jahren gesehen, dass sie sich aufbaut und gute Beratung macht. Wir werden das in den nächsten Jahren immer weiter sehen, weil wir gute Programme in der Energieagentur haben. Sie ist also nicht unnötig, sie ist auch keine Doppelberatung, sondern sie ist eine Beratung für Kommunen, für Firmen, und nicht so sehr, wie beispielsweise die Verbraucherzentrale, für den Endverbraucher. Daher ist sie auch notwendig, und wir werden daran festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Im Bereich Natur und Umwelt haben wir ein Programm, das „Aktion Grün“ heißt. Es heißt nicht „Aktion Grün“, weil die Umweltministerin eine Grüne ist, sondern es heißt „Aktion Grün“, weil wir in den Bereich der Natur investieren und weil wir im Naturschutz immer noch Nachholbedarf in Rheinland-Pfalz haben.

Es ist wichtig und richtig, dass wir Programme zum Tierschutz haben, für wild lebende Tiere beispielsweise, für den Bienenschutz, für den Luchsschutz – das sage ich hier noch einmal ausdrücklich – und für den Wolfsschutz. Wenn man das kritisiert und wenn man das für lächerlich hält, weil die Biodiversität die Grundlage unseres Lebens

ist, dann zeigt man seine profunde Unkenntnis, Frau Klöckner.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ich meine, das ist eine Frage der Schwerpunktsetzung!)

Sie haben hier wirklich bewiesen, dass Sie keine Ahnung vom Naturschutz haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir investieren auch weiter in den Nationalpark: 4 Millionen Euro pro Jahr. – Der Nationalpark ist ein Projekt, auf das wir sehr stolz sind. Dieser Nationalpark hat inzwischen viele Leute angelockt. Er bietet viele Möglichkeiten für Touristen. Er bietet viele Möglichkeiten, die Natur zu erleben. Er hat besondere Highlights. Er hat Moore, und er hat, glaube ich, für Rheinland-Pfalz etwas Einzigartiges, nämlich eine wunderbare Lage, eine wunderbare Natur. Wir werden dafür werben, dass immer mehr Menschen zu diesem Nationalpark fahren. Wir glauben, dass für die gesamte Region eine große Chance der touristischen Entwicklung im Nationalpark liegt. Deswegen halten wir daran fest.

Wenn man das so sieht, die CDU weiß auch nicht, ob sie für oder gegen den Nationalpark ist. Vor Ort sind alle für den Nationalpark, auch in der CDU. Das freut uns, weil die Leute vor Ort die wichtigen sind und nicht die, die weit weg sind. Deswegen freuen wir uns über die Unterstützung für den Nationalpark vor Ort und halten daran fest.

Ich weiß, dass Frau Höfken oft im Nationalpark ist. Nicht nur die Kette, die sie immer trägt, symbolisiert den Nationalpark. Nein, mit Herz und Seele ist der Aufbau des Nationalparks Sache dieser Landesregierung. Wir werden das weiter vorantreiben, weil Natur und die Kenntnis über die Natur wichtig sind und weil wir damit Tourismusförderung und Regionalförderung gemeinsam machen können. Das ist eine geniale Sache, aber gegen geniale Ideen der Landesregierung ist die CDU immer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das gilt nicht nur für den Nationalpark, sondern das gilt auch für das Biosphärenreservat, dass wir da unsere Unterstützung kundtun und natürlich auch finanziell kundtun. Wir werden das Biosphärenreservat in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband vor Ort weiterentwickeln. Das sind nicht nur – das muss ich an der Stelle immer wieder sagen – die Pfälzerwaldhütten, die leider vor Kurzem von irgendwelchen Einbrechern ziemlich malträtiert wurden,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und die Naturfreundehäuser!)

– die Naturfreundehäuser –, das ist nicht nur die Infrastruktur, sondern das sind auch die Möglichkeiten, im Biosphärenreservat erneuerbare Energien zu nutzen, Klimaschutz und andererseits Tierschutz zu betreiben.

Es ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen können dort auch Luchse leben und nicht woanders. Deswegen siedeln

wir sie da an. Deswegen ist es auch richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz ein solches Programm haben.

Ich glaube, wir werden mit dem Naturschutz erfolgreich sein, mit der Biodiversität in Rheinland-Pfalz und mit der Förderung Nationalpark/Biosphärenreservat. Auch die Naturparke gehören dazu. Wir lassen da nicht locker. Die Natur hat ihre Lobby in Rheinland-Pfalz mit den Grünen, aber auch mit der gesamten Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Erfolgreich im Haushalt, auch wenn das am Anfang sehr umstritten war, ist der Wassercent. Wir haben durch den Wassercent Einnahmen. Wir haben dadurch eine Einnahmemöglichkeit im zweistelligen Millionenbereich – etwa 25 Millionen Euro im Jahr –, die wir direkt der Förderung der Wasserqualität und dem Wasserschutz zukommen lassen können. Es ist wichtig in Rheinland-Pfalz, dass wir Einnahmen haben, die zweckgebunden sind, die direkt dafür ausgegeben werden und nicht irgendwo nur im allgemeinen Haushalt sind, sondern wir mit dem, dass jemand Wasser fördert und wir dafür Geld bekommen, auch die Ressource Wasser schützen.

Die Ressource Wasser ist nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine der umstrittensten Ressourcen, eine der umkämpftesten Ressourcen. Deswegen ist es wichtig, dass eben nicht Phosphate, Nitrate und Gifte im Wasser sind, sondern wir alle, wie wir hier sitzen, weiterhin sauberes Wasser in Rheinland-Pfalz trinken können, dieses saubere Wasser auch in der Landwirtschaft in Maßen eingesetzt werden kann, wir dann die entsprechenden Produkte davon haben und wir eine Lebensqualität haben, die höher ist als in anderen Ländern, weil wir in Rheinland-Pfalz sauberes Wasser haben, weil wir in Rheinland-Pfalz genügend Wasser haben. Dafür sind die Einnahmen wichtig, aber auch die Ausgaben zum Schutzzweck Wasser. Wir sind stolz darauf, dass wir das in Rheinland-Pfalz umsetzen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn wir schon beim guten Leben und beim Wasser sind, gehört natürlich die Ernährung insgesamt zum guten Leben.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Wein!)

Für das, was unsere Lebensgrundlagen erhält, sind die Möglichkeiten der guten Ernährung und vor allem der gesunden Ernährung wichtiger als früher. Man sieht, dass es immer mehr ernährungsbedingte Krankheiten gibt und wir deswegen gegen diese ernährungsbedingten Krankheiten, gegen Fehlerernährung, gegen einseitige Ernährung angehen müssen. Da haben wir im Umweltministerium gute Programme.

Da haben wir gute Programme, um in den KITAS, aber auch bei den Erwachsenen dafür zu werben, wie ich mich richtig ernähre. Es ist traurig genug, dass man das heutzutage den Leuten beibringen muss, aber es ist nun einmal so.

Deswegen haben wir Unterstützungen „Wie lerne ich richtig kochen?“, „Wie lerne ich richtig einkaufen?“, „Wie kann ich mich gesund ernähren?“ und „Wie kann ich Krankheiten vermeiden?“.

Wenn ich Krankheiten vermeide, dann vermeide ich auch Kosten in diesem Gesundheitssystem. Das rechnet sich allemal. Jeder Cent, den wir da einsetzen, rechnet sich um ein Zigfaches hinten bei der Vermeidung der Kosten. Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg, wenn wir für die Ernährungspolitik bei der Verbraucherschutzzentrale, aber auch im Ministerium direkt mehr werben. Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg, wenn wir bei der Ernährung, bei den Investitionen und für die Aufklärung über die Ernährung die Summen erhöhen.

Wir wollen 200.000 Euro pro Jahr mehr investieren, um den Leuten klarzumachen, wie die regionale Vermarktung geht. Regionale Vermarktung ist eine Sache, die der regionalen Landwirtschaft, der regionalen Wirtschaft guttut, die aber auch uns und der Umwelt guttut, weil wir dann nicht mehr so viele Straßen brauchen, weil die Sachen regional direkt beim Endverbraucher ankommen. Das sind gute Investitionen. Daran werden wir festhalten. Wir werden das auch weiter ausbauen, genauso wie andere Investitionen im Verbraucherschutz.

Der Verbraucherschutz ist für das gute Leben ganz dringend notwendig. Egal, ob wir im digitalen Bereich Menschen haben, die nicht mehr wissen, welche Verträge sie unterschreiben, die nicht mehr wissen – mir geht es manchmal auch so –, wie sie mit dem Handy zurechtkommen und was welche App bedeutet, und die auch nicht wissen, wie sie bei den Versicherungen durch diesen Dschungel kommen. Da muss ich sagen, die eine oder andere Beratung tut mir da auch immer gut.

(Zuruf aus dem Hause: Das hilft!)

– Genau, das hilft, sich richtig zu entscheiden.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir bei der Verbraucherberatung nicht kürzen, sondern bei der Verbraucherberatung die Möglichkeit schaffen, diese Beratung weiter voranzutreiben. Wir werden uns in den Fraktionen natürlich auch darüber unterhalten, wie wir das noch weiter fördern können.

Meine Damen und Herren, das gute Leben ist in Rheinland-Pfalz möglich. Hier haben wir Potenzial, meine Damen und Herren von der CDU. Dieses Potenzial nutzen wir aber. Wir nutzen es gut. Das gute Leben in Rheinland-Pfalz, glaube ich, führt auch dazu, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz zufrieden sind. Das ist eine gute Voraussetzung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Den Bereich des Lärmschutzes möchte ich nur ganz kurz streifen. Wir haben ganz viele Probleme im Bereich des Lärms. Nicht nur diejenigen, die an Autobahnen wohnen, wissen das. In Mainz weiß das man das aber besonders, weil hier morgens um sechs Uhr die Flieger über Mainz fliegen.

(Zuruf aus dem Hause: Um fünf Uhr!)

– Um fünf Uhr auch schon. Stimmt.

Diejenigen, die heute oder in der letzten Woche aufgewacht sind, wissen das. Entschuldigung, wenn um fünf Uhr der erste Flieger über die Stadt fliegt, dann weiß man, man braucht keinen Wecker zu stellen, das war die Fraport.

Wir hatten ursprünglich gedacht, der Ausbau des Flughafens ist nur deswegen notwendig, weil man im normalen internationalen Luftverkehr diese Kapazitäten braucht. Wir haben jetzt gesehen, dass neue Linien, Billigflieger angeworben werden. Die Enttäuschung darüber ist in der Bevölkerung sehr hoch.

Ich will an der Stelle noch einmal klar sagen: Es ist natürlich nötig, dass das eine oder andere Flugzeug fliegt. Es ist aber nicht nötig, dass in einem Ballungsgebiet, wie in Mainz oder Wiesbaden, immer mehr Flugzeuge in immer höherer Dichte fliegen und noch nicht einmal darüber nachgedacht wird, wie man ein Lärmreduzierungskonzept ordentlich umsetzen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir uns auch darum kümmern, weil auch das eine Sache der Gesundheit ist. Herz-Kreislauf-Erkrankungen kommen von der Verlärmung, und wir wissen, dass die Bevölkerung und die Menschen, die hier leben, viel darunter leiden, dass es diesen Lärm gibt. Deswegen setzen wir uns als Grüne nach wie vor dafür ein, dass es eine Lärmreduzierung gibt. Das werden wir auch weiter konsequent tun, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Im Bereich der Wirtschaft haben wir – ich will das nicht zu lange ausbauen – natürlich vonseiten der Grünen ein klares Bekenntnis zur Industrie. Wir haben Unfälle bei der BASF gehabt. Ich hoffe, wir haben in Zukunft mehr Sicherheit in der Chemischen Industrie. Wir hatten hier eine Anhörung. Diese Anhörung war, glaube ich, qualitativ wirklich sehr gut. Ich habe auch viel mit den Managern bei der BASF gesprochen. Ich glaube, man ist auf dem richtigen Weg, Verbesserungen zu erreichen. Man kennt seine Verantwortung. Man will diesen Standort, der in Ludwigshafen ist, aber natürlich auch andere Standorte, nicht gefährden und will deswegen die Sicherheit erhöhen.

Wir von den Grünen sagen auch, es ist gut, dass Deutschland ein Industrieland ist und nicht wie Großbritannien ohne Industrie auskommen muss. Man sieht, die konjunkturellen Schwankungen und die Schwankungen im Haushalt sind ganz anders, wenn man keine Industrie vor Ort hat. Wir produzieren lieber hier sauber und sozial gerecht, als dass anderswo produziert und hierher importiert wird. Ich glaube, das ist eine vernünftige Lösung, zu der wir stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Das Handwerk habe ich schon erwähnt. Es hat goldenen

Boden. Ich hoffe, dass es auch in Zukunft goldenen Boden in Rheinland-Pfalz hat. Wir tun alles dafür, dass es so bleibt. Wir werden die Handwerksmeister unterstützen. Wir werden aber auch das Handwerk weiter beraten. Ich glaube, in Rheinland-Pfalz ist es so, dass das Handwerk gut mit der Landesregierung kann, das Handwerk gut beraten ist, es eine gute Atmosphäre zwischen den Vertreterinnen und Vertretern des Handwerks und der Landesregierung gibt und wir das Handwerk als Mittelstand natürlich brauchen.

Egal, ob drei Leute oder 300 Leute in einem handwerklichen Betrieb arbeiten, wir brauchen das Handwerk. Wir stehen dazu. Wir wollen das Handwerk weiter unterstützen, weil das Handwerk auch für die ökologische Wende sehr viel zu bieten hat, für das gute Leben im ökologischen Bereich, aber eben auch im Hausbereich, im Bereich der Güter, die wir alle täglich brauchen. Deswegen brauchen wir das Handwerk in Rheinland-Pfalz.

Wir haben auch im Tourismus Zuwachs. Auch das ist ein Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz, den wir weiter fördern wollen. Sanfter Tourismus ist eine Sache, die wir in Rheinland-Pfalz gut können. Wir haben gute, attraktive Gebiete. Deswegen kommen viele Menschen zu uns, nicht nur auf der Durchreise von Holland nach Italien, nein, die Leute bleiben hier, weil es ihnen hier gut gefällt.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Aus Rheinhessen!)

Weil es schön ist, heißt es hier. Genau, weil es bei uns schöner ist als woanders. Deswegen bleiben viele hier. Sie kommen auch aus vielen anderen Bundesländern. Wir haben natürlich den Weinbau, eine Sache, die so niemand hat wie wir.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Deswegen können wir auch im Tourismus und mit der Qualität des Weinbaus gewinnen. In Deutschland sind wir, glaube ich, wirklich vorne. Diesen Spitzenplatz wollen wir verteidigen. Wir wollen da weitergehen: Landwirtschaft und Weinbau, eine Grundlage dieses Landes.

Wir wollen uns auch nicht verstecken, sondern sind stolz darauf, dass wir eine Landwirtschaft haben, die immer mehr auch ökologisch orientiert ist. Wir halten an dem 20 %-Ziel für die ökologische Landwirtschaft fest. Beim Weinbau ist es in der Tat schon viel mehr. Deswegen ist grüne Politik eine klare Unterstützung – – –

(Abg. Christine Schneider, CDU: Mehr als 20 %? Das stimmt aber nicht!)

– Doch nicht deklariert, sondern die Menschen verzichten auf Spritzmittel. Es sind nicht alles ökologische Winzer, aber sie produzieren ökologisch.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das macht mein Bruder auch! Darauf legt er auch Wert!)

– Frau Klöckner, Sie wissen es doch als Weinbotschafterin oder so. Das waren Sie doch einmal.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Ja, aber Sie waren doch auch einmal Königin, was Sie jetzt nicht mehr als Begriff haben wollten. Deswegen dachte ich, Botschafterin war der richtige Begriff.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Ich glaube, dass wir dafür in Rheinland-Pfalz eine Grundlage haben, nämlich im Bereich des Weins und der Landwirtschaft. In diesem Bereich können wir auch auf den Tourismus setzen und alles gemeinsam als Vorteil sehen. Wir als Grüne unterstützen die Landwirtschaft.

(Zurufe der Abg. Julia Klöckner und Christine Schneider, CDU)

Wir als Grüne unterstützen den Weinbau, nicht nur durch Konsum,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern auch dadurch, dass wir insgesamt Mittel für den Steillagenweinbau und den ökologischen Weinbau zur Verfügung stellen. Das gibt dem Weinbau und der Landwirtschaft eine Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei der SPD)

Jetzt muss ich Sie einmal fragen, irgendjemand hat meine Zeit weggedrückt.

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Sie haben noch vier Minuten.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ich habe noch vier Minuten? Das ist ein bisschen wenig. Danke schön.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Da steht, 16 hätte ich erst hinter mir. Schade.

Wir kommen zur Infrastruktur: Straßen und Schienen. Wir wollen natürlich, dass es in Rheinland-Pfalz mehr Schienen gibt. Wir wollen die Gewichtung zwischen Straßen und Schienen auf die Schiene legen. Wir wollen mehr Radwege in Rheinland-Pfalz, und nicht nur den Straßenausbau. Wir wollen den Straßenerhalt. Es ist wichtig, dass die Straßen in diesem Land erhalten werden.

Infrastruktur ist aber nicht nur Straßenbau, Schiene und Radwege. Infrastruktur ist vor allem der Netzausbau der Breitbandnetze.

Wir geben dafür viel Geld in Rheinland-Pfalz aus, damit wir alle in Rheinland-Pfalz an die Netze anbinden können. Diese Netze sind künftig wichtig für den ländlichen Raum. Wer kein Netz, kein Internet im ländlichen Raum hat, wird dort nicht mehr wohnen wollen. Deswegen geben wir so viel Geld dafür aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und FDP)

Für die Struktur ist es auch wichtig, dass wir günstigen Wohnraum schaffen und den ländlichen Raum weiter unterstützen. Das sehen Sie im Haushalt. Das werden wir tun. Ich glaube, man kann sich mit dem Wohnbauprogramm, das wir in Rheinland-Pfalz haben, zeigen. Diese 20.000 Wohnungen werden helfen. Sie werden vor Ort helfen, und sie werden den Menschen helfen, die Wohnraum brauchen.

Die Innere Sicherheit, die Polizei, ist schon oft diskutiert worden. Wir tragen es natürlich mit, dass es bei der Polizei einen Aufwuchs gibt. Wir brauchen das. Wir tragen vor allem mit, dass es Extremismusprävention und Gewaltprävention gibt und, falls diese Präventionen, beispielsweise bei Gewalt in nahen sozialen Beziehungen, nicht greifen, es dann die Möglichkeiten der Sicherheit gibt, beispielsweise durch einen Aufwuchs bei den Frauenhäusern. Wir haben dort in der Zukunft 360.000 Euro mehr vorgesehen. Ich glaube, das reicht vielleicht noch nicht einmal. Wir müssen die Frauen schützen, die Gewalt ausgesetzt sind, und das können wir auch tun.

Meine Damen und Herren, wir sind allen verpflichtet, die das Ehrenamt ausführen. Wir danken denen, die im kulturellen Bereich aktiv sind. Wir danken allen, die eine offene Gesellschaft verteidigen, die die Freiheit gegen die Feinde der Freiheit verteidigen. Das ist wichtig in diesem Parlament. Das ist wichtig in der Demokratie. Dass die Freiheit verteidigt wird, ist unsere Grundlage. Diese Freiheit lassen wir uns nicht nehmen, von keinem und niemandem, und wir lassen diese Freiheit, auch die kulturelle Freiheit, nicht von irgendwelchen selbst ernannten Kulturwächern von der AfD kontrollieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zurufe der Abg. Joachim Paul und Michael  
Frisch, AfD)

Am Schluss noch ein Wort zum CDU-Parteitag und zum Beschluss der CDU zum Doppelpass: Es ist sehr schade, das will ich an dieser Stelle sagen, dass die CDU sich wieder zurückwendet in eine Politik der Spaltung derjenigen,

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Eine Rechtslage  
von 2000 bis 2014, Herr Kollege! –  
Abg. Julia Klöckner, CDU: Unter Rot-Grün!)

die zu uns gekommen sind.

(Zurufe von der AfD und der SPD)

Integration heißt, sich nicht entscheiden müssen für ein Heimatland. Integration heißt, für beide Heimatländer da zu sein. Integrationsmöglichkeiten – – –

(Zurufe von der AfD)

– Ja, Herr Paul, es ist schon gut. Ich rede mit der CDU und nicht mit Ihnen. Bei Ihnen ist es sowieso sinnlos.

(Zurufe von der AfD)

Integration heißt, die Möglichkeit zu schaffen, dass man sich in dieser Gesellschaft wohlfühlen kann und schnell ankommt. Das ist auch eine Frage der Toleranz.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Die Toleranz verteidigen wir, und die Freiheit verteidigen wir. Die CDU scheint auf einem schwierigen Kurs zu sein. Das beobachten wir mit großer Sorge.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Völlig  
richtig!)

Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Integration, der Freiheit, der Ökologie, der Gerechtigkeit und des wirtschaftlich nachhaltigen Wirtschaftens.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht  
es aus!)

Das ist ein guter Haushalt. Dafür sind wir.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Sängern und Sänger der Chorgemeinschaft des Männergesangsvereins – das sind wohl nur Männer – „Sängerlust“ Allendorf und Sängern und Sänger der Chorgemeinschaft CGV Katzenelnbogen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag! Schön, dass Sie hier sind.

(Beifall im Hause)

Außerdem freuen wir uns sehr über den Besuch der Mitglieder des FDP-Kreisverbands Kaiserslautern. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Als Nächstes darf ich Frau Ministerpräsidentin Dreyer das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

#### **Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Vielen Dank. Herr Präsident, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, liebe Abgeordnete! Rheinland-Pfalz ist ein familienfreundliches, ein wirtschafts- und umweltfreundliches, ja ein menschenfreundliches, ein soziales Bundesland.

Wer die vergangenen Stunden der Debatte mitverfolgt hat, sieht ganz klar: Es ist gut und wichtig, dass diese Koalition, die Ampelkoalition, unser Land regiert, und nicht eine der Oppositionsparteien.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus!)

Wir arbeiten jeden Tag dafür, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Wir arbeiten daran, dass unser Land weltoffen bleibt und wir gut vorsorgen. Wir arbeiten daran, dass unser Land jung und dynamisch bleibt und wir weiter investieren. Wir arbeiten daran, dass unsere Gesellschaft

zusammenhält. Wir wollen, dass es uns in Zukunft noch besser geht.

Wir sehen aber auch, was in unserem Land schon gut läuft. Liebe, sehr verehrte Frau Klöckner, wir sind das Land der Möglichkeiten. Genau das findet sich in diesem Haushalt wieder. Wir sind das Land der Möglichkeiten für die Mitte, aber nicht nur für die Mitte, sondern für alle Bürger und Bürgerinnen. Das ist unsere Devise. So arbeiten wir in diesem Land.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb investieren wir. Wir investieren in die Köpfe unserer Kinder, unserer jungen Menschen, in Kita, Schule, berufliche und akademische Bildung.

Wir investieren in Infrastruktur. Wir investieren in Mobilität und Internet. Wir investieren in die Wirtschaft. Wir investieren in den ökologischen Fortschritt. Wir investieren in die soziale Infrastruktur, egal, ob es Krankenhäuser, Pflege oder andere Themen sind.

(Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Wir haben die Investitionen deutlich gesteigert. Das kann man in unserem Haushalt auch sehr schön ablesen. Das ist nicht irgendwie dahingesagt. In den Haushaltsstellen unseres Haushalts können Sie das ablesen und nachvollziehen.

Wir sparen kontinuierlich. Das ist der Kurs dieser Landesregierung und der Koalition, die uns trägt: auf der einen Seite das Versprechen – und natürlich die Verfassung – einzuhalten, dass wir die Schuldenbremse einhalten werden, aber auf der anderen Seite auch in unserem Land deutlich zu machen, wir wollen etwas, wir wollen noch mehr. Wir wollen, dass sich die Bürger und Bürgerinnen weiterentwickeln können und die Rahmenbedingungen noch besser werden.

Deshalb investieren wir mit diesem Haushalt. Das sind gute Zeichen, gute Vorzeichen für ein gutes Regierungshandeln in den nächsten zwei Jahren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierung und auch die regierungstragende Koalition stehen für ein offenes, plurales und freies Land. Deshalb schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich die Menschen in unserem Land gut entwickeln und Chancen ergreifen können, und zwar alle, egal, woher sie kommen, egal, welche Bedingungen sie zu Hause haben. Wir wollen, dass alle in unserem Land Chancen haben und Chancen ergreifen können.

Natürlich wollen wir, dass unser Land wirtschaftlich gedeiht. Wir wollen, dass wir ökologisch umsichtig handeln, was wir tun, weil wir auch das als Generationengerechtigkeit empfinden.

Herr Junge, dazu gehört auch, dass wir den Rahmen dafür schaffen, dass junge Menschen sich im Zusammenhang mit Demokratie und Demokratiebildung engagieren kön-

nen.

Ich bin als Ministerpräsidentin sehr froh, dass wir eine Vielzahl unterschiedlichster Jugendverbände haben, die sich wirklich Gedanken über unsere Demokratie machen, sich in unserer Gesellschaft einbringen, konstruktiv sind und mitsprechen. Wir wollen doch, dass sich junge Menschen stärker engagieren.

Herr Junge, Sie haben eigentlich immer nur eines im Kopf, nämlich Ihr Weltbild, das Sie hier vertreten.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Sie nicht?)

Sie haben alles, was die politische Bildung, die Demokratiebildung betrifft, alles, was eine Unterstützung dafür bildet, dass junge Menschen sich engagieren können, auf Ihrer Streichliste.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Herr Junge, das ist nicht unsere Politik.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben in einem pluralen Land. Mir ist es wichtig, dass es politische Bildung, Demokratieerziehung und kulturelle Aufklärung gibt.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Mir auch! –  
Zurufe von der AfD)

Das alles macht eine lebendige Demokratie aus. Das alles macht auch Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aus. Bei uns gilt Meinungsfreiheit, Vielfalt, Pressefreiheit, Kunstfreiheit und Glaubensfreiheit.

(Zurufe von der AfD)

Wir wollen, dass sich junge Menschen genau auf dieser Grundlage in unserem Land engagieren können. Bernhard Braun hat alles dazu gesagt. Die Falken, die eine Jugendorganisation sind, die der Sozialdemokratie nahesteht, als linksradikal einzustufen, sagt eigentlich alles.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Sie sagen Nein zu  
Deutschland!)

Wir wollen, dass sich die Jugendverbände auch weiterhin für die Demokratie engagieren. Das ist unser Deutschland. Das ist unser Rheinland-Pfalz. Das wollen wir auch in Zukunft gewährleistet haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, es ist sehr viel zum Thema Bildung gesagt worden. Deshalb will ich nur noch wenige Sätze dazu sagen.

Natürlich ist Bildung das Fundament schlechthin: für persönliche Freiheit, Entwicklungschancen, soziale Gerechtigkeit, aber auch für gesellschaftlichen Fortschritt.

Dafür braucht es die Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Leistungsstärke. Das sind die Markenzeichen un-

serer Bildungspolitik.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Für Bildung ist die SPD bekannt! –

Abg. Martin Haller, SPD: Nicht bei jedem, aber bei den meisten!)

So wird es auch in Zukunft sein. Bildung ist weiterhin oberste Priorität dieser Landesregierung. Alle Kinder sollen die für sie beste Bildung erhalten. Das ist auch der Grund, warum wir mehr als ein Viertel des gesamten Landeshaushalts in Bildung investieren.

Wir halten natürlich unsere Wahlversprechen. Ich meine, im Ohr zu haben, dass angeblich der eine oder die andere Abgeordnete schon ein bisschen zurückrudern müsste, beispielsweise bei der Vorstellung der Unterrichtsversorgung.

Ich habe irgendwo gelesen, dass es immer das Gleiche mit der SPD wäre: vor der Wahl etwas versprechen und danach nicht halten. – Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben eine sehr gute Unterrichtsversorgung in unserem Land.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Super!)

Wir sind stolz darauf, dass wir das wieder geschafft haben.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, wir haben in unserem Koalitionsvertrag das Ziel festgelegt, dass wir zu 100 % kommen wollen. Wir sind auf dem allerbesten Weg. Wir haben das gehalten, was wir versprochen haben. Wir werden auch in den nächsten Monaten und Jahren daran arbeiten, dass die Unterrichtsversorgung noch besser werden wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten auch an anderen Stellen unsere Wahlversprechen. Der Vertretungspool wird zum 1. Februar 2017 auf 1.000 Stellen aufgestockt. Das ist das Versprechen, das wir gegeben haben, weil auch wir es nicht gut finden, dass so viele junge Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen sind. Deshalb war der Vertretungspool für uns ein wichtiges Thema.

Heute können wir mit diesem Haushalt sagen, dass zum 1. Februar 2017 die 1.000 Stellen geschaffen werden und junge Menschen, auch wenn sie Vertretung machen, feste Beamtenstellen haben. Damit ist sichergestellt, dass sie ein Anstellungsverhältnis wie fast alle Lehrer und Lehrerinnen in unserem Land haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich stimmt es, dass der Pflichtunterricht Vorrang hat. Aber das heißt doch nicht, dass wir nicht fördern. Das Gegenteil ist der Fall. In Rheinland-Pfalz ist es doch gerade so, dass uns viele Studien immer wieder belegt haben, dass die zusätzliche Förderung in unserem Land hervorragend funktioniert. Es ist mit ein Grund dafür, dass wir in Deutschland Spitzenreiter in der Frage sind, was die soziale Integration der Schüler und Schülerinnen in unseren Schulen betrifft.

Deshalb ist für uns völlig klar, dass natürlich der Pflichtunterricht sichergestellt wird, aber das Fördern auch in Zukunft ganz groß auf unserer Agenda stehen wird. Wir wollen, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen haben, sie gefördert werden nach ihren Talenten und ihren Möglichkeiten und wir ihnen helfen, wirklich die Hürden zu nehmen, die sie nehmen müssen. Das ist rheinland-pfälzische Bildungspolitik, und da sind wir stark. Das wird diese Koalition auch in Zukunft genauso machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt sei auch noch erwähnt. Ja, wir haben das Geld im Haushaltstitel für die Ferienbetreuung in diesem Haushalt verdreifacht. Wir wollen damit die Konzeption entwickeln, dass die Betreuungsgarantie, die wir in den Wahlen zugesagt haben, erfüllt wird. Genau auf diesem Weg sind wir.

(Zuruf der Abg. Anke Beilstein, CDU)

Der Haushalt ist die Grundlage dafür, aus der deutlich wird, dass wir diesen Weg gemeinsam beschreiten. Wir finden es richtig, dass Mütter und Väter in unserem Land in Zukunft wissen: Wenn ihre Kinder in die Sommerferien gehen, haben wir Betreuungsangebote haben, bei denen sie nicht lange auf der Warteliste stehen.

(Zuruf der Abg. Anke Beilstein, CDU)

Diesen Weg werden wir jetzt mit großer Empathie und großer Kraftanstrengung gehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, es ist auch viel zum Thema Hochschulen gesagt worden. Deshalb ist es wichtig, dass ich noch drei Sätze ergänze.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Für unsere Hochschulen sind im Haushaltsentwurf rund 1,05 Milliarden Euro jährlich veranschlagt. Eine Reihe von Programmen, die bislang aus dem Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ finanziert werden, wird ab 2017 aus dem Haushalt heraus gezahlt. Damit sichern wir doch gerade die Grundfinanzierung der Hochschulen ab und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Fortführung unseres erfolgreichen bisherigen Kurses in der Wissenschaftspolitik mit guten Studienplätzen, guten Forschungsbedingungen und guten Arbeitsmöglichkeiten fortgesetzt wird.

Sehr verehrte liebe Frau Klöckner, Ihre Ausführungen sind ein gutes Beispiel dafür, wie Sie manchmal durch das Land gehen. Wenn Sie heute an den Hochschulen sind – und ich bin oft an den Hochschulen, weil es mir Freude macht zu sehen, was dort die Wissenschaftler und die Wissenschaftlerinnen und die Teams wirklich vollbringen –, dann spürt man doch, dass sich unsere Wissenschaftslandschaft in den letzten Jahren so positiv entwickelt hat wie lange nicht mehr.



Es ist unser Ansinnen, dass wir die Finanzierung für die Hochschulen entsprechend sicherstellen, die Grundfinanzierung im Haushalt haben. Das ist, was wir im Haushalt machen: Den Hochschulen zu garantieren, sie haben eine auskömmliche Finanzierung auch in Zukunft jenseits vom Sondervermögen im Haushalt abgesichert, und damit werden wir die erfolgreiche Hochschulpolitik auch in Zukunft voranbringen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind das Land der Möglichkeiten, und deshalb schaffen wir eine gute soziale Infrastruktur auch für die Zukunft. Wir wollen, dass alle Bürger und Bürgerinnen wissen, dass sie auch sozial abgesichert sind in unserem Land. Auch wenn sie krank werden, auch wenn sie alt werden, dann dürfen sie wissen und darauf vertrauen, dass wir in Rheinland-Pfalz dafür sorgen, dass die Infrastruktur funktioniert.

Beispiele sind die Krankenhäuser, die wir jetzt zusätzlich finanzieren, weil wir wissen, dass wir die kleinen Krankenhäuser stärker umbauen müssen. Und diesen Weg wollen wir auch finanziell begleiten, dass auch in Zukunft in ländlichen Regionen eine gute Gesundheitsversorgung gewährleistet ist. Dazu zählt die Gemeindeschwester plus. Es ist alles schon angesprochen worden. Dazu zählt aber auch, dass wir Programme für die Hausärzte, für die ärztliche Versorgung haben.

Ich möchte hier noch einmal deutlich sagen: Keiner von uns würde jemals sagen, es ist heutzutage leicht, die Versorgung sicherzustellen; denn wir haben im ärztlichen Bereich dieselbe Herausforderung zu stemmen wie in anderen beruflichen Bereichen auch, dass nämlich allmählich der demografische Knick dafür sorgt, dass der Nachwuchs geringer ist als die Menschen, die zur Zeit in diesen Berufen in Arbeit sind. Dennoch, im Jahr 2007 haben wir damit begonnen, den ersten Masterplan zur hausärztlichen Versorgung gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung auf den Weg zu bringen. Wir waren damals das erste Bundesland, und unsere Sozialministerin und Gesundheitsministerin geht diesen Pfad heute mit großer Verve gemeinsam mit der KV nach vorne.

Wenn Sie heute Förderprogramme anmahnen, dann finde ich das nicht ganz fair. Niederlassungsförderung findet bei uns in einer Größenordnung von 15.000 Euro statt, und dazu kommen 60.000 Euro der KV. Wenn man einen Rückblick nimmt und sieht, wie viel davon in den Jahren 2011 bis 2015 in Anspruch genommen wurde, dann spürt man auch, dass dieses Instrument wirkt.

Ich will hier nicht so kleinteilig werden, aber ich will einfach noch einmal deutlich machen, die Versorgung der Bevölkerung, egal ob krank oder einfach nur alt und damit vielleicht auch in manchen Dingen unterstützungsbedürftig, ist von jeher ein großes Anliegen dieser Landesregierung. Es wird auch in Zukunft ein großer Schwerpunkt sein, gerade die ländlichen Regionen entsprechend zu versorgen. Bürger und Bürgerinnen dürfen sicher sein, dass sie, egal, wo sie in unserem Land leben, die Versorgung erhalten, die sie brauchen, um gut leben zu können.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Punkt ist noch gar nicht angesprochen worden. Deshalb spreche ich ihn heute an. Das ist das Schwerpunktthema Arbeitsmarktpolitik. Mir ist es wichtig, wenn ich sage, wir sorgen für alle Bürger und Bürgerinnen im Land. Ich erinnere auch daran, dass wir zwar eine sehr, sehr niedrige Arbeitslosenquote haben, aber wir immer noch Menschen haben, die langzeitarbeitslos sind. Sie sind in unserer Politik nicht vergessen. Auch dafür sorgen wir, dass wir Programme für diese Menschen haben. Ich nenne die Westpfalz-Initiative, weil sie eine besondere Initiative ist, weil sie Rücksicht nimmt auf die Familien, aus denen die arbeitslosen jungen Menschen kommen, weil sie alle einbindet und weil es seit dem Start der Westpfalz-Initiative schon gelungen ist, 82 Familien bei einer Reduzierung der Hilfebedürftigkeit zu unterstützen.

Ich finde, das ist ein Erfolg. Daran werden wir weiter arbeiten, wissend, dass wir gerade in diesen Regionen nach wie vor mit großen Problemen zu tun haben, was das Thema Langzeitarbeitslosigkeit betrifft. Deshalb wird auch in Zukunft im Arbeitsministerium das Thema Landzeitarbeitslose eine große Rolle spielen. Wir wollen, dass auch diese Menschen eine gute Zukunft in unserem Land haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Politik für alle, das bedeutet auch, dass wir Wohnungen bauen, die öffentlich gefördert werden, weil wir wollen, dass gerade dort, wo Wohnraum teuer geworden ist, in den sogenannten Schwarmstädten – das ist eigentlich ein Kompliment an unser Land, dass wir auch Städte und Regionen haben, wohin zurzeit viele Menschen ziehen – Menschen, die schon immer in diesen Städten wohnen, auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre Wohnungen bezahlen zu können. Deshalb bauen wir mehr Wohnungen im sozial geförderten Bereich. Gut 20.000 haben wir uns in dieser Legislaturperiode vorgenommen.

Wir haben es einem großen Bündnis für Wohnen zu verdanken, dass wir in den Städten Schritt für Schritt nach vorne kommen.

Ich will deutlich sagen, dass auch dieser Haushalt diese Politik unterstützt, dass klar ist, dass Menschen dort wohnen können, wo sie wohnen wollen. Gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern in diesem Bereich, den Investoren, werden wir dafür sorgen, dass es auch in Zukunft noch bezahlbaren Wohnraum in unserem Land gibt.

Ich glaube, das ist ein Punkt, über den sich viele Bürger und Bürgerinnen echte Gedanken machen, und deshalb ist es ein wichtiges Signal auch von diesem Haushalt: Wir sorgen für mehr sozial und öffentlich geförderten Wohnraum in unserem Land.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Infrastruktur ist schon sehr viel gesagt worden, aber es ist ein wichtiger Schwerpunkt in unserem Haushalt. Wir investieren mehr in Mobilität, wir investieren mehr in unsere Straßen, 121 Millionen Euro im Jahr. Das brauche ich

jetzt nicht noch einmal darzulegen.

Aber mir ist wichtig, noch einmal deutlich zu machen, wir können schlecht Straßen bauen, wenn wir sie nicht planen, und deshalb ist es für uns auch vollkommen klar, dass in diesen 120 Millionen Euro nicht nur der Straßenbau, sondern auch die Planer enthalten sind. Das ist mit ein Grund, warum wir in diesem Haushalt 56 Ingenieurstellen zusätzlich schaffen werden, damit mehr geplant, intensiver geplant werden kann und wir schneller umsetzen können.

Ich habe es nicht ganz verstanden, als ich gehört habe, dass Ingenieure jetzt auch schon Telefondienst machen.

Herr Wissing hat mir erklärt, dass wir uns eigentlich nicht vorstellen können, dass das in unserem Landesbetrieb so ist. Im Gegenteil, wir brauchen mehr Ingenieure, um das umzusetzen, was wir uns vorgenommen haben. Diese Ingenieure werden wir einstellen, um damit die Dinge, die wir auf der Liste haben und abarbeiten wollen, tatsächlich in die Realität umzusetzen. Das ist unser Ziel: mehr Investitionen in diesem Bereich, und das heißt, investieren in die Planer, in die Ingenieure, aber natürlich auch in die klare Umsetzung.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann vielleicht noch einen Satz zum Thema Digitales. Infrastruktur bedeutet für uns inzwischen auch, dass wir in die digitale Infrastruktur investieren. Ja, wir haben eine Studie zu 300 Mbit/s, aber wir haben nie versprochen, dass wir bis zum Jahr 2018 300 Mbit/s im ganzen Land ermöglichen. Das wäre uns wirklich beim besten Willen nicht möglich gewesen.

Aber wir haben versprochen, dass wir bis 2018 genau das Ziel der Bundesregierung erreichen werden, nämlich mindestens 50 Mbit/s, und dieses Ziel werden wir auch erreichen. Wir werden es auch in unseren ländlichen Regionen erreichen, weil es uns wichtig ist, dass gerade auch in den ländlichen Regionen das Wohnen und das Arbeiten attraktiv bleiben. Dazu gehört einfach ein schnelles Internet.

Deshalb, meine sehr geehrten Herren und Damen, ist klar, wir investieren in den Ausbau unseres Breitbandglasfasernetzes. Wir investieren, damit Menschen auch in ländlichen Regionen wissen, wir haben schnelles Internet, wir sind nicht abgehängt in unserer ländlichen Region, sondern wir können, egal, wo wir wohnen, auch weltweit unterwegs sein im Internet. Das ist unser Ziel, und das bildet dieser Haushalt auch genauso ab.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann noch zwei Sätze zu diesen Vergaberichtlinien. Wir haben die Zeit nutzen können, um einfach einmal zu versuchen nachzuvollziehen, um was es da in der Aussage von Frau Klöckner eigentlich ging.

Ich kann nur sagen, wir tun viel, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft positiver zu gestalten. Dazu gehört beispielsweise auch das Vergaberecht. Im Bereich der beruflichen Leistungen gibt es keine Änderungen. Dort, wo

es um die Grenze für Vergaben geht, wird es in Zukunft so sein, dass wir die Grenze von 500 auf 1.000 anheben, bis zu der in Zukunft kein Verfahren mehr nötig sein wird. Das bedeutet, wir werden weniger Verfahren und nicht mehr Verfahren haben.

(Zuruf von der SPD: Aha! –  
Abg. Julia Klöckner, CDU: Nein, nein!)

Das bedeutet, wir werden weniger Bürokratie und nicht mehr Bürokratie haben. Es ist ein sehr, sehr gutes Beispiel dafür, liebe Frau Klöckner, dass man sich an den Fakten orientieren und nicht Dinge hier behaupten sollte, die grundsätzlich wirklich falsch sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Unserer Wirtschaft geht es gut in diesem Land. Wir wollen, dass das weiter so ist. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Das ist ein Beispiel dafür. Der Meisterbonus ist ein anderes Beispiel dafür, aber auch die Tatsache, dass wir im Bereich der mittelständischen Unternehmen stärker investieren.

Wir wollen, dass es auch weiterhin ein prosperierendes Land Rheinland-Pfalz ist; denn das ist die Grundlage dafür, dass es uns allen insgesamt gut geht und wir die Möglichkeit haben, auch mit gestalterischer Kraft in unserem Land als Politiker und Politikerinnen zu gestalten. Darüber sind wir sehr, sehr froh.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, weil wir das Land der Möglichkeiten für alle Bürger und Bürgerinnen sind, ist es doch vollkommen klar, dass wir auch unsere Kommunen mit einer entsprechenden Finanzausstattung in diesem Haushalt berücksichtigen. Deshalb noch einmal, rund ein Drittel der gesamten Ausgaben im neuen Doppelhaushalt sind Gelder, die an die Kommunen gehen. Das sind 5,6 Milliarden Euro.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Ach nee!)

– Ja.

Ich möchte daran erinnern, ohne es schönzumalen, einfach nur sagen, was ist.

Ein Drittel unseres Haushalts geht inzwischen an die Kommunen. Im letzten Jahr gab es viele kommunale Haushalte, die zum ersten Mal einen positiven Finanzierungssaldo hatten. Zum ersten Mal im letzten Jahr seit 25 Jahren haben die Kommunen insgesamt mit einem Überschuss von 82 Millionen Euro abschließen können.

Viele Kolleginnen und Kollegen sitzen ehrenamtlich in Kreistagen. Sie wissen genau, dass im Moment auch wieder Haushalte verabschiedet werden.

Sie sehen auch, in welchen Regionen es inzwischen längst gelungen ist, dass die Haushalte positive Abschlüsse machen.

2013 wurde ich Ministerpräsidentin. Ich habe damals versprochen, dass wir Hand in Hand mit den Kommunen dieses Land gestalten und ich natürlich ihre finanzielle Notlage sehe. Das war auch der Grund, weshalb wir uns an dieser Stelle entschieden weiterentwickelt haben.

Wenn ich aber CDU-Politikerinnen zuhöre, dann hat man immer den Eindruck, sie sagen immer wieder dieselben Sätze, die ich schon im Jahr 2013 gehört habe. Es ist immer das Gleiche. Es ist aber nicht das Gleiche. Seit dem Jahr 2013 wächst die Summe, die den Kommunen im Landeshaushalt zur Verfügung steht, bis 2018 um 1,3 Milliarden Euro. Das sind 31 %. Sie können doch nicht davon ausgehen, dass das das Gleiche ist. Tun Sie mir den Gefallen und nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, dass in der Zwischenzeit vieles passiert ist, was die Ausstattung unserer Kommunen betrifft.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von der SPD: So sieht es aus!)

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass wir immer gesagt haben, es bleibt uns ein Anliegen, dass die kommunalen Finanzen besser aussehen. Ich denke, dass dieser Haushalt ganz deutlich macht, dass wir dieses Versprechen auch umsetzen. Die Kommunen erhalten auch in diesem Doppelhaushalt wieder zusätzlich mehr Geld in beträchtlicher Größenordnung. Das werden wir auch weiterhin im Auge haben, damit die Kommunen wissen, dass wir ihre Partner sind und ihnen auf Augenhöhe begegnen.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Natürlich kann man immer mehr Geld gebrauchen. Das geht uns als Land übrigens auch so. Es ist nicht fair, so zu tun, als würde sich nichts ändern. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kommunen haben seit 25 Jahren nicht mehr so gut dagestanden wie zurzeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, im vergangenen Jahr und in diesem Jahr sind zahlreiche Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz gekommen. Das war 2015 eine große Herausforderung für uns alle. Wir haben diese Herausforderung gemeinsam mit den Kommunen, aber auch mit ganz vielen ehrenamtlichen Menschen in unserem Land gestemmt.

Deshalb an dieser Stelle: Hier hat Rheinland-Pfalz deutlich gemacht, was Zusammenhalt bedeutet. Wir können auf dieses Land unglaublich stolz sein, dass es diese vielen Menschen mit offenem Herzen aufgenommen und es mit all den Kräften in unserem Land gut hinbekommen hat.

Das werde ich mir niemals schlechtreden lassen. Ich werde es mir auch niemals verkneifen, an dieser Stelle sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass wir in unseren Einstellungen große Unterschiede haben. Das ist auch das Spannende an der Politik und der Demokratie.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir im Land Rheinland-Pfalz eine gute Flüchtlingspolitik machen und wir im Blick haben, dass die Menschen, die aus großer Not hierher

kommen und bleiben dürfen, beste Voraussetzungen bekommen.

Ich bin auch davon überzeugt, dass wir eine konsequente und gute Politik gemacht haben und immer noch machen, was das Thema Rückführungen betrifft. Es war von Anfang an das Thema in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Bundesregierung, dass wir auf freiwillige Rückkehr gesetzt haben.

Wenn man sich heute die Zahlen anschaut, dass wir einschließlich November in diesem Jahr 6.419 Personen zurückgeführt haben – davon immer noch die allermeisten freiwillig, aber die anderen durch Abschiebung –, dann kann ich nur sagen, dass diese Landesregierung auch in dem Punkt Flüchtlinge, die nicht bleiben können, konsequent ist, genauso wie wir bei den Menschen konsequent sind, die in der Not zu uns kommen, die wir aufnehmen müssen und integrieren wollen. Das ist unsere Flüchtlingspolitik. Sie unterscheidet sich nicht nur graduell, sondern gravierend von dem, was Sie sagen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann möchte ich auch noch einmal betonen, dass ich es nicht richtig finde, wenn man mit Halbwahrheiten in diesem Zusammenhang umgeht. Herr Junge hat vorhin gesagt, was stimmt, dass in diesem Doppelhaushalt 5,6 Millionen Euro für Sprachkurse zur Verfügung stehen. Er hat es ein bisschen freischwebend im Raum gelassen, was wohl mit all den anderen Bürgern und Bürgerinnen ist, die vielleicht auch Weiterbildung brauchen.

Ich beantworte Ihnen diese Frage. Der Weiterbildungstitel weist pro Jahr 38,4 Millionen Euro aus. Im Vergleich zu 2,8 Millionen Euro, weil es ein Doppelhaushalt ist, für Sprachkurse.

Herr Junge, wenn man das so sagt, dann klingt das ganz anders. Es ist nämlich klar, dass jeder Mensch und alle Bürger und Bürgerinnen in diesem Land einen Anspruch auf Weiterbildung haben und dieses Land dafür sorgt, dass die Bedingungen auch stimmen. Dann kann ich nicht im Raum stehen lassen, dass wir nur für Flüchtlinge Weiterbildung machen. Das stimmt nicht. Es ist bei den Flüchtlingen und bei vielen anderen auch nötig. Dafür sorgen wir.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht noch ein Klammersatz, mehr ist es nicht wert, darauf zu sagen. Ich habe nie ein Problem mit dem Thema Integrationsgesetz gehabt. Ich habe immer nur ein Problem mit dem Thema Integrationspflichtgesetz gehabt. Wenn man ehrlich ist und sich die Diskussion von damals vor Augen führt, dann weiß man auch, dass das Integrationspflichtgesetz etwas ganz anderes als das Integrationsgesetz ausgesagt hat.

Das Integrationsgesetz gibt es heute. Diesem haben wir zugestimmt. Wir haben das unterstützt. Das ist auch in Ordnung; denn die Integration ist eine große Aufgabe, die wir zu bewältigen haben. Diese brauchen wir. Wir müssen sie gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen bewältigen. Deshalb ist es auch gut, dass endlich klar ist, dass

die Menschen, die kommen und bleiben dürfen, einen Anspruch auf Sprachkurse haben und diese auch erhalten.

Es ist doch selbstverständlich, dass, wenn ein Mensch von uns staatliche Leistungen bekommt, er dann auch die Verpflichtung hat, ihnen nachzukommen. Wenn er das nicht tut, wird es eine entsprechende Sanktion geben.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ist doch Pflicht!)

– Liebe Frau Klöckner, diese Pflicht – diese Debatte haben wir schon eine Million Mal miteinander geführt – gab es selbst früher im Asylbewerberleistungsgesetz schon nahezu 25 Jahre lang, nämlich dass jemand, der einen Integrationskurs annimmt, die Verpflichtung hat, hinzugehen und ansonsten Kürzungen in den Sozialleistungen hinnehmen muss.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Thema wird uns noch lange bewegen; denn die Integration ist so etwas wie ein Marathon. Wir werden noch viel unternehmen müssen, dass die Integration gelingt. Aber auch da möchte ich noch einmal sagen, dass viele Bürger und Bürgerinnen auch hier mithelfen.

Ich mache unseren Schulen, Kindertagesstätten und vielen Einrichtungen, wie der Bundesagentur für Arbeit, ein großes Kompliment, die helfen, dass das in unserem Land so gut klappt. Es ist genauso klar, dass wir noch Hürden zu nehmen haben. Wir tun das mit Freude, großem Engagement und zielorientiert. Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns kommen und bleiben dürfen, hier gut integriert werden. Das dient und hilft uns beiden.

Ein Thema in diesem Haushalt ist auch die Innere Sicherheit. Es ist wichtig, dass ich auch als Ministerpräsidentin noch einige Worte dazu sage. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Durch die hervorragende Arbeit der Polizei liegt beispielsweise die Aufklärungsquote von Straftaten in 2015 bei 62,7 %, also weit über dem Bundesdurchschnitt. Wir nehmen dabei einen sehr guten Platz ein.

Das ist doch auch ein Indiz dafür, dass die Polizeibeamten und -beamtinnen in unserem Land ihre Arbeit engagiert und gut machen. Dafür danke ich ihnen ganz herzlich. Wir haben einen großen Respekt und eine große Anerkennung für unsere Polizeibeamten im Land. Sie tun eine tolle Arbeit. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Bürger und Bürgerinnen ist zumindest genauso wichtig zu wissen, dass Rheinland-Pfalz bei der Anzahl von Delikten pro 100.000 Einwohner im bundesweiten Vergleich wenig Delikte hat. Natürlich ist jedes Delikt ein schlimmer Tatbestand. Dennoch liegen wir im Bundesländervergleich auf Platz 3. Das bestätigt, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land ist.

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal deutlich sagen: Es ist nicht gut, im rheinland-pfälzischen Landtag nebenher die Kölner Verhältnisse einfließen zu lassen. Das macht

Menschen Angst.

Es ist nicht in Ordnung. Die Kölner Verhältnisse wurden von jedem von uns verurteilt. Ich sage sehr deutlich, dass die Kölner Delikte kurz vor unserer Fastnacht passiert sind. Wir haben alles darangesetzt, dass die Fastnacht in unserem Land gefeiert werden konnte, ohne dass es große Zwischenstörungen gab.

(Zurufe von der AfD –  
Staatsminister Roger Lewentz: Sie reden  
doch dummes Zeug! –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Die Ministerpräsidentin hat das Wort.

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Herr Paul, das ist natürlich gelungen. Unser Land ist ein sicheres Land. So etwas wie in Köln darf nie mehr passieren. Ich sage auch sehr deutlich, dass wir alles daransetzen, dass in unserem Land so etwas nicht passiert. Es ist auch nicht passiert. Wir werden in Zukunft auch alles dafür tun, dass die Leute auf Festen, bei Jahreswechseln und wo immer sie auf unseren Straßen unterwegs sind, die Sicherheit haben, dass sie ohne Angst diese Feste feiern können. Auch das gehört zu Rheinland-Pfalz. Das bewerkstelligt unsere Polizei professionell und sehr gut.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein paar Worte zur Klarstellung. Sie monieren eigentlich unentwegt, dass wir den Linksextremismus nicht im Auge hätten, sondern immer nur die Rechten.

Lieber Herr Junge, nein, sehr geehrter Herr Junge, es ist nun einmal so: 2015 gab es rund 70 linksextreme Straftaten, dagegen 700 rechtsextreme.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Dann sage ich: Es ist in diesem Haus vollkommen klar, dass alle Extremismus verurteilen und unsere Polizei und alle, die in diesem Bereich tätig sind, selbstverständlich nicht unterscheiden, wenn es um Straftaten geht, ob es eine linksextreme oder rechtsextreme Straftat ist.

Wenn Sie allerdings so tun, als ob Jugendverbände, ein Parlament und Abgeordnete, die sich gegen Rechtsextreme engagieren, auf dem linken Auge blind sind, dann sage ich Ihnen, dass Sie auf dem rechten Auge blind sind, weil wir in diesem Land eine Vielzahl von rechtsextremen Ausschreitungen haben

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: In allen  
öffentlichen Veranstaltungen geht es nur  
um rechtsextreme Straftaten!)

und Sie sich weigern, das auch nur annähernd zu kommentieren.

(Zurufe von der AfD)

Sie reden sich als AfD immer heraus, indem Sie sofort auf die Spur des Linksextremismus abbiegen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Nein, nein!)

Deshalb sage ich, dass die Landesregierung Extremismus verurteilt. Sie nimmt aber auch zur Kenntnis, dass wir seit 2015 einen enormen Anstieg im rechtsextremistischen Bereich hatten. Wir wollen das nicht. Wir bekämpfen das, und zwar präventiv. Wir tun das mit der Polizei und der Justiz. Das ist nicht unser Weltbild. Extremismus passt nicht in unser Land.

Ich sage sehr deutlich: Seit wir Flüchtlinge im Land haben, ist die rechte Szene extremistisch aktiver als jemals zuvor. Deshalb müssen wir das benennen. Wir müssen es verurteilen und verfolgen. Genau das tun wir.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun das mit einer gut aufgestellten Polizei, die übrigens eine Personalmehrung erhält, weil wir nicht 500 Personen einstellen und am Ende nur 300 herauskommen, sondern von Anfang ist deutlich gemacht worden, dass wir 500 Menschen einstellen und dafür sorgen werden, dass 500 Anwärter und Anwärterinnen ihren Abschluss machen werden. Deshalb kommt es zu einem Aufwuchs von Personal.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, das sollte man in diesem Sinn auch sagen.

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei  
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dasselbe gilt für die Justiz in Rheinland-Pfalz. Sie ist leistungsfähig. Gerichte und Staatsanwälte wurden von den Kürzungen ausgenommen. Mehr noch: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit erhält 16 zusätzliche Stellen. Es ist alles gesagt worden. Man kann es nicht einfach unter den Tisch fallen lassen.

Frau Klöckner, noch ein Satz zu der Aussage, was das Barandun-Verfahren betrifft. Es ist nicht so, wie Sie es dargestellt haben. Das Barandun-Verfahren ist nicht wegen Überlastung ausgesetzt. Sie sollten es unterlassen, so etwas hier zu suggerieren und den Leuten Angst zu machen, dass die Justiz nicht funktionsfähig ist, weil sie angeblich nicht genug Stellen hat. Das Verfahren ist wegen eines Rechtshilfeersuchens im Ausland ausgesetzt worden. Das macht einen großen Unterschied.

(Zurufe von der SPD –  
Zuruf des Abg. Jan Bollinger, AfD)

Wir haben etliche neue Stellen in der Justiz geschaffen, vor allem bei der Rechtspflege. Das von Ihnen benannte Landgericht Koblenz hat noch Ende der letzten Legislaturperiode sechs Richterstellen bekommen.

Bei den Bedarfsbemessungszahlen der Justiz – das heißt PEBB\$Y – für das LG Koblenz im richterlichen Dienst liegt es bei 103 %. Deshalb sollten wir die Kirche im Dorf lassen und nicht unsere Bevölkerung damit kirre machen, dass

angeblich in unserem Staat nicht darauf geachtet wird, dass das Recht entsprechend umgesetzt und gegeben wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Modern ist, wer die Umwelt schützt, und nachhaltig, wer auch Politik für kommende Generationen macht. Deswegen finde ich es wichtig, dass in den Ausführungen vor allem von Bernhard Braun noch einmal deutlich gemacht worden ist, dass dieser Haushalt auch nicht vernachlässigt, dass wir eine Verantwortung für unsere Natur und unsere Umwelt haben und wir immer noch ehrgeizige Ziele haben, was die Energiewende betrifft.

Deshalb kann ich es nach den Ausführungen von Bernhard Braun auch kurz machen. In Rheinland-Pfalz machen wir weiterhin ernst mit dem Klimaschutz, natürlich auch mit der Energiewende. Neben der Stromwende ist für uns dabei vor allem die Wärmewende von ganz besonderer Bedeutung. Es bleibt unser Ziel, dass wir den Stromverbrauch bilanziell zu 100 % aus erneuerbaren Energien erbringen wollen. Daran arbeiten wir.

Ich bin froh, dass die Kollegin im Bereich „Aktion Grün“ oder auch in den Aktionsplänen zum Nationalpark eigene Akzente setzt. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität. Ich bin davon überzeugt, dass es keine Regierung geben darf, die nicht auch dem Umweltschutz und den erneuerbaren Energien einen entsprechenden Schwerpunkt gibt. Deswegen bin ich froh, dass das im Haushalt entsprechend abgebildet wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch im Zusammenhang mit der Konsolidierung ein letztes Wort zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen. Frau Ahnen hat es ausführlich dargelegt. Wir haben in diesem Haushalt viele kleine Einsparmaßnahmen. Die größte Einsparmaßnahme ist natürlich der Stellenabbau von 2.000 Stellen. Es stimmt nicht, dass das alles im luftleeren Raum passiert. Es stimmt auch nicht, dass man sich keine Gedanken darüber gemacht hätte, wo diese Stellen abgebaut werden können.

Die Haushaltspläne zeigen dort, wo es möglich ist, schon ganz konkret, wo die Stellen eingespart werden. Im Übrigen können Sie in den Vorblättern lesen, wo künftig Stellen abgebaut werden sollen.

Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch noch einmal versichern, dass das Ganze natürlich ein großer Kraftakt ist, aber keiner um seinen Arbeitsplatz fürchten muss und es für uns natürlich selbstverständlich ist, dass wir diesen Abbauweg gemeinsam mit den Personalvertretungen besprechen und deutlich machen, dass die Aufgaben, die wir den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber zu erledigen haben, auch in Zukunft erledigt werden können.

Die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung bleibt uns wichtig. Das ist der Anspruch, den die Bürger an uns haben. Das wird auch in Zukunft so der Fall sein.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte ein großes Dankeschön an unsere Finanzministerin, an ihren Staatssekretär und an das ganze Team sagen, das uns geholfen hat, dass wir in diesem Landtag den Haushalt diskutieren können. Es war ein hartes Stück Arbeit, aber ich bin sehr froh und glücklich darüber, dass das Kabinett insgesamt den Eindruck hat, dass es ein guter Haushalt ist.

Es ist ein wegweisender Haushalt und ermöglicht uns, dass wir einerseits unsere Zusage einhalten, ordentlich zu sparen, um auf der anderen Seite deutlich zu machen, wir haben in diesem Land viel vor. Wir wollen ein modernes Land bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihren Platz haben, sie sicher in unserem Land leben können und wir unser Land gut gestalten.

Ein großes Dankeschön an Doris Ahnen, ihr Team und alle, die mitgeholfen haben, diesen Haushalt so vorzulegen, wie er heute vorliegt.

Herzlichen Dank!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen! Unser schönes Land wird im kommenden Jahr 70 Jahre alt. Aus dem sogenannten „Bindestrich-Land“ ist ein „Zusammen-Land“ geworden. Das darf man wirklich sagen.

Ich freue mich darüber, dass Bürger und Bürgerinnen in unserem Land den Eindruck haben, dass sie gerne in unserem Land leben, gerne hier wohnen, gerne hier arbeiten und gerne hoffentlich immer wieder Kinder in unserem Land bekommen. Wir sind stolz darauf, dass unser Land ein junges Land ist und in Zukunft noch jünger werden soll.

Sie können auf jeden Fall sicher sein, dass wir auf der Grundlage dieses Haushalts – und wie er dann wieder vom Parlament zurückkommt – alles daransetzen werden, unser Land im besten Sinn weiterzuentwickeln: mit dem Blick nach vorne und mit unserer Ampelkoalition.

Herzlichen Dank fürs Zuhören! Ich freue mich auf die Diskussionen über diesen Haushalt! Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP  
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Klöckner von der CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben hier sehr laut geredet und wollen – so haben wir den Eindruck – qua Amt

(Zuruf von der SPD: Das war bedächtig! –  
Heiterkeit bei der SPD)

Behauptungen Ihrerseits als Fakten darstellen und Fakten, die andere mit Quellen darlegen können, einfach als Behauptungen abtun.

Ich will ganz konkret auf einen Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben. Es geht um das Nürburgering-Verfahren. Es gibt eine Quelle, aus der ich vorhin zitiert habe: die F.A.Z. vom 19. August 2016. Dort wiederum wird das Mainzer Landgericht zitiert.

Es ging auch um die Frage nach der Ausstattung der Justiz in Rheinland-Pfalz. Ich zitiere die F.A.Z., die sich auf die bisherige Bearbeitungsdauer bezieht: „(...) vor allem aus einer massiven Belastung der (...) großen Strafkammern mit vorrangig zu bearbeitenden Verfahren, insoweit insbesondere mit Haftsachen“.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ein  
Zeitungsbericht!)

– Das finde ich jetzt interessant. Herr Haller sagt gerade, es sei ein Zeitungsbericht.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja! Den hätten  
Sie ja validieren können! Ein  
Zeitungsbericht! Eine Kleine Anfrage oder  
so etwas, das wäre doch was gewesen! –  
Zurufe von SPD, CDU und AfD)

Irgendwann muss sich die SPD entscheiden, ob sie sich in ihren Reden auf Zeitungsberichte beruft – dann muss das auch für andere gelten – oder ob sie dagegen ist. Aber jetzt einen F.A.Z.-Artikel abzutun – – –

(Zurufe von der SPD)

– Ich zitiere das gerade.

Frau Dreyer, wenn Sie eine andere Haltung dazu haben: gerne. – Ich finde es aber, muss ich sagen, sehr verwegen, mehr als verwegen,

(Zuruf von der CDU: Richtig! –  
Zuruf von der CDU: So ist das!)

davon zu sprechen, dass in der Justiz die Zahlen in Ordnung seien, wenn Sie, wie wir es sind, vor Ort an den einzelnen Gerichten wären und mitbekämen, wie es dort aussieht, und wenn Sie mitbekämen, wie lange Eltern auf die Urteile warten! Sie kennen die Demonstration von Müttern. Sie haben dafür demonstriert, dass endlich die Urteile zu den Übergriffen auf ihre Kinder gefällt werden. Sie warten noch immer darauf!

Wenn Sie glauben, da seien die Zahlen in Ordnung, dann ist das nicht nur verwegen,

(Unruhe bei der SPD)

sondern es führt dazu, dass wir im Land eine viel größere Verunsicherung bekommen.

Mir geht es gar nicht darum, auf irgendeine Partei oder Fraktion einzugehen – wenngleich ich es nicht in Ordnung finde, dass wir als „AfD light“ bezeichnet werden, wenn wir eine eigene Haltung haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Frau Dreyer, ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie die Probleme, die in der Justiz vorhanden sind, genauso ignorieren und damit umgehen wollen, wie Sie damals in Koblenz mit dem OLG umgehen wollten und wie Sie damals davon sprachen, das sei eine nachgeordnete Behörde,

(Glocke der Vizepräsidentin –  
Abg. Martin Haller, SPD: Unglaublich!)

dann sind Sie daran beteiligt, wenn Bürgerinnen und Bürger in diesem Land kein Vertrauen in den Staat haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir Probleme in der Justiz haben, weil dort auf Kante genäht worden ist.

Ich halte für das Protokoll fest: Ich habe aus einer Zeitung zitiert, die wir respektieren.

(Beifall der CDU und bei der AfD –  
Zurufe aus dem Hause)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Zu einer Erwiderung spricht Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD –  
Abg. Martin Haller, SPD: Dann kann man das vorher auch mal sagen und nicht als eigene Erkenntnis herausstellen! Sie sagen doch sonst auch: Ich zitiere! –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Du siehst es nachher im Protokoll! –

Abg. Martin Haller, SPD: Du kannst doch sagen, dass Du es zitierst! –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Ich werde das Protokoll schicken lassen, dann kannst Du Dich bei mir entschuldigen! –

Abg. Martin Haller, SPD: Für was denn?)

Die Ministerpräsidentin hat das Wort. Würden Sie bitte die Zwiesgespräche einstellen?

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Ich will auch nur zwei Sätze sagen. Ich habe mich bezogen – – –

(Zurufe von SPD, CDU und AfD)

Ich habe mich bezogen auf die – – –

(Zurufe von SPD, CDU und AfD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Die Ministerpräsidentin hat das Wort!

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Ich habe mich auf das Barandun-Verfahren bezogen. Ich will hier noch einmal sagen: Der Justizminister hat ein weiteres Mal bestätigt, dass die Aussetzung des Verfahrens nicht auf einer Überlastung beruht, sondern auf einem

Rechtshilfeersuchen. Meines Wissens nach stand das in dem von Ihnen zitierten F.A.Z.-Artikel auch so geschrieben. Gerne ist Herr Mertin bereit, in den Haushaltsberatungen nochmals mit Daten und Fakten zu belegen, was ich eben gesagt habe.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Julia Klöckner, CDU: Das kennen wir ja alle! –

Zurufe von der SPD –

Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt wird's peinlich! –

Zurufe von der CDU –

Abg. Martin Haller, SPD: Es wird nicht besser! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Selektiv zitiert!)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die erste Beratung des Landshaushaltsgesetzes 2017/2018 abgeschlossen. Wir überweisen das Landshaushaltsgesetz an den Haushalts- und Finanzausschuss. Unter Beteiligung der Fachausschüsse wird dort weiter beraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Gäste bei uns im Mainzer Landtag begrüßen: den Ortsgemeinderat Lissendorf und Bürgerinnen und Bürger aus der Vulkaneifel.

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Freiherr-vom-Stein-Realschule plus aus Nentershausen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des  
Landesaufnahmegesetzes, des  
Landesfinanzausgleichsgesetzes und des  
Landesnaturchutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache [17/1514](#) –

Zweite Beratung

**dazu:**

**Kommunen entlasten – Bundesmittel angemessen  
weiterleiten**

Antrag der Fraktion der CDU

– Entschließung –

– Drucksache [17/1552](#) –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und  
Finanzausschusses

– Drucksache [17/1786](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache [17/1833](#) –

**Der Landtag setzt notwendige Entlastung der Kommunen im Integrationsbereich und bei der Eingliederungshilfe um**

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Entschließung –  
– Drucksache 17/1834 –

Zunächst hat Herr Abgeordneter Schreiner als Berichterstatter das Wort. Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

**Abg. Gerd Schreiner, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 16. November 2016 ist der Gesetzentwurf, den Sie eben vorgelesen haben, an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Beide Ausschüsse haben das Gesetz beraten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 8. Dezember 2016 eine Anhörung durchgeführt. Beide Ausschüsse empfehlen mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfs.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD –  
Abg. Martin Haller, SPD: Begeisternder  
Vortrag! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Herr  
Schreiner gibt rhetorisch alles!)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Noss.

**Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, des Landesfinanzausgleichsgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes.

Wesentliches Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, den Kommunen möglichst schnelle und wirksame Unterstützung bei ihren Integrationsbemühungen für Flüchtlinge zukommen zu lassen. Durch die Zusage des Bundes, den Ländern und Kommunen zusätzliche finanzielle Mittel für die Integration von Flüchtlingen zukommen zu lassen, sowie die Verständigung zwischen Bund und Ländern, dass der Bund ab 2018 eine weitere Entlastung von jährlich 5 Milliarden Euro gewährt, ist es erforderlich, das Landesaufnahmegesetz und das Landesfinanzausgleichsgesetz zu ändern. Darüber hinaus soll auch das Landesnaturschutzgesetz geändert werden.

Ich komme zunächst zur Integrationspauschale. In der Vereinbarung vom 17. Juli 2016 hat der Bund den Ländern für die Jahre 2016 bis 2018 eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von bundesweit 2 Milliarden Euro zugesagt.

Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz an dieser Integrationspauschale beträgt jeweils pro Jahr 96 Millionen Euro.

Nach Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden sollen zwei Drittel der Mittel an das Land und ein Drittel an die Kommunen gehen. Ich möchte in dem Zusammenhang auch im Hinblick auf den Zusatzantrag der CDU auf Folgendes hinweisen: In Rheinland-Pfalz geht es auch darum, diese Integrationspauschale zu verteilen. Hier verweise ich auf die Drucksache 16/13533 der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, die lautet:

Die Landesregierung darf den Kommunen die Integrationspauschale des Bundes nicht länger vorenthalten. – In diesem Antrag verweist die nordrhein-westfälische CDU darauf, dass Rheinland-Pfalz ein Drittel der Bundesmittel an die Kommunen weiterleitet, und möchte dies bitte schön auch für Nordrhein-Westfalen.

Auch der Städtetag Nordrhein-Westfalen nennt Rheinland-Pfalz als gutes Beispiel in seiner Forderung, dass ein angemessener Anteil der Integrationspauschale an die Kommunen weitergeleitet wird. Das tun wir. Wir sind praktisch eine Blaupause für Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, das kann man so durchaus feststellen, insbesondere dass die CDU möchte, dass diese Regelung, wie sie bei uns gelten soll, auch dort gilt.

Um den Kommunen möglichst schnell bei ihren wichtigen und erforderlichen Integrationsbemühungen helfen zu können, sollen die rheinland-pfälzischen Kommunen noch in 2016 ihren Anteil von 3 mal 32 Millionen Euro komplett erhalten. Dafür erhält das Land dann die kompletten Mittel der Integrationspauschale in den beiden Folgejahren.

Die Zahlung dieser 96 Millionen Euro erfolgt im Verhältnis der Einwohnerzahlen noch in 2016 als Pauschale an die Landkreise und kreisfreien Städte. Der Gesetzentwurf regelt, dass die Landkreise die Kommunen in ihren Bereichen an den Entlastungen beteiligen, damit grundsätzlich alle Kommunen von Integrationskosten entlastet werden. Ich glaube, das ist eine faire Angelegenheit.

Es bleibt dabei zu berücksichtigen, dass das Land wesentliche Aufgaben der Integration selbst finanziert und die Integrationspauschale seitens des Bundes ausdrücklich für die Entlastung der Länder gedacht ist. Im Übrigen sind die Kommunen bereits direkt durch den Bund von flüchtlingsbedingten Mehrkosten im Bereich der Kosten der Unterkunft und der Heizungskosten nach dem SGB II vollständig entlastet.

Zusätzlich zu der Integrationspauschale zahlt das Land noch im Jahr 2016 einen Abschlag von 44 Millionen Euro für in 2017 fällige Kostenerstattungen zur Flüchtlingsaufnahme nach dem Landesaufnahmegesetz an die Kommunen, um diese ebenfalls möglichst schnell zeitnah zu entlasten. Diese Abschlagszahlungen sollen auch in künftigen Jahren so zeitnah gezahlt werden, sofern noch entsprechende Mehreinnahmen beim Land vorhanden sind.

Insgesamt erhalten die Kommunen durch diese Regelungen zeitnah noch in 2016 Mehreinnahmen in Höhe von 140 Millionen Euro. Ich glaube, das ist ein ganz fairer Vorschlag.



Das 5-Milliarden-Paket des Bundes sieht Folgendes vor: Ab dem Jahr 2018 erhalten die Kommunen und die Länder vom Bund weitere Entlastungsmittel von jährlich 5 Milliarden Euro. Hiervon fließen 4 Milliarden Euro den Kommunen und 1 Milliarde Euro dem Land zu. Für das Land Rheinland-Pfalz bedeutet diese Regelung eigene Mehreinnahmen von jährlich 48 Millionen Euro.

Nach einem Gespräch zwischen der Landesregierung und den Kommunen ist vorgesehen, dass die dem Land zufließenden Mittel in Höhe von 48 Millionen Euro mit dem geltenden Verbundsatz von 21 % in den kommunalen Finanzausgleich einfließen und so die Kommunen durch die Erhöhung der Verstetigungsmasse

(Glocke der Präsidentin)

– ich komme zum Schluss – vom Landesanteil weitere 10,08 Millionen Euro pro Jahr erhalten.

Von dem 5-Milliarden-Paket des Bundes erhalten die Kommunen in Rheinland-Pfalz also fast 85 % des gesamten Landesanteils an dem Paket. Ich glaube, das ist mehr als fair. Das ist eine tolle Sache für die Kommunen,

(Glocke der Präsidentin)

die damit wesentliche Teile ihrer Integrationskosten bedienen können.

Darüber hinaus muss auch das Landesnaturschutzgesetz noch geändert werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Jens Guth, SPD: Sehr gut! –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr praktisch!)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Beilstein.

**Abg. Anke Beilstein, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der gestrigen Einbringungsrede zum Doppelhaushalt hat Finanzministerin Ahnen voller Stolz verkündet, dass die geplante Nettokreditaufnahme für 2018 nur noch 54 Millionen Euro betrage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein großer Teil der Konsolidierung des Landeshaushalts geschieht nur deshalb, weil es erstens neben sprudelnden Steuereinnahmen viele Bundesmittel gibt und man sich zweitens auf dem Rücken der Kommunen gesundet.

(Beifall der CDU –  
Heiterkeit der Staatsministerin Doris Ahnen)

Genau das geschieht auch bei dem Gesetz, über das wir hier heute sprechen.

Ich habe beim letzten Mal über die Integrationspauschale gesprochen, ich möchte dieses Mal den Punkt unter die

Lupe nehmen, zu dem wir auch einen Änderungsantrag eingebracht haben. Der Bund will ab 2018 die Kommunen mit rund 5 Milliarden Euro erheblich entlasten. Das legt er im Koalitionsvertrag nieder, das vereinbart er so mit den Regierungschefs der Länder, und das schreibt er genau so in die Begründung des entsprechenden Gesetzes – nachzulesen in der Drucksache 18/9980.

Da heißt es: Die Kommunen werden jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet, die Kommunen, nicht die Länder und auch nicht sonst jemand. Das ist Wille des Bundesgesetzgebers.

(Beifall bei der CDU)

Was macht nun die rheinland-pfälzische Landesregierung? Sie verhindert, dass das Gesetz wie geplant zu 100 % bei den Kommunen ankommt. Bei 4 Milliarden der 5 Milliarden Euro ist dies noch dadurch gewährleistet, dass zum einen die Aufstockung der Bundesleistungen an den Kosten der Unterkunft erfolgt und zum anderen der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer angehoben wird. Die fünfte Milliarde aber soll über den Umsatzsteueranteil der Länder laufen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Richtig!)

Grund dafür ist eine prozentuale Besserstellung von Rheinland-Pfalz und Thüringen, die nämlich auf den anderen Wegen nicht gewährleistet war. Aber dieser Weg hat nur das eine Ziel, nämlich einen fairen Ausgleich zwischen den Ländern. Dieser Weg hat nichts mit Behaltendürfen auf Rheinland-Pfalz-Ebene zu tun. Genau diesen Punkt haben auch die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Anhörung noch einmal vehement deutlich gemacht.

(Beifall der CDU)

In Rheinland-Pfalz geht man aber anders damit um. Man nutzt diese Zwischenstation im Landeshaushalt wieder einmal aus und will den Betrag nur in Höhe des Verbundsatzes, also zu 21 %, weitergeben.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Genau! –  
Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: 85 %! –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Skandal!)

Das heißt, man missbraucht diese Zwischenstation.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da hilft auch Ihr neuerlicher Entschließungsantrag, der ganz kurzfristig eingegangen ist, nichts. Es ist ein Ablenkungsmanöver, es ist eine Nebelkerze und nichts Weiteres; denn die Kostentragung der Eingliederungshilfe hat damit zunächst einmal nichts zu tun.

Fakt ist jedenfalls, es gibt auf Bundesebene eine Drucksache, und zwar handelt es sich hier um eine Entschließung des Haushaltsausschusses des Bundestages. Ganz konkret wird hier gesagt, die Länder werden aufgefordert sicherzustellen, dass die ab dem Jahr 2018 eintretende Entlastung in vollem Umfang bei den Kommunen ankommt. Das heißt, hier ist sogar explizit auf Bundesebene geregelt, wie es laufen soll. Das heißt, Ihr Entschließungsantrag

steht diametral der Entschließung des Bundestagsausschusses entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Nun sollen also 79 % den Landeshaushalt verbessern. Es geht hier um jährlich 48,3 Millionen Euro. Davon sollen die rheinland-pfälzischen Kommunen nur 10 Millionen Euro bekommen, und 38 Millionen Euro bleiben im Landeshaushalt.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: 85 %!)

Das bedeutet für jeden ganz konkret eine erhebliche Zahl. Das wird den einzelnen Kommunalpolitikern bewusst werden, wenn sie jetzt ihre eigenen Haushaltspläne verabschieden. Auf die ungewichtete Einwohnerzahl umgerechnet, sind es etwa 9,51 Euro pro Einwohner, die den Kommunen fehlen.

Ganz konkret sind es also rund 1 Million Euro für Trier, fast 2 Millionen Euro für Mainz oder auch den Landkreis Mayen-Koblenz, 1,7 Millionen Euro für den Landkreis Neuwied, 1,5 Millionen Euro für Bad Kreuznach. All das sind Summen, die jährlich bei den Menschen vor Ort den Kommunen fehlen. Insofern kann ich nur sagen, Partnerschaft mit Kommunen sieht anders aus. Ich appelliere an Sie, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Junge.

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Verehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die selbstverschuldete Asylkrise, die sich in den vergangenen zwei Jahren entwickelt hat, liegt im Verantwortungsbereich des Bundes. Es ist unter dem Gesichtspunkt des Konnexitätsprinzips richtig, dass die sogenannten Integrationskosten nicht den Kommunen zur Last gelegt werden dürfen. Die Kommunen, die den Bundesauftrag vor Ort umsetzen bzw. umzusetzen haben, sind lediglich die Träger der Maßnahmen.

Es ist daher folgerichtig und selbstverständlich, dass der Bund seiner Verpflichtung nachkommt und den Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellt, damit sie die übertragenen Lasten auch adäquat übernehmen können.

Das Land erhält insgesamt 140 Millionen Euro vom Bund mit dem Zweck, diese an die Kommunen weiterzugeben. Diesem Zweck wird der vorliegende Gesetzentwurf jedoch nicht vollends gerecht. Statt die Kommunen weitgehend zu entlasten, behält das Land zwei Drittel der Gelder selbst ein. Statt den berechtigten Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zu folgen und sich auf eine realitätsgerechte Verteilung der Gelder zu einigen, will es nur ein Drittel der Finanzmittel an die Kommunen weitergeben.

Der Landkreistag Rheinland-Pfalz kritisiert in diesem Zu-

sammenhang vollkommen zu Recht, dass eine angemessene Beteiligung der kommunalen Ebene eben nicht stattgefunden hat. Die Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gab hier einen klaren Hinweis, meine Damen und Herren. Die Kommunen bleiben nach dem aktuellen Gesetzentwurf auf einem Großteil der Kosten aus dem Bereich Asyl sitzen.

Sehen wir uns an – hier noch einmal einen Rückblick auf die Rede von Frau Ministerpräsidentin –, wie es um die Finanzen der Kommunen wirklich bestellt ist. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz liegt weit über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer. Unter den Flächenländern haben nur die saarländischen Kommunen eine höhere Verschuldung je Einwohner. Das ist Fakt.

Alein im ersten Halbjahr 2016 nahmen die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz um etwa 2,4 % zu. Als ob das nicht schlimm genug wäre, dürfen die Gemeinden nun auch noch die Flüchtlingskosten zum Teil selbst tragen.

Bei dem Entwurf zur Änderung des Naturschutzgesetzes ist für uns als AfD-Fraktion unklar, welche Auswirkungen die Altlastenproblematik haben könnte. Es ist auch weiterhin unklar, wie der vom Bund geforderten unbeschränkten Haftung des Landes für den Erhalt und die Pflege der Naturschutzgebiete mit der landesrechtlich eingeführten Haftungsobergrenze von 5 Millionen Euro Rechnung getragen wird.

Uns missfällt, dass dieses Omnibusgesetz sachlich nicht zusammenhängende Materien zu einem Paket zusammenschürt. Eine getrennte Erörterung und Beschlussfassung der Integrationsfinanzierung und der Naturschutzgesetzänderung wäre sicher sachgerechter gewesen.

Aus den genannten Gründen lehnt die AfD-Fraktion den vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition ab. Wir werden aber den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in der aktuellen Version, die der Forderung der kommunalen Spitzenverbände entspricht, nämlich rund die Hälfte der Bundeszuschüsse unmittelbar an die Kommunen weiterzugeben, mittragen.

(Beifall der AfD –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Die bekommen doch viel mehr! Die bekommen doch 85 %!)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Becker.

**Abg. Monika Becker, FDP:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute zum zweiten Mal über das Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, des Landesfinanzausgleichsgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes, ein, wie Sie alle wissen, hochsensibles Thema, das in der vergangenen Woche noch einmal in einer öffentlichen Anhörung mit den Vertreterinnen und Vertretern der

kommunalen Spitzenverbände kontrovers diskutiert wurde.

Dazu gleich ein Wort vorweg an die CDU. Als Kreistagsmitglied sind mir, wie so vielen von uns allen, die Probleme der Landkreise und der Gemeinden durchaus bekannt. Ich kann Ihren Einsatz für die Interessen der kommunalen Ebene sehr gut verstehen.

Dass Sie eine Anhörung initiieren, bei der die kommunalen Spitzenverbände erneut anreisen, um angehört zu werden, ist vollkommen legitim, allerdings habe ich mir sagen lassen, dass sich am Donnerstag die Reihen der CDU relativ schnell geleert haben und Herr Schreiner wie „Kevin allein zu Haus“ alleine dagesessen hat.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ist Ihnen das Thema so wichtig?

Ich möchte mich aber gar nicht weiter mit der Opposition beschäftigen, sondern auf das vorliegende Gesetz eingehen. Ich habe es in meiner vorherigen Rede ebenfalls erwähnt: Es werden viele Leistungen für die Integration der Flüchtlinge vor Ort erbracht, sei es im Bereich der sozialen Arbeit, in den Kindergärten, im Wohnbau oder auch bei Jobscouts, die sich um die Arbeitsmarktintegration der Menschen bemühen.

Ohne die Leistungen der Kommunen zu schmälern, möchte ich jedoch auch darauf hinweisen, dass das Land einen großen Beitrag leistet. Nicht nur die Erstaufnahme fällt in den Verantwortungsbereich des Landes. Die Ausgaben für die Integration fallen in nahezu allen Ressorts an und schlagen sich auch im Doppelhaushalt 2017/2018 nieder. Rund 130 Millionen Euro sind für den Komplex Integrationsausgaben in den Bereichen Schule, Innere Sicherheit und Justiz vorgesehen.

Die im Gesetzentwurf vom Oktober 2016 vom Bund festgelegte Integrationspauschale in Höhe von 2 Milliarden Euro dient dabei ausdrücklich zur Entlastung der Länder und bedeutet für Rheinland-Pfalz einen jährlichen Zuwachs von Umsatzsteuereinnahmen von 96 Millionen Euro. Dabei ist es für das Land, für uns selbstverständlich, die Kommunen an diesen zusätzlichen Einnahmen zu beteiligen; denn die Integrationsleistungen werden vom Land, den Kommunen und den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gemeinsam erbracht.

Die Landesregierung plant, ein Drittel der Pauschale ohne Umwege weiterzuleiten. Noch in diesem Jahr sollen die Landkreise und Gemeinden mit einer Einmalzahlung von 96 Millionen Euro zeitnah entlastet werden.

Ich möchte dies ganz besonders deshalb betonen; denn eine solche Beteiligung ist mit Blick auf die Umsetzung in unseren Nachbarländern alles andere als selbstverständlich. Hessen und Nordrhein-Westfalen zum Beispiel verzichten gänzlich auf eine Weiterleitung der Pauschale.

Sicherlich, es gibt auch den Fall Bremen, das die Bundesmittel vollständig weiterleitet. Nur lässt sich aber, denke ich, ein Stadtstaat aufgrund seiner Verwaltungsstruktur nicht mit einem stark untergliederten Flächenland wie Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg vergleichen,

das zwei Drittel der Integrationspauschale an die Kommunen überführt.

Lobt man diese Vorgehensweise, muss man allerdings auch beachten, dass das Land grundsätzlich 35 % des kommunalen Finanzausgleichs über die Kommunen selbst finanziert und damit meiner Meinung nach kein Vergleichsmaßstab für unser Land ist.

Die grundsätzliche Entscheidung des Bundes, sich in den Jahren 2016 bis 2018 mit jährlich 2 Milliarden Euro an den Kosten der Integration zu beteiligen, begrüßt die FDP-Fraktion im Übrigen ausdrücklich, da es sich hierbei um die Umsetzung des Konnexitätsprinzips handelt, für dessen Einhaltung sich diese Landesregierung stets einsetzt.

Auch ab 2018 sollen die Kommunen weiter entlastet werden. Von den vorgesehenen 5 Milliarden Euro erhalten sie 4 Milliarden Euro direkt über eine erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und einen höheren Umsatzsteueranteil.

Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz an der restlichen Milliarde Euro beläuft sich auf 48 Millionen Euro.

(Glocke der Präsidentin)

Über den Steuerverbund und eine Erhöhung der Verstetigungssumme des Stabilisierungsfonds werden die Kommunen auch an diesen Mehreinnahmen dauerhaft beteiligt.

Insgesamt, denke ich, zeigt sich das Land Rheinland-Pfalz als Vorbild bei der Unterstützung der kommunalen Ebene.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich darf jetzt nicht mehr.

Die FDP-Fraktion stimmt deshalb ausdrücklich für den vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Schellhammer das Wort.

**Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute in zweiter Lesung über das Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes und weitere Gesetze. Vorangegangen ist eine Ausschussberatung, eine Anhörung und deren Auswertung. Auch heute Morgen in den Beiträgen der Fraktionsvorsitzenden zum Landshaushalt haben wir den Austausch verschiedener Positionen zu dem vorliegenden Gesetz und zu der Finanzierung der Kommunen gehört.

Ich könnte mich im Grunde meinen Vorrednerinnen und Vorrednern der Koalition anschließen. Ich möchte aber noch einmal auf zwei Punkte aus grüner Sicht eingehen.

Aus grüner Sicht stellen wir zwar noch nicht so viele Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen und Landräte in Rheinland-Pfalz, aber hochgerechnet an den Parteimitgliedern stellen wir zahlreiche ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Da wissen wir auch als grüne Fraktion im Austausch mit diesen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, wie in mancher Kommune selbstverständlich auch die finanzielle Situation schwierig ist und wie dennoch erhebliche Anstrengungen auch für die Integration geleistet werden. Dieses Engagement der Kommunen möchten wir ausdrücklich als grüne Fraktion begrüßen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei SPD und FDP)

Wenn wir das vorliegende Gesetz beraten, dann kann man es auch nicht nur losgelöst auf das Gesetz beziehen, sondern wir müssen auch anschauen, wie sich die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt verbessert hat und welche weiteren Maßnahmen die Landesregierung ergreift.

Wenn man sich das genau anschaut, kann man feststellen, seit 2011 sind die Mittel für die Kommunen in Rheinland-Pfalz deutlich gestiegen, eine Steigerung, die auch von grüner Seite die volle Unterstützung findet, und in keinem anderen Bundesland sind derartige Mittelaufwüchse zu verzeichnen. Das muss man bei der Bewertung des vorliegenden Gesetzes berücksichtigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Wir haben es gehört, im gestern eingebrachten Doppelhaushalt wird dieser Weg zur besseren Finanzierung der Kommunen weiter beschritten. Dort werden den Kommunen im kommunalen Finanzausgleich zusätzlich weitere 156 Millionen Euro in 2017 und 2018 dann 176 Millionen Euro zusätzlich zukommen. Das ist auch wichtig, und das ist eine erhebliche Steigerung.

Kein anderer Ausgabenbereich des Landeshaushalts steigt sich so erheblich. Die Finanzausgleichsmasse steigt um 12,8 %, und diesen Weg beschreiten wir, weil wir die Arbeit der Kommunen weiter unterstützen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei SPD und FDP)

Selbstverständlich ist es gutes Recht der Opposition, diesen Weg und das vorliegende Gesetz zu kritisieren. Aber für uns ist klar, beide, das Land und die Kommunen, leisten Erhebliches im Bereich der Integration. Dieses Engagement muss auch finanziell unterstützt werden.

Deshalb ist es richtig, dass auch das Land diese zusätzlichen Mittel für Aufwendungen der Integration selbst verwendet und weitere Teile an die Kommunen weiterleitet. Deswegen hat das vorliegende Gesetz auch die Unterstützung der grünen Fraktion.

(Abg. Martin Haller, SPD: Und der  
Entschließungsantrag!)

Damit es nicht in Vergessenheit gerät, möchte ich noch auf eine Sache eingehen. Wir beschließen heute auch

eine Änderung des Landesnaturschutzgesetzes mit diesem Gesetz gemeinsam, und der Erhalt seltener Arten ist selbstverständlich wichtig für unser Ökosystem. Wir haben auch heute Morgen schon in der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden gehört, dass tatsächlich die seltenen Arten für die Grundlage unseres Lebens hier in Rheinland-Pfalz wichtig sind.

Deswegen freue ich mich sehr, dass mit dem Beschluss dieses Gesetzes die Flächen Koblenz-Schmidtenhöhe, Saarburg-Beurig und Westerbürg auf Stiftungen und Träger übertragen werden, damit Großschutzprojekte in Rheinland-Pfalz weiter möglich sind und die Artenvielfalt erhalten wird.

Deswegen findet der vorliegende Gesetzentwurf selbstverständlich auch die Zustimmung meiner Fraktion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Ahnen.

#### **Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Schweitzer bittet mich gerade darum, die Änderungen im Landesnaturschutzgesetz noch einmal etwas ausführlicher darzustellen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass alles, was Frau Schellhammer gesagt hat, erstens richtig war und zweitens meine volle Unterstützung findet.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich deswegen nur auf den zweiten Aspekt eingehen, die Änderung des Landesaufnahmegesetzes, und mich auch sehr, sehr kurz fassen.

Wir haben oft über die Änderung dieses Gesetzes diskutiert. Sie wissen, es geht darum, dass in diesem Jahr noch 140 Millionen Euro an die Kommunen gehen, 96 Millionen Euro aus der Integrationspauschale und 44 Millionen Euro als Abschlagszahlung auf das Landesaufnahmegesetz.

Ich bin sehr, sehr froh darüber, dass wir das heute hier noch beschließen können, weil ich glaube, diese 140 Millionen Euro in 2016, das ist, bei allem, was man vielleicht kontrovers diskutieren mag, eine gute Nachricht für die Kommunen. Deswegen möchte ich mich für die Bereitschaft ausdrücklich bedanken.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf auch noch einmal betonen, dass wir auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen Wert legen und wir immer wieder mit den Kommunen in Runden zusammensitzen und uns über Fragen verständigen müssen und uns auch verständigen wollen. Deswegen kann man auch diese 96 Millionen Euro nicht isoliert sehen. Man

muss dazu die 848 Euro je Flüchtling pro Monat nach dem Landesaufnahmegesetz nennen. Man muss dazu die 35-Millionen-Euro-Pauschale nach dem Landesaufnahmegesetz nennen. Man wird auch hinzufügen dürfen, dass es auch rheinland-pfälzische Initiative war, dass der Bund den Kommunen die flüchtlingsbedingten Mehrkosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II bezahlt.

Ich glaube, insofern muss man die Betrachtung in der Summe dessen machen, was bei den Kommunen ankommt. Ich glaube, das kann sich inzwischen schon sehen lassen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zu den 5 Milliarden Euro zum Thema im Kontext mit der Eingliederungshilfe und zu Ihrer Rechnung, Frau Beilstein, machen.

Wenn 4 Milliarden Euro unmittelbar seitens des Bundes in den Kommunen landen, zu Recht dort landen, und wenn das Land bei seinem Anteil an der 1 Milliarde Euro auch noch einmal die Kommunen mit 21 % beteiligt, ist es völlig ausgeschlossen, dass das zutrifft, was Sie in den Raum gestellt haben, dass das Land 80 % behalten würden. Es ist einfach nicht richtig, wie Sie es darstellen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Anke Beilstein, CDU)

Und ein Letztes. Wenn Sie sagen, im Landeshaushalt – – Sie waren die erste der CDU, die heute übrigens gesagt hat, nur noch 54 Millionen Euro Nettokreditaufnahme hätten wir 2018 im Landeshaushalt. Darüber habe ich mich gefreut, dass das am Ende der Debatte noch einmal gesagt wird.

Aber wenn Sie das dann nutzen, um sozusagen zu sagen, das Land würde sich auf Kosten der Kommunen sanieren – wenn im Landeshaushalt das Geld für die Kommunen überproportional steigt, also stärker als die sonstigen Ausgaben des Landeshaushalts –, dann ist das schon mathematisch ausgeschlossen, politisch allemal, weil wir den engen Schulterschluss mit den Kommunen suchen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Zustimmung zu dem Gesetz.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag – Drucksache 17/1833 – ab. Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzent-

wurf – Drucksache 17/1514 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Wir stimmen zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/1552 – ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/1834 –. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Landesgesetz über den Beitritt zum Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 17/1525 –

Zweite Beratung

**dazu:**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie

– Drucksache 17/1787 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat wird dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt. Wir haben aber eine Berichterstattung.

Ich bitte Herrn Dr. Gensch um die Berichterstattung.

#### **Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte der, die, das Grünen Pünktchen „innen“! Wir beschließen heute den Beitritt zur Akademie für öffentliches Gesundheitswesen. Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen mit Sitz in Düsseldorf ist eine länderübergreifende Bildungseinrichtung.

## Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 19. Sitzung, 14.12.2016

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD)

– Herr Schweitzer, als neuer Abgeordneter wollte ich es nur allen Fraktionen recht machen. Insofern hoffe ich, dass das die richtige Ansprache war.

(Beifall der CDU)

Die Akademie soll dazu beitragen, über eine zentralisierte Aus-, Fort- und Weiterbildung, Qualität und Fachkompetenz der Mitarbeiter im öffentlichen Gesundheitssystem sicherzustellen.

Durch Beschluss des Landtags vom 16. November 2016 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

– Herr Schweitzer, ich bitte Sie, mir noch einen Moment zuzuhören.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich habe Ihnen zugehört!)

Ich habe das auch 45 Minuten getan und am Ende gedacht, schade um die schöne Zeit.

(Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Herr Dr. Gensch hat das Wort. – Herr Dr. Gensch, bitte Ihre Berichterstattung.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

**Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:**

– Frau Anklam-Trapp, ich bin bei der Berichterstattung. Ich komme nur kaum zu Wort.

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich möchte jetzt alle Kolleginnen und Kollegen bitten, Herrn Dr. Gensch zuzuhören. –Bitte tragen Sie Ihre Berichterstattung vor.

**Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:**

Ich danke Ihnen, Frau Landtagspräsidentin.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Herr Dr. Gensch, es ist eigentlich üblich, die Drucksache vorzulesen.

**Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:**

Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie hat den Gesetzentwurf in seiner 6. Sitzung am 24. November 2016 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 11. Sitzung am 8. Dezember 2016 beraten. Die Beschlussempfehlung aller Fraktionen lautet, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Ich danke Ihnen recht herzlich.

(Beifall der CDU –  
Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Nachdem keine Aussprache vereinbart worden ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Landesgesetz über den Beitritt zum Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf – Drucksache 17/1525 – in der zweiten Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig. Damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Beratung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich die AG 60plus aus dem Kreis Vulkaneifel. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angekommen. Wir sehen uns am 25. Januar 2017 wieder. Ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit. Kommen Sie gut ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund und glücklich.

Ende der Sitzung: 14:48 Uhr